

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Montag, 7. April 2025 · Nr. 81 · 246. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.50



ELIZABETH BICK FÜR NZZ

Amerikaner specken mit Schweizer Hilfe ab

Übergewicht ist eine Volkskrankheit, an der in den USA Millionen Menschen leiden. Der Markt für Abnehmspritzen hat ein gewaltiges Potenzial. Der Schweizer Firma SHL Medical bescherte das jüngst zweistellige Wachstumsraten. Sie produziert Autoinjektoren für die entsprechenden Medikamente. Die 38-jährige Ashley (Bild) aus South Carolina hat mit den Arzneien schon 50 Kilogramm verloren. *Wirtschaft, Seite 22, 23*

ANZEIGE



Get in front of what's ahead.

With the broadest access to global expertise, we're a leader in private markets.

Sincerely yours.

This is a marketing communication. Capital at risk. Issued by Franklin Templeton Switzerland Ltd, Stockerstrasse 38, CH-8002 Zürich.

«Die Höhe der Strafzölle ist überraschend»

Erbprinz Alois von Liechtenstein zur Ansage der USA

art. · Die Konsternation in Liechtenstein war gross am vergangenen Donnerstag. Der amerikanische Präsident Trump kündigte für den Kleinstaat noch höhere Zölle an als für die umliegenden Länder. Liechtenstein muss mit Strafzöllen von 37 Prozent rechnen. Die Ratlosigkeit ist umso grösser, als die USA sehr eng mit der Wirtschaft des Fürstentums verflochten sind. Liechtensteinische Unternehmen sind in über 30 US-Gliedstaaten präsent, auf sieben Arbeitsplätze im Fürstentum

kommt ein Arbeitsplatz eines liechtensteinischen Unternehmens in den USA.

Im Gespräch mit der NZZ sagt Erbprinz Alois, es sei zu erwarten gewesen, dass auch sein Land von der Einführung neuer Zölle betroffen sein würde, überraschend sei nun aber deren Höhe. «Staaten mit grossen Heimmärkten haben manchmal Mühe zu sehen, dass Freihandel kein Nullsummenspiel ist.» Kleinststaaten seien auf offene Märkte angewiesen. *Schweiz, Seite 9*

Russische Rakete trifft Spielplatz

Klare Anzeichen für Kriegsverbrechen in der Ukraine

Moskau behauptet, eine Versammlung von ukrainischen Kommandanten getroffen zu haben. Doch in Wirklichkeit hat Russland zwanzig Zivilisten getötet.

ANDREAS RÜESCH

Allen Friedensbeschwörungen zum Trotz geht Russland mit grösster Brutalität gegen die Ukraine vor. Dabei attackieren die Truppen Moskaus auch gezielt die Wohnbevölkerung oder nehmen zumindest ein Blutbad unter Zivilisten in Kauf. Ein besonders drastisches Beispiel ist der Raketenangriff auf eine Grünanlage mit Kinderspielplatz in der Grossstadt Kriwi Rih am frühen Freitagabend. Nach Angaben der ukrainischen Behörden kamen dabei zwanzig Personen ums Leben, unter ihnen neun Kinder. Das jüngste war erst drei Jahre alt, ein Bub, der sich mit seiner Grossmutter auf dem Heimweg vom Spielplatz befand. Dutzende weitere Menschen erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Die Rakete richtete Schäden in einem auffallend grossen Umkreis an. Die Opfer lagen zum Teil mehrere Dutzend Meter auseinander, auch Autos und Bäume gerieten in Brand. Die betreffende Grünanlage befindet sich in einem Wohngebiet im Norden von Kriwi Rih und wird durch hohe Appartementblöcke begrenzt. Kriwi Rih, die Heimatstadt von Präsident Wolodimir Selenski, liegt rund 80 Kilometer von der Front entfernt, wird aber regelmässig zum Ziel russischer Angriffe.

«Ein hochpräziser Schlag»

Die Perfidie der jüngsten Attacke wird noch durch die zynischen Falschbehauptungen Moskaus und regimenaher Propagandisten gesteigert. Bei Vorfällen wie diesem sind die Hintergründe oft schwierig zu klären. Nicht immer lässt sich beweisen, dass die Wohnbevölkerung das Ziel eines Angriffs gewesen war. Doch in diesem Fall gab das Putin-Regime sofort zu, hinter der Attacke zu stehen. Man habe mit einem «hochpräzisen Schlag» eine Versammlung von Truppenkommandanten mit westlichen Militärberatern in einem Restaurant getroffen, teilte das Moskauer Verteidigungsministerium mit. Dabei seien bis zu 85 Offiziere und weitere Militärangehörige umgekommen.

Populäre russische Propagandakanäle im Netzwerk Telegram, beispielsweise «Prigoschin» oder «Colonel Cassad», spannen den Faden weiter und behaupteten, beim fraglichen Restaurant habe es sich um das Lokal «Rosemarine» (früher «Magellan») gehandelt, das nur fünfzig Meter vom Kinderspielplatz entfernt ist. Sie suggerierten damit, dass die Zivilisten nur ein bedauerlicher «Kollateralschaden» seien, aber die Rakete völkerrechtskonform ein militärisches Ziel zerstört habe.

Als «Beleg» verbreiteten sie Aufnahmen eines zerstörten Gebäudes, doch

in Wirklichkeit stammten diese von einem völlig anderen Angriff. Zur russischen Desinformationskampagne zählt auch die Verschwörungstheorie, dass die Ukrainer absichtlich keine Bilder des zerstörten Restaurants zeigen würden, um den wahren Schaden zu vertuschen. In Tat und Wahrheit zeigten Bilder vom Schauplatz das Restaurant «Rosemarine» völlig intakt.

Dies veranlasste einen anderen Kreml-treuen Propagandisten zu der unsinnigen These, der russische Schlag sei wohl so präzise auf den hinteren Teil des Lokals erfolgt, dass man an der vorderen Fassade keine Schäden erkennen könne. In Wirklichkeit lässt sich dies allein schon durch die Analyse von Videobildern vom Moment der Attacke widerlegen. Sie zeigen zweifelsfrei, dass die Rakete in erheblicher Distanz vom Restaurant explodierte. Dort hatten sich zum fraglichen Zeitpunkt tatsächlich Gäste aufgehalten, aber über Militärpersonal ist nichts bekannt: An jenem Tag fand in dem Lokal ein Treffen von Vertretern der Kosmetikbranche statt.

Zerstörerische Splitter

Welchen Raketentyp die Russen einsetzen, teilte das Verteidigungsministerium in Moskau nicht mit. Laut ukrainischen Angaben handelte es sich um eine ballistische Rakete des Typs Iskander-M. Diese Kurzstreckenrakete hat eine Reichweite von bis zu 500 Kilometern; der Angriff auf Kriwi Rih kann somit sowohl von den besetzten Territorien als auch von russischem Staatsgebiet aus erfolgt sein. Moderne westliche Abwehrsysteme wie Patriot oder Samp/T können solche Raketen abfangen, aber die Ukraine verfügt über zu wenig Systeme und Munition, um alle grossen Städte wirksam zu schützen.

Laut dem ukrainischen Militär setzten die Russen in Kriwi Rih einen Gefechtskopf mit Streumunition ein, also Munition, die aus Dutzenden von kleineren Bomben besteht und deshalb grossflächig wirkt. Auf den verfügbaren Videos ist die Mehrfach-Explosion solcher «Bomblets» nicht sichtbar. Dagegen passen die erkennbaren Schäden zu Iskander-Gefechtsköpfen, die mit Splitterbomben ausgestattet sind. Die Wohnblöcke in der Umgebung sind mit Hunderten von kleinen Einschlägen übersät. Russlands Generalität strebte offensichtlich eine grossflächige Zerstörung sogenannter «weicher» Ziele an – und dies in dichtbesiedeltem Gebiet. Der Angriff trägt damit klare Anzeichen eines Kriegsverbrechens.

Der Angriff auf Kriwi Rih sticht mit seiner hohen Zahl von getöteten Zivilisten heraus, aber der russische Terror aus der Luft ist eine alltägliche Erscheinung. In der Nacht auf Sonntag erlitten bei einem grossen Raketenangriff auf Kiew vier Personen Verletzungen, ein Mann tödliche. In mehreren Stadtvierteln brachen Feuer aus. Trauer herrscht auch in der zweitgrössten Stadt des Landes, Charkiw, wo Ende letzter Woche fünf Zivilisten bei russischen Drohnenangriffen umgekommen sind. Auch dort erlitten mehrere Kinder Verletzungen.

Massenproteste in den USA gegen die Regierung

Erstmals in Trumps zweiter Amtszeit kommt es in ganz Amerika zu grösseren Demonstrationen gegen seine Machtkonzentration

CHRISTIAN WEISFLOG, WASHINGTON

Der Widerstand gegen Donald Trump scheint in den USA langsam in Schwung zu kommen. In allen Gliedstaaten kam es am Samstag insgesamt zu über 1400 Protesten mit Hunderttausenden von Teilnehmern. In Manhattan war der Demonstrationzug fast zwanzig Häuserblocks lang. Auch in anderen Grossstädten wie Boston oder Chicago gingen Tausende auf die Strassen. In der Grenzstadt Detroit demonstrierten Amerikaner und Kanadier auf beiden Seiten des Detroit-Flusses gegen Trumps Zollpolitik.

Auch in der Hauptstadt strömten Tausende in die Innenstadt. Gegen Mittag war die weitläufige Rasenfläche rund um den 169 Meter hohen Obelisk zu Ehren von George Washington mit Menschen gefüllt. Nicht wenige nahmen dafür eine weite Anreise in Kauf. Nancy etwa reiste im Bus mit einer Gruppe aus New Jersey an. Ihren Familiennamen will sie nicht verraten. In ihrer Hand trägt sie ein Schild mit der Aufschrift «Kämpft gegen den Zerfall der Wahrheit». Sie hätte auch bei sich zu Hause an eine Kundgebung gehen können, erzählt sie. «Aber für Trump ist die Grösse von Menschenmengen wichtig.» Deshalb sei sie nach Washington gekommen, um in der Hauptstadt ein Zeichen zu setzen.

Ein moralischer Nackenschlag

«Die Regierung zerstört alles, wofür Amerika steht», meint Nancy. Trump ruiniere die Beziehungen mit den Verbündeten der USA. Gleichzeitig sei sie entsetzt über den grenzenlos wirkenden Einfluss des Tech-Milliardärs Elon Musk. «Dass es einem nicht gewählten Milliardär erlaubt ist, den Staat wahllos und willkürlich abzubauen, ist schockierend.» Sie selbst sei kurz vor der Pensionierung und fürchte um ihre Rente.

Ein paar Schritte weiter steht ein Mann mit Baseballmütze, Sonnenbrille und einem blauen T-Shirt mit der Aufschrift «Frei von Königen seit 1776». Ein Interview will er allerdings nicht geben. Offenbar aus Angst: «Diese Jungs in der Regierung respektieren keine Grundrechte.» Jetzt müsse Europa das Bollwerk für die Freiheit in der Welt werden: «Vermasselt das nicht!»

Sandy Maynard ist aus Boston nach Washington geflogen. Auch sie fürchtet um ihre Rente und die amerikanische Demokratie. Trump hat zwar versprochen, die Altersversicherung nicht anzutasten. Aber Maynard traut ihm nicht. «Er hat in seiner ersten Amtszeit 30 000 Mal gelogen.» Selbst die



Demonstranten an einer Anti-Trump-Kundgebung am vergangenen Samstag in New York City.

EDUARDO MUNOZ / REUTERS

moderaten Republikaner hätten Angst vor ihrem Präsidenten. «Wie Putin will Trump, dass die Oligarchen alles übernehmen und sich bereichern.»

In diesem Moment bricht es aus Maynards Freundin Mary heraus: «Wir Amerikaner unterstützen nicht, was dieser Bastard dem Rest der Welt antut.» Sie sei sehr wütend und schockiert über die verhängten Zölle. In einem einzigen Tag seien ihre gesamten Überzeugungen durch einen «Idioten» zerstört worden, der keinerlei wirtschaftlichen Verstand habe. Es sei ein moralischer Nackenschlag: «Unser ganzes Leben wurde uns gesagt, dass wir das Volk sind, das für andere einsteht. Und jetzt fallen wir allen in den Rücken.»

Auch Steve Horton ist alarmiert. «Nichts ausser solchen Protesten kann Trump aufhalten», glaubt der Veteran. Er reiste aus der Kleinstadt Albany im Gliedstaat New York an. Um drei Uhr morgens sei er aufgestanden und dann sieben Stunden in einem Bus hierhergefahren. «Unser Supreme Court hat Donald Trump freie Hand gegeben, alles zu tun, was er will», erklärt Horton. Er meint damit das Urteil im ver-

gangenen Sommer, das dem Präsidenten eine weitgehende Immunität für Verbrechen im Amt einräumt. Deshalb seien die Demonstrationen nun so wichtig: «Wir wollen eine Demokratie sein, und wir kämpfen dafür.»

Horton protestiert aber vor allem auch gegen die Kürzungen im Departement für das Veteranenwesen. Die Regierung plant, rund 83 000 Stellen zu kürzen. Horton fürchtet, dass damit auch die Leistungen und medizinischen Behandlungen für Veteranen abgebaut werden. «Sie wollen, dass wir für unser Land kämpfen, aber wenn wir nach Hause kommen, streichen sie uns die Hilfen.»

Konkrete Angst um Menschen

Ein Veteran ist auch Ned Kelly. Früher war er in Deutschland stationiert. Der 35-Jährige arbeitet indes immer noch als Angestellter eines Auftragnehmers für den Staat. Deshalb soll sein richtiger Name geheim bleiben. Auch Kelly sieht die Gewaltenteilung in den USA in Gefahr. Er fürchtet «ein Abgleiten in den Faschismus und eine Oligarchie».

Seine Frau Ashley hat hingegen ganz konkrete Sorgen. Die Lehrerin unterrichtet an einer öffentlichen Schule, deren Kinder mehrheitlich aus armen Familien stammen. Solche Schulen sind auf Bundesgelder des Bildungsministeriums angewiesen. Doch Trump hat es sich zum Ziel gesetzt, dieses Ministerium abzuschaffen. Seine Regierung hat bereits die Hälfte der Mitarbeiter dieser Behörde entlassen. Ashley fürchtet, dass auch die Hilfsgelder für ihre Schule gekürzt werden könnten. «Ich habe grosse Angst um meine Schüler.»

Die 28-jährige Addison bekommt die Sparmassnahmen der Regierung bereits hautnah zu spüren. Sie arbeitet in einer Klinik für die Behandlung von krebskranken Menschen. «Viele meiner Patienten sind in Not, weil Forschungsprojekte gestrichen wurden, die ihre letzte Überlebenschance waren.» Weil alle anderen Therapien nicht halfen, hätten diese Patienten an klinischen Studien teilgenommen. Für deren Weiterführung fehle nun aber die staatliche Finanzierung.

«Ich bin hierhergekommen, um für Bildung und Wissenschaft zu kämp-

fen», erzählt Addison und stemmt ein selbstgemaltes Bild in die Höhe. Darauf steckt Trump seinen Kopf aus einer Toilette. Auf seiner roten Mütze steht geschrieben: «Make America Poor Again» (Macht Amerika wieder arm) – eine kritische Abwandlung seines Wahlslogans «Make America great again».

Die Grenzen der Redefreiheit

Die Demonstration am Washington-Monument richtete sich vor allem gegen Trumps und Musks Angriff auf die Demokratie, den Rechtsstaat und die Bürokratie. In der Nähe des Capitols protestierten am Samstag aber auch Hunderte für ein freies Palästina sowie gegen die Verhaftung und Ausschaffung ausländischer Studenten, die sich im vergangenen Jahr an den propalästinensischen Demonstrationen beteiligt hatten. Für Julia Caruk gehören diese beiden Bewegungen – gegen Trump und für Palästina – indes zusammen. Am Samstag trug sie ein Schild mit sich, auf dem stand: «Juden für ein freies Palästina.» Auf der Rückseite schrieb Caruk den Satz: «Demokratie erfordert Redefreiheit.»

Caruk ist selbst Jüdin. Ihre Urgrosseltern flüchteten vor dem Holocaust in die USA. Nun aber kritisiert sie die Trump-Regierung und deren Kampf gegen Antisemitismus an den Universitäten. Washington verlangt von den Hochschulen unter anderem eine Definition von Antisemitismus, welche aus propalästinensischer Sicht eine legitime Kritik an Israel verhindern könnte. Für Caruk ist dies problematisch: «Wenn dadurch die Meinungsfreiheit an den Universitäten unterdrückt wird, werden die Juden am Ende dafür beschuldigt. Es wird auf uns zurückfallen», meint Caruk.

Trump gehe aber nicht nur gegen Universitäten, sondern etwa auch gegen unliebsame Anwaltskanzleien vor. Einige haben sich aus Angst um ihre Existenz auf einen Deal mit dem Präsidenten geeinigt. Schrittweise könne so die Freiheit verlorengehen, glaubt Caruk. «Weil die Leute Angst haben zu reden.»

Möglicherweise haben auch viele in Washington am Samstag nicht an der Demonstration teilgenommen, die gerne gekommen wären. Sarah Yerkes arbeitet für eine Denkfabrik und meint: «Viele meiner Freunde, die für den Staat arbeiten, kamen heute nicht, weil sie Angst haben, gefeuert zu werden, sollten sie vor eine Kamera geraten.» Deshalb spüre sie auch eine Verantwortung, für alle hier zu sein, die dies nicht könnten.

Tausende Anhänger von Marine Le Pen zeigen Flagge

In Paris demonstrieren Unterstützer der Frontfrau der französischen Rechten – das Rassemblement national hatte auf viel mehr Teilnehmer gehofft

DANIEL STEINVORTH, PARIS

Demonstrieren gehen – das habe sie in ihrem Leben noch nie gemacht, sagt Laurence Simon. Das sei heute ihr erstes Mal. Die 69-jährige Bretonin mit der wilden Haarmähne ist an der Kundgebung für Marine Le Pen erschienen. Sie hält eine Trikolore in der Hand und stützt ihre andere Hand in die Hüften. Sie ist aufgewühlt. «Ich mache das für Marine. Sie ist eine Kämpferin. Aber jetzt braucht sie uns. Ich hoffe, dass sich die Franzosen aufbäumen!»

Auch Sabrina Malejacq hat sich auf der Place Vauban im vornehmen 7. Arrondissement eingefunden. Die 39-jährige kaufmännische Angestellte aus Saint-Pathus ist es ebenfalls nicht gewohnt, auf die Strasse zu gehen. Heute aber, erzählt sie, wolle sie für Marine Le Pen Flagge zeigen. Malejacq ist Mitglied im rechtsnationalen Rassemblement national (RN) und eine leidenschaftliche Unterstützerin der verurteilten Oppositionsführerin: «Marine ist die Mutter unserer Nation. Unsere künftige Präsidentin. Ich kann mir ein Frankreich

ohne sie nicht vorstellen. Aber jetzt wurde ihr grosses Unrecht angetan.»

«Angriff auf die Demokratie»

Simon und Malejacq stehen nun direkt vor der Tribüne, auf der in wenigen Minuten der RN-Chef Jordan Bardella, sein Stellvertreter Louis Aliot, der frühere Vorsitzende der konservativen Republikaner und Le-Pen-Alliierte Éric Ciotti und nicht zuletzt Marine Le Pen, die Grande Dame der politischen Rechten, als Redner erwartet werden. Es ist ein sonniger 6. April, und mit Blick auf die golden schimmernde Kuppel des Pariser Invalidendoms, unter der Napoleon Bonaparte begraben liegt, hätte das Rassemblement national sicherlich keinen stimmungsvolleren Versammlungsort wählen können. Doch eingetrudelt sind an diesem Sonntag aus allen Ecken des Landes kaum mehr als 6000 Unterstützer – viel weniger, als die Partei gehofft hatte.

Sechs Tage nach dem Gerichtsurteil gegen Le Pen hatte Jordan Bardella zu einer «friedlichen Mobilisierung der Bevölkerung» getrommelt. Von einem Pari-

ser Gericht war die dreimalige Präsidentschaftskandidatin am Montag wegen der Veruntreuung von EU-Geldern zu vier Jahren Haft, einer Geldbusse und einer fünfjährigen Ämter Sperre verurteilt worden. Hat das harte Urteil Bestand, kann Le Pen bei der Präsidentschaftswahl 2027 nicht antreten. Von «Staatsstreich», «Justiztyrannei» und einem «Angriff auf die Demokratie» sprechen seither die Parteikader. Ihr Vorwurf: Frankreichs Justiz habe in Wahrheit ein politisches Urteil gefällt, um Le Pens Aufstieg an die Macht zu verhindern.

Auf dem Platz vor dem Invalidendom wiederholen die Redner nun ihre Anschuldigungen. Das Verdikt gegen Le Pen sei ein «verzweifeltes Manöver der Oligarchie, die sich an ihre Macht klammern will», sagt der RN-Vize Louis Aliot. Auch Bardella, der unter tosendem Applaus die Bühne betritt, attackiert in seiner Ansprache die politisierte Richterschaft: «Nicht nur Marine Le Pen wurde zu Unrecht verurteilt, die französische Demokratie wurde durch eine einfache Gerichtsentscheidung hingerichtet», ruft

er. Und schuld daran seien «bestimmte Organisationen», insbesondere die linksgerichtete Richtergewerkschaft. Er wolle aber auch klarstellen, sagt Bardella, dass seine Partei niemals die Unabhängigkeit der Justiz und die Gewaltenteilung infrage stelle.

Als schliesslich Marine Le Pen vor das Mikrophon tritt, skandieren ihre Anhänger begeistert: «Marine, présidente! Marine, présidente!» Vor ihren Anhängern prangert die 56-Jährige erneut eine «Hexenjagd» gegen sich an. Das Urteil sei ein Angriff auf den Willen des Volkes. Man habe ihre Ehre mit Füßen getreten. Aufgeben werde sie aber nicht. Und sie wolle den schwarzen Bürgerrechtler Martin Luther King zum Vorbild nehmen, schliesslich, sagt Le Pen, würden heute «die Bürgerrechte der Franzosen infrage» gestellt. Zu ihrer Unterstützung hatte die Partei zuvor Grussbotschaften europäischer Richter auf die Leinwand projiziert: Matteo Salvini, der Chef der italienischen Lega-Partei, Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, der Niederländer Geert Wilders und der spanische Vox-Parteichef

Santiago Abascal, sie alle liessen ausrichten, dass Le Pens «Kampf für die Demokratie» auch der ihrige sei.

Linke Gegenproteste

Tatsächlich hat die Verurteilung der französischen Oppositionsführerin ihrer Beliebtheit bisher keinen Abbruch getan. Fast die Hälfte aller Franzosen wünschen sich laut einer neuen Umfrage, dass Le Pen bei der nächsten Präsidentschaftswahl wieder antritt. Doch viele linke Wähler sehen das Urteil als gerecht an. Und so fanden parallel zur RN-Kundgebung in Paris zwei Gegenveranstaltungen statt. Auf der Place de la République versammelten sich rund 15 000 Linke, die einem Aufruf der Linksaussenpartei La France insoumise und der Grünen gefolgt waren.

Und auch die Partei von Präsident Emmanuel Macron nutzte ein bereits länger geplantes Treffen in Saint-Denis am Stadtrand von Paris als politische Plattform gegen das RN. Frankreich ist, das zeigt dieser Sonntag, gesplitteter denn je.

«Die Demokraten müssen aufhören, sich tot zu stellen»

Faiz Shakir, die rechte Hand des amerikanischen Senators Bernie Sanders, erklärt im Gespräch mit Isabelle Jacobi, dass er die Oppositionspartei wachrütteln will. Die derzeitigen politischen Verhältnisse könnten auf viele Leute mobilisierend wirken

So stellt man sich einen linken Aktivist nicht unbedingt vor: Faiz Shakir trägt Krawatte und Anzüge, die sitzen. Er gilt als einer der umtriebigen Aktivisten der Demokraten, als unkonventioneller Strategie und beissender Kritiker des Partei-Establishments der Demokraten. In den Protesten am vergangenen Samstag sieht er den Anfang einer populistischen Revolte in den USA jenseits des typischen Rechts-links-Schemas und der Parteigrenzen. Er nimmt die Tea-Party-Bewegung der Republikaner als Vorbild und hält sich im Interview mit Kritik an Donald Trump auffallend zurück.

Der 45-jährige Harvard-Jurist ist der Sohn pakistanischer Immigranten. Er war in führender Position bei der grössten amerikanischen Bürgerrechtsorganisation American Civil Rights Union, bevor er 2020 den Präsidentschaftswahlkampf von Bernie Sanders leitete. Im Frühjahr kandidierte er als Parteipräsident der Demokraten. Er forderte eine populistische Neuorientierung der Partei, die seiner Ansicht nach den Kontakt zum Volk verloren hat – und verlor gegen Ken Martin, den Parteichef von Minnesota.

Im März organisierte Faiz Shakir zehn Grossveranstaltungen unter dem Titel «Fighting Oligarchy Tour» mit dem unabhängigen Senator Bernie Sanders und der Abgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez. Beide sind bekennende Sozialdemokraten und politisieren am linken Rand der demokratischen Fraktion. Ihre Events zogen beachtliche Massen an.

Herr Shakir, am Samstag gab es in vielen Städten Proteste gegen die Trump-Regierung. Und in Wisconsin siegte eine linksliberale Richterin im Rennen um den Sitz im dortigen Supreme Court, obwohl Elon Musk Millionen Dollar in den Wahlkampf ihres konservativen Gegners gesteckt hatte. Macht Ihnen das Mut?

Absolut. Ich glaube, es kommt zu einer populistischen Revolte, auf die ich seit über zehn Jahren warte. Die Menschen in Wisconsin und anderswo revoltieren gegen das, was Elon Musk verkörpert – seine Überheblichkeit, seine Gleichgültigkeit gegenüber arbeitenden Amerikanern und seine Zerstörung wichtiger staatlicher Dienste.

Apropos Volksaufstand: War es nicht eben gerade Donald Trump, der das Volk in den Wahlen auf seiner Seite hatte?

Aus Trumps Wahlsieg ergeben sich wichtige Lektionen für die Demokraten. Sie müssen endlich begreifen, dass das Leben der Menschen in den USA immer schwieriger wird. Und dass diese frustriert sind über eine ineffiziente, aufgeblähte Bürokratie. Die Menschen wollen Reformen, nicht Ideale. Sonst gewinnen jene, die alles niederbrennen wollen, um daraus Profit zu schlagen.

Wenn man die Debatte in amerikanischen Medien verfolgt, entdeckt man wenig Tatkraft, eher Lähmung, Schuldzuweisungen und ein Tal der Tränen. Wie hilfreich ist das?

Es braucht harte Selbstkritik. Leider ist die öffentliche Debatte den führenden Demokraten voraus. Ich glaube nicht, dass sie wirklich selbstkritisch sind. Ihnen fehlt die Tuchfühlung mit dem Volk. An die Veranstaltungen von Bernie Sanders strömen Zehntausende Menschen. Das bekommt sonst kein Demokrat hin. Sie gehen lieber an Veranstaltungen mit wenigen reichen Spendern. Dabei wollen die amerikanischen Bürger an der Politik beteiligt werden, sie wollen politisch aktiv sein.



«Die Menschen wollen Reformen, nicht Ideale», sagt der politische Berater Faiz Shakir.

ANDREW HARRER / BLOOMBERG / GETTY

Auch Trump hat vermögende Geldgeber, und trotzdem lieben ihn seine Anhänger. Was können die Demokraten von Trump lernen?

Der Unterschied ist: Die Geldgeber arbeiten für Trump, und das erkennen die Leute. Allerdings unterschätzen sie den Einfluss von Tech-Milliardären wie Zuckerberg oder Bezos, weil sie denken: Trump hat die Kontrolle. Sie glauben, er kämpfe für sie, wenn er Zölle verhängt oder Einwanderer deportiert. Gleichzeitig schaden ihm jetzt Elon Musk und dessen radikale Agenda. Trump hat nie versprochen, die Hälfte der Regierung zu streichen. Nun geschieht es dennoch. Für uns ist das eine Chance. Und ja, wir können von Trump lernen: Er liebt den Kontakt zu Menschen. Werden wir mehr wie er – aber besser als er.

Es gibt auch inhaltliche Gemeinsamkeiten: Wie Trump wollen linke Demokraten industrielle Arbeitsplätze zurückholen. Freuen Sie sich über die Handelszölle von Trump?

Trump's Zollregime ist schlecht durchdacht und von Ressentiments getrieben. Vorbildlich machte es Joe Biden mit strategisch gezielten Zöllen auf bestimmten Produktklassen. Wir müssen Instrumente einsetzen, um multinationale Konzerne zu zwingen, endlich Verantwortung zu übernehmen: für die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland und die Zerstörung der amerikanischen Mittelschicht.

Die «Fighting Oligarchy Tour» des linken Politikerduos Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez zog kürzlich erstaunliche Massen an – was war das Ziel? Es stehen keine Wahlen an.

Es ist wichtig, aus den Kategorien «links» und «rechts» auszubrechen. Vielmehr geht es um einen Kampf der Mächtigen gegen alle andern. Sanders ist 83 Jahre alt. Er wird nicht mehr als Präsident kandidieren. Warum kommen also dennoch über 20 000 Menschen zu seinen Veranstaltungen? Weil sie damit ihren Willen ausdrücken und sagen können: «Das ist genau die Art Kampf gegen die Oligarchie, gegen die Konzentration von Reichtum und Macht, von der ich möchte, dass ihr mehr Menschen folgen.» Wir erreichen auch Leute, die Trump gewählt haben.

«Wir können von Trump lernen: Er liebt den Kontakt zu Menschen. Werden wir mehr wie er – aber besser als er.»

Sind zwei so weit links stehende Demokraten wirklich geeignet, eine Mehrheit zu mobilisieren, nachdem die amerikanische Wählerschaft deutlich nach rechts gerückt ist?

Genau diese Sichtweise ist meiner Meinung nach falsch. Bernie Sanders hat momentan einen solchen Erfolg weit über das Lager der Demokraten hinaus, weil er glaubwürdig für die Arbeiterklasse kämpft. Man glaubt ihm, wenn er sagt, er wolle gegen das Establishment vorgehen. Es geht nicht um «links» und «rechts», sondern um Authentizität und Integrität. Ocasio-Cortez ist eine ehemalige Kellnerin aus New York, die genau wie Senator Sanders noch nie Spenden von grossen Geldgebern angenommen hat. Es gibt einen grossen Appetit im Volk darauf, die politische Korruption zu bekämpfen.

Es gibt einen Strategie-Streit unter den Demokraten, wie man gegen Trump Opposition machen soll. Der berühmte Strategie von Bill Clinton, James Carville, plädiert für eine strategische Feuerpause, statt sich von Trump provozieren zu lassen. «Roll over and play dead», rät er der Partei. Hat das nicht was?

Diese Argumentation ist verständlich, aber problematisch. Wenn man sich jetzt «tot stellt» und darauf wartet, dass Trump sich selbst zerstört, tun man nichts, um die Wahrnehmung der Demokraten zu verändern. Ihr Image bleibt toxisch. Deshalb war es so ärgerlich, als Chuck Schumer Ende März im Senat das Haushaltsgesetz der Republikaner durchwinkte, statt es zu blockieren und damit einen teilweisen Regierungsstillstand zu riskieren. Er hätte die Gelegenheit nutzen können, zu zeigen, dass die Demokraten Kampfgeist besitzen und genauso wütend sind auf die Trump-Regierung wie ihre Wähler. Stattdessen sind nun die Wähler wütend auf Chuck Schumer. Die Demokraten müssen aufhören, sich tot zu stellen.

Aber die Demokratische Partei hat nun mal das politische Personal, das sie hat. Die Zwischenwahlen finden in 18 Monaten statt. Wie einigen sie sich auf einen Kurs, wie stellen sie mehrheitsfähige Kandidaten auf?

Sie meinen, man muss mit der Armee kämpfen, die man hat? (Lacht.) Nun, ich

bin optimistisch, dass in den kommenden Jahren immer mehr Menschen aus bescheidenen Verhältnissen in die Politik gehen und für Ämter kandidieren. Die derzeitigen krassen politischen Verhältnisse wirken mobilisierend auf ganz normale Leute. Bleibt zu hoffen, dass das demokratische Establishment solche Kandidaten nicht stoppt mit ihrer Wahlkampfmaschine, denn daraus könnten bildlich gesprochen tausend Blumen erblühen.

So wie bei der Tea-Party-Bewegung der Republikaner 2010, als die Basis sich gegen Barack Obama organisierte?

Ja, es ist genau der richtige Moment für einen Volksaufstand dieser Art. Die Bürger sind aufgewühlt, sie stellen berechnete Fragen, wie: Wozu gibt es überhaupt eine Regierung? Eine Regierung existiert für alle Menschen. Die Dienstleistungen, die jetzt von Musk so herzlos dezimiert werden, haben wir als Gesellschaft lange als vorteilhaft anerkannt: die Medikamenten- und Lebensmittelpriester, medizinische Forscher, Nuklearwissenschaftler, Park-Ranger. Sie dienen allen Menschen. Aber wer extrem reich ist, den kümmert das nicht. Reiche können sich Dienstleistungen kaufen. Solche Gedanken treiben die Menschen um. Und ich hoffe, es entsteht eine Bewegung, die Antworten für die Gesellschaft der Zukunft findet.

Am Samstag gab es Proteste in vielen Städten der USA, aber sie waren im Vergleich mit 2017 immer noch eher klein. Sind die Leute wirklich so politisch engagiert, wie Sie sagen?

Es gingen Hunderttausende auf die Strasse! Aber, ja, es gibt eine gewisse Mutlosigkeit. Das hat mit dem Vorgehen von Trump gegenüber der Justiz und seiner Macht im Kongress zu tun. Er will, dass die Leute denken, er sei nicht aufzuhalten, und das erzeugt ein Gefühl der Ohnmacht. Zudem verbreitet Donald Trump durch seine Angriffe auf protestierende Studierende gezielt Angst – nach dem Motto: «Wenn du protestierst, dann wissen wir vielleicht, wer du bist, und vielleicht rächen wir uns an dir.» Ich denke, das hält die Leute davon ab, auf die Strasse zu gehen.

Auch die demokratische Elite spielt auf der Klaviatur der Angst. Ist es zielführend, Donald Trump einen Faschisten zu nennen, wie es Bernie Sanders getan hat? Ist das nicht ebenso entmutigend?

Wenn man das Gefühl vermittelt, die Bürger könnten nichts gegen Trump tun, dann ja. Aber Bernie Sanders zeigt, wie man sich wehrt. Wir haben die Stationen unserer Veranstaltungen gezielt ausgewählt: in Omaha, Iowa City, Denver und Tucson. Dort müssen sich bei den Zwischenwahlen 2026 Republikaner zur Wiederwahl stellen, deren Sitze gefährdet sind. Sie werden unangenehme Fragen der Wähler beantworten müssen. Wollen sie wirklich 800 Milliarden Dollar Krankenkassengelder streichen, wie das die Republikaner im Kongress planen? Wollen sie Steuererleichterungen für Reiche? Genau das planen die Republikaner im Kongress.

Wird es 2028 noch freie und faire Wahlen in den USA geben?

Donald Trump verunsichert die Wähler bewusst, um die Demokratie zu untergraben. Doch das darf nicht unser Fokus sein. Während der vier Jahre von «Sleepy Joe» Biden im Weissen Haus fehlte der Enthusiasmus. Es herrschte Apathie. Jetzt spürt man – auch wenn viele den Fernseher am liebsten abschalten möchten –, dass die Menschen politisch aufwachen. Das ist eine gute Entwicklung.

Drei Jahrzehnte Erfahrung. Unser Mehrwert bei Private Assets.

Wealth Management
Asset Management
Alternative Investments
Asset Services



Milei reduziert die Armut, aber seine Popularität schrumpft

Der argentinische Präsident hat aus Sicht der meisten Menschen ihre persönliche Situation kaum verbessert

ALEXANDER BUSCH, SALVADOR

Unter dem argentinischen Präsidenten Javier Milei ist die Armutsrate deutlich geschrumpft – nachdem sie zu Beginn seines ersten Regierungsjahres vor allem wegen Rentenkürzungen stark angestiegen war. Bis Ende 2024, also nach zwölf Monaten im Amt, fiel die Armutsquote von knapp 53 Prozent auf jüngst 38 Prozent, wie das argentinische Statistikamt Indec mitteilte. Das ist ein Rückgang um fast 15 Prozentpunkte – und Milei feiert das als grossen Erfolg seiner Politik. «Nehmt das zur Kenntnis, Mandriles, ihr Paviane», triumphierte Milei in den sozialen Netzwerken.

Die Reduzierung der Armut in nur einem Jahr ist zweifellos ein wichtiger politischer Erfolg für Milei. Tatsächlich ist sie heute etwas niedriger als fast während der gesamten Regierungszeit seiner peronistischen Vorgänger Alberto Fernández und dessen Vizepräsidentin Cristina Kirchner – die allerdings mit den Folgen der Covid-Pandemie zu kämpfen hatten.

Ein Armutszeugnis für das Land

Bei Mileis Amtsantritt lag die Armutsrate bei 41,7 Prozent. Dass sie inzwischen gesunken ist, liegt vor allem an der sinkenden Inflation. Milei drückte die Geldentwertung von 276 Prozent vor einem Jahr auf jetzt 67 Prozent, indem er die Staatsausgaben stark kürzte und die Zentralbank anwies, kein neues Geld zu drucken. Die Regierung erklärte nun, die makroökonomische Stabilität und der Abbau von Restriktionen, die jahrelang das wirtschaftliche Potenzial der Argentinier eingeschränkt hätten, seien auch der Grund für die sinkende Armutsrate.

Dennoch gibt es wenig zu feiern: Noch immer sind 11,3 Millionen der 45 Millionen Einwohner arm. Für 2,5 Millionen Menschen reicht das Einkommen nicht aus, um den täglichen Bedarf an Nahrungsmitteln zu decken. Die am stärksten von Armut betroffene Bevölkerungsgruppe sind Kinder unter vierzehn Jahren: Fast 52 Prozent der Kinder und Jugendlichen dieser Altersgruppe sind arm. Das ist im wahrsten Sinne des



Viele spüren die sinkende Inflation in ihrem Alltag nicht, im Bild ein Obst- und Gemüsemarkt in Buenos Aires.

NATACHA PISARENKO / AP

Wortes ein Armutszeugnis für das einst reichste Land Südamerikas mit einer für die Region breiten Mittelschicht.

Zweifel gibt es auch an der Aussagekraft der Armutsquote, die das Statistikamt Indec zweimal jährlich nach einer Haushaltsbefragung veröffentlicht. So berechnet das Statistikamt die Armut mit einem Warenkorb aus dem Jahr 2004, was bedeutet, dass viele aktuelle Lebenshaltungskosten nicht adäquat abgebildet werden. Der Warenkorb berücksichtigt kaum die Kosten für Internet, digitale Dienste oder steigende Gesundheits- und Bildungskosten.

Eine Änderung der Erhebungsmethode ist jedoch politisch schwierig. Opposition und Bevölkerung würden jede Änderung misstrauisch begleiten und der Regierung unterstellen, die

Erhebungen in ihrem Sinne zu manipulieren. Das liegt an der Vorgeschichte: Unter Präsidentin Cristina Kirchner, die heute im Senat in der Opposition sitzt, wurden von 2007 bis zum Ende ihrer Amtszeit 2015 die Inflations- und Armutsdaten des Statistikamtes systematisch geschönt – so sehr, dass internationale Organisationen sie lange nicht mehr akzeptierten. Erst 2016 unter dem bürgerlichen Präsidenten Mauricio Macri erlangte die Behörde ihre Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit zurück.

Schwächung der Kaufkraft

Dennoch verliert die aktuelle Armutsquote an Aussagekraft, wenn grosse Teile der Bevölkerung den Rückgang der Armut in ihrem Alltag nicht spüren.

Denn Mileis Reformen im Staat haben die Kaufkraft der Bevölkerung zunächst deutlich geschwächt. Dies trifft vor allem die Mittelschicht und die Rentner: Die zuvor subventionierten oder eingefrorenen Mieten, Strom-, Medikamenten- und Metropreise sind deutlich gestiegen.

Während der Kaufkraftverlust der Armen durch direkt ausbezahlte Sozialleistungen zumindest teilweise abgedeckt wird, können Rentner und Festangestellte nur hoffen, dass die stabilere Währung ihre Kaufkraft mittelfristig erhöht. Bei den Reallöhnen ist dieser Effekt bereits zu beobachten. Auch die durch den überbewerteten Peso verbilligten Importe tragen dazu bei, dass die Bevölkerung weniger für langlebige Konsumgüter (Kleidung, Elektroartikel) ausgeben muss.

Ob die Armut nun weiter zurückgeht, ist jedoch fraglich. Denn die Inflation geht seit drei Monaten nur langsam zurück. Und irgendwann wird die Regierung den Kurs des Peso gegenüber dem Dollar freigeben müssen – was die Inflation und damit die Armut wieder ansteigen lassen könnte.

Besorgt über die Zukunft

Aber eine Abwertung ist unausweichlich: Denn Investoren zögern, ihr Geld nach Argentinien zu bringen, wenn sie eine Abwertung erwarten. Investoren von in- und ausländischen Unternehmen sind aber wichtig, um die Wirtschaft anzukurbeln, Arbeitsplätze zu schaffen und damit langfristig die Armut zu reduzieren.

Ein Blick zurück macht dies deutlich: Unter dem wirtschaftsnahen Präsidenten Macri wurde die Wirtschaft vor allem durch Investitionen angekurbelt. In der Folge sank die Armutsquote zwischen 2015 und 2019 erstmals auf historisch niedrige Werte: Ende 2017 lag sie bei knapp 26 Prozent, 12 Prozentpunkte unter dem heutigen Niveau.

Inzwischen führt die kaum verbesserte persönliche Situation der meisten Menschen zu einer sinkenden Beliebtheit von Milei: Seit Jahresbeginn geht seine jüngst noch hohe Popularität zurück – das zeigen übereinstimmend Umfragen mehrerer Institute: Atlas Intel ermittelte beispielsweise, dass die positive Bewertung Mileis seit Dezember von 54 auf 45 Prozent gesunken ist. Noch schlechter sind die Werte für seine Regierung insgesamt: 58 Prozent der Befragten lehnen sie heute ab.

Lucas Romero von der Beratungsfirma Synopsis vermutet, dass die Menschen dem Erfolg bei der Inflationsbekämpfung – der im ersten Jahr massgeblich zu Mileis Popularität beigetragen hatte – inzwischen weniger Priorität einräumen. «Die Menschen sind heute eher besorgt über die zunehmende Korruption, die mangelnde öffentliche Sicherheit und die hohe Arbeitslosigkeit.» Das Ausbleiben einer spürbaren Verbesserung der Lebensqualität lasse die Zweifel an der Kompetenz der Regierung wachsen.

Soldaten töten Sanitäter im Gazastreifen

Ein Video widerspricht der Darstellung der israelischen Armee

REWERT HOFFER, TEL AVIV

Auf dem Smartphone eines getöteten Sanitäters wurde ein Video gefunden, das die israelische Armee in Bedrängnis bringt. Offenbar haben israelische Soldaten am 23. März im südlichen Gazastreifen das Feuer auf Ambulanzen eröffnet, obwohl sie als solche zu erkennen waren. Das zeigen Aufnahmen, die die «New York Times» am Samstag zuerst veröffentlichte. Medizinisches Personal geniesst völkerrechtlich einen besonderen Schutz – Angriffe auf Sanitäter stellen ein Kriegsverbrechen dar.

Ein Feuerwehrauto und mehrere Ambulanzen fahren kurz vor der Morgendämmerung über eine schmale Strasse im südlichen Gazastreifen. Nach rund einer Minute sind Männer am Strassenrand zu sehen. Sie tragen reflektierende Kleidung, die sie als Sanitäter ausweist. Der filmende Mann steigt aus dem Fahrzeug mit der gesplitterten Windschutzscheibe, und nahezu im selben Moment sind ohne vorherige Warnung Schüsse zu hören.

Am vergangenen Montag wurden laut Uno-Angaben die Leichen von acht Sanitätern des Palästinensischen Roten Halbmonds, sechs Zivilschützern sowie einem UNRWA-Mitarbeiter geborgen. Es handelt sich um die Männer, die eine Woche

zuvor von israelischen Soldaten erschossen wurden, ein Mitarbeiter des Roten Halbmonds wird bis heute vermisst.

Leichen in Uniform verscharrt

Nach dem Angriff verscharrten die israelischen Soldaten die Todesopfer sowie die Fahrzeuge am Strassenrand. Die Helfer hätten noch ihre Uniformen und Handschuhe getragen, sagte Jonathan Whittall, Leiter des Palästina-Büros der Uno-Nothilfekoordination, der bei der Ausgrabung der Leichen vor Ort war. Zunächst hatte die israelische Armee wenige Tage nach dem schaurigen Fund behauptet, die Ambulanzen hätten sich auf verdächtige Art israelischen Soldaten genähert, ihre Warnlichter seien ausgestellt und die Fahrt zuvor nicht mit den Truppen koordiniert gewesen. Das Video, das der NZZ vorliegt, zeigt den Konvoi mit eingeschalteten Lichtern.

Sobald die Schüsse fallen, flieht der Filmende Gott um Gnade an, während die Soldaten für fünf weitere Minuten feuern. «Mutter, vergib mir. Dies ist der Weg, den ich gewählt habe – Menschen zu helfen», ruft der Mann. «Gott ist gross.» Es sind seine letzten Worte. Als das Video schliesslich abbricht, sind unverständliche Rufe auf Hebräisch zu hören.

Ein Beamter des israelischen Militärs sagte Journalisten am Samstagabend, dass Soldaten kurz zuvor auf ein Gefährt am selben Ort geschossen hätten, in welchem drei Hamas-Mitglieder gefahren sein sollen. Nebal Farsakh, die Sprecherin des Palästinensischen Roten Halbmonds, sagte der BBC, dass die Männer in dem Video unterwegs zu einer Ambulanz gewesen seien, zu der sie den Kontakt verloren hätten.

Laut den israelischen Streitkräften (IDF) seien die Soldaten vorher von der Luftüberwachung über einen Konvoi informiert worden, der sich dem mutmasslichen Hamas-Auto «verdächtig» näherte. Als die Ambulanzen neben dem Auto angehalten hätten, seien die Soldaten davon ausgegangen, dass sie bedroht würden, und hätten das Feuer eröffnet, hiess es von dem israelischen Militärbeamten. Die ursprüngliche Aussage über die ausgeschalteten Lichter der Fahrzeuge war laut der Armee falsch gewesen. Dies hätten Soldaten vor Ort berichtet. Die Leichen der fünfzehn Männer seien im Sand begraben worden, damit wilde Tiere die Körper nicht abfräßen. Laut den israelischen Streitkräften ist das eine Routinepraxis bei Einsätzen im Gazastreifen.

Aus palästinensischen Quellen ist zu hören, dass eine der gefundenen Leichen gefesselt gewesen sei. Die israeli-

sche Armee bestreitet das, bestätigt jedoch, dass die Sanitäter unbewaffnet waren, als die Soldaten das Feuer eröffneten. Bei einer Pressekonferenz am Freitag sagte der Präsident des Roten Halbmonds, Yunis al-Khatib, die Männer seien aus sehr kurzer Distanz erschossen worden.

Zunächst hatte es seitens des israelischen Militärs geheissen, dass der Konvoi seine Route nicht mit den IDF koordiniert habe. Eine Mitarbeiterin einer Hilfsorganisation, die anonym bleiben möchte, widerspricht dieser Aussage. Der Ort sei zum betreffenden Zeitpunkt keine offiziell ausgewiesene Kampfzone gewesen, die Sanitäter hätten ihre Fahrt daher nicht anmelden müssen. Tatsächlich hat ein israelischer Armeesprecher die Gegend erst um 8 Uhr 31 an dem Tag als Kampfgebiet ausgewiesen – Stunden nach den Schüssen auf die Sanitäter.

Laut den IDF sollen sechs der getöteten Männer Hamas-Mitglieder gewesen sein. Die Armee hat dafür bislang keine Beweise vorgelegt. Derzeit beschäftigt sich eine Untersuchungseinheit im Generalstab mit der Aufklärung des Vorfalles. In der Vergangenheit hatte die Hamas medizinische Infrastruktur benutzt, um sich dahinter zu verstecken. So hatten die IDF Waffen in Spitälern gefunden und gezeigt, wie sich die

Hamas in Tunneln unter Gesundheitseinrichtungen verschanzt.

Humanitäre Lage verschlechtert

Seit dem Bruch der Waffenruhe am 18. März hat sich die humanitäre Lage im Gazastreifen massiv verschlechtert. Die Arbeit für humanitäre Helfer wird durch die neuerlichen israelischen Angriffe und die Blockade von Hilfslieferungen erschwert. Von Hilfsorganisationen im Gazastreifen ist zu hören, dass die Koordinierung von Einsätzen mit der israelischen Armee seit der Wiederaufnahme der Kämpfe schwieriger geworden sei.

«Medizinisches Personal und Fahrzeuge stehen unter dem Schutz des Völkerrechts», sagt Sarah Davies, die Sprecherin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, in Jerusalem im Gespräch. «Sie sind Ersthelfer, die Lebensader für Zivilisten, vor allem bei den sich jetzt häufenden Vorfällen mit einer Vielzahl von Verletzten.»

Der Angriff vom 23. März ist besonders gravierend. Dylan Winder, der Repräsentant der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften bei der Uno, nannte den Vorfall in Tar al-Sultan den «tödlichsten Angriff» auf Mitarbeiter des Roten Kreuzes oder des Roten Halbmonds weltweit seit 2017.

Die Laute ist leiser geworden

Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni sucht ihre Rolle im transatlantischen Streit

LUZI BERNET, ROM

«Bleibt ruhig, Leute. Lasst uns nachdenken.» So lautet das Rezept, das Giorgia Meloni ihren Ministern verschrieben hat. Das Zitat stammt aus einem Interview, das die italienische Regierungschefin dieser Tage der «Financial Times» (FT) gewährt hat. Es war das erste Mal überhaupt, dass Meloni seit ihrem Amtsantritt im Herbst 2022 einem ausländischen Medium Rede und Antwort gestanden ist.

Die Ministerpräsidentin stellt sich darin als Ruhepol in einer aufgeregten Welt dar, als besonnene Kraft zwischen nervösen Politikern im Dauer-Alarmzustand. Beobachter, die besonders nahe am Geschehen im Palazzo Chigi sind, dem Sitz der Regierung in Rom, bestätigen den Eindruck: Giorgia Meloni befindet sich gegenwärtig im «Zen-Modus». «Manchmal habe ich den Eindruck, dass wir einfach instinktiv reagieren», sagte sie der «FT». Bei «diesen Themen» sei dies aber nicht angebracht. Diese Themen: Das sind der handels- und sicherheitspolitische Streit, in dem sich die USA und die EU seit der Wahl von Donald Trump befinden.

Die Rolle als politische Zen-Meisterin ist neu für die Rechtsausser-Politikerin Giorgia Meloni. Sosehr sie ihre europäischen Amtskollegen bei ihrem Amtsantritt mit ihrem prowestlichen Pragmatismus überrascht hatte – wenn sie wollte, konnte sie immer noch aufdrehen. An Parteiveranstaltungen ihrer Fratelli d'Italia sah man sie so, wie man sie kannte: laut, bissig, immer im Angriffsmodus. Als müsste sie ihren Anhängern beweisen, dass sie immer noch die Alte ist, die «ragazza» aus der Garbatella, dem Arbeiterquartier im Süden Roms, wo sie aufgewachsen ist.

Geplante Träume

Die Ruhe, die sie nunmehr ausstrahlt, ist freilich auch das Resultat einer beträchtlichen Verunsicherung. Denn von Trumps Einzug ins Weisse Haus hatte sich Meloni zunächst anderes erwartet: freundlichere Töne, Rücksichtnahme, ja vielleicht sogar eine Vorzugsbehandlung. Im Januar flog sie zu einem privaten Dinner nach Mar-a-Lago, wenige Tage später nahm Meloni als einzige europäische Regierungschefin an der Amtseinführung Trumps teil. Es sah gut aus, und Meloni träumte wohl von einer



Was nun, Giorgia? Italiens Ministerpräsidentin befindet sich im Konflikt der EU mit den USA in der Zwischmühle. ROBERTO MONALDO / AP

Rolle als Brückenbauerin zwischen Europa und den USA.

Ein paar Monate später muss sie nun feststellen, dass daraus erst einmal nichts geworden ist. Trump hat Italien keine Vorzugsbehandlung gewährt. Der Zollhammer gilt für das «Belpaese» gleich wie für alle anderen EU-Staaten. Und auch in sicherheitspolitischer Hinsicht gibt es keine Ausnahmen. Auch Italien muss sein Verteidigungsbudget endlich auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen und zusammen mit den anderen europäischen Staaten mehr tun für die Verteidigung des alten Kontinents.

Die Frage stellt sich, wie sich Italien unter Meloni angesichts dieser Situation positionieren soll. Besteht in Anbetracht des Verhaltens der Trump-Administration noch Spielraum für eine Vermittlerrolle? Oder muss man die offenkundigen politischen Sympathien für die Politik des US-Präsidenten erst einmal zurückstellen und sich in Solidarität mit der EU und ihren Mitgliedstaaten

übern? Riskiert man, «von einem Freund beider Seiten zu einem Feind beider zu werden», wie es Giovanni Orsina, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Luiss in Rom, formuliert?

Giorgia Meloni scheint noch zu lavieren. Im Ukraine-Konflikt bleibt sie bei ihrer grundsätzlichen Position: Unterstützung für Präsident Selenski, Fortsetzung der militärischen und wirtschaftlichen Hilfe für die Ukraine. Gleichzeitig ist sie skeptisch gegenüber dem britisch-französischen Vorschlag der Bildung einer Koalition der Willigen zur Aufstellung einer europäischen Friedensstruppe und gegenüber dem gemeinsamen Aufrüstungsprogramm der EU-Kommission. Sicherheit in Europa kann in den Augen Melonis nur zusammen mit den USA erreicht werden. Für die Ukraine schlug sie jüngst die Ausweitung der Nato-Sicherheitsgarantie vor, ohne Kiew damit in das Verteidigungsbündnis aufzunehmen. Und für die Entsendung von Friedenstruppen verlangt sie ein entsprechendes Mandat der Uno.

In der Handelspolitik warnt Meloni vor allzu lauten Tönen. Trumps Zölle seien «ein Fehler, aber keine Katastrophe», sagte sie im italienischen Fernsehen. Statt im Gegenzug Strafzölle zu erlassen, seien zum einen Verhandlungen mit den USA nötig, zum anderen gelte es, Hausaufgaben zu machen. «Es gibt viele Zölle, die sich die EU selbst auferlegt hat», so Meloni.

Dazu gehörten der Green Deal der EU, die starren Regeln für die Automobilindustrie und generell die Bürokratie, welche die Wirtschaft erdrücke. Zudem müsse der europäische Stabilitätspakt überarbeitet werden. Weniger liberal ist die Regierungschefin, wenn es um den Freihandel geht. Beim Abkommen, das die EU mit dem Mercosur abschliessen will, gehört Italien zu den Bremsern – aus Rücksichtnahme auf die heimische Landwirtschaft.

Für die Opposition ist das viel zu wenig. Meloni sei aus Sympathie für Trump völlig unvorbereitet in die Zollkrise geschlittert, spottete etwa Elly Schlein

vom sozialdemokratischen Partito Democratico (PD). Der PD verlangt unter anderem ein Unterstützungsprogramm der Regierung für die einheimischen Unternehmen.

Musk-Show in Florenz

Doch innenpolitisch dürfte die Opposition das kleinste Problem für Giorgia Meloni sein. Vielmehr muss sie sich mit ihren schwierigen Koalitionspartnern herumschlagen. Der eine, Antonio Tajani von der gemässigten Forza Italia, ist nominell Aussenminister und damit zuständig für die Beziehungen zur EU und zu den USA. Der andere, Matteo Salvini von der rechtspopulistischen Lega, ist Verkehrsminister, kann aber seine Finger nicht lassen von der Aussenpolitik. Und er teilt den kontemplativen Ansatz seiner Chefkin nicht.

Salvini telefoniert ohne Rücksprache mit US-Vizepräsident J. D. Vance, plädiert im Zollstreit für ein bilaterales Vorgehen Italiens ausserhalb der EU-Strukturen – und treibt damit wiederum den Pro-Europäer Tajani zur Weissglut. Am Wochenende hat Salvini zudem Elon Musk eingeladen, am Lega-Parteikongress in Florenz ein Wort an die Anwesenden zu richten. Es geriet zur «Musk-Show», konstatierten die Medien am Sonntag. Der Unternehmer malte das Schreckgespenst des Terrorismus in Europa an die Wand und plädierte – möglicherweise auch zur Überraschung der US-Administration – für die Abschaffung der Zölle und die Einrichtung einer Freihandelszone zwischen Europa und Nordamerika.

Vor allem Salvinis aussenpolitische Eskapaden machen Meloni zu schaffen. Sie mahne ihn zwar immer wieder zur Zurückhaltung, heisst es in Rom. Doch vorderhand lässt sie ihn gewähren. Das Fass sei allerdings am Überlaufen, schreibt der «Corriere della Sera» und zitiert einen Meloni-Vertrauten: «Sollte die Lega ernsthafte Probleme machen, wird Giorgia vom Zen- in den Zorro-Modus wechseln.»

Fürs Erste hat sie das Heft des Handels wieder an sich gerissen. Wie die Medien am Sonntag berichteten, will sie noch vor Ostern nach Washington reisen, um Donald Trump zu treffen – in Absprache mit Ursula von der Leyen, wie es heisst. Möglich, dass sie dabei auch ihre Rolle im transatlantischen Muskelspiel findet.

China hilft in Myanmar – die USA bleiben aussen vor

Bei den Aufräumarbeiten nach dem Erdbeben übernimmt Peking die Führung in der Entwicklungshilfe

ANDREAS BABST, BANGKOK

Über eine Woche nach dem verheerenden Erdbeben in Myanmar herrscht Klarheit über das Ausmass der Zerstörung: Mehr als 3300 Menschen sind laut den offiziellen Zahlen umgekommen, über 4500 verletzt, über 200 werden noch vermisst. Die Grossstädte Mandalay und Naypyidaw wurden schwer getroffen, und auch die Infrastruktur im Umland, die Strassen und Brücken, wurde schwer beschädigt. Hinzu kommen unzählige betroffene Dörfer und Kleinstädte, in denen Menschen ihre Häuser und ihren ganzen Besitz verloren haben.

Nun lässt sich auch feststellen, wer in Myanmar geholfen hat und noch immer hilft. China sandte sofort 13,8 Millionen Dollar an Nothilfe nach Myanmar, dazu über 600 Helfer. Die USA sandten bloss 2 Millionen Dollar und ein dreiköpfiges Team, das den Schaden begutachten sollte, aber bisher kein Einreisevisum bekommen hat. Am Freitag versprach Washington weitere 7 Millionen Dollar, allerdings versehen mit der Bemerkung, es sei unfair, von den USA zu erwarten, dass sie überall auf der Welt solche Rettungsaktionen anführen müssten.

Der Abschied von Washingtons globalem Führungsanspruch bei der Ent-

wicklungshilfe lässt sich in Myanmar gerade beobachten. Seit die Trump-Regierung das Budget der Entwicklungsbehörde USAID eingefroren hat, scheinen die USA nicht willig, grosse Hilfseinsätze wie in der Vergangenheit zu leisten. Früher hätte man nach einem solchen Erdbeben sofort Rettungsteams losgeschickt, sagte eine ehemalige USAID-Führungsperson gegenüber der Agentur Reuters. Nach dem verheerenden Erdbeben in Nepal 2015 flossen in den ersten Tagen noch 26 Millionen Dollar Katastrophenhilfe aus den USA nach Nepal.

Russland und Indien helfen

Die Videos, die nach dem Erdbeben in Myanmar auf Social Media kursierten, zeigten chinesische Helfer, die Menschen aus Trümmern befreiten. Oft dankten jene, die die Posts absetzten, China. Das chinesische Staatsfernsehen und die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua gehören zu den wenigen Medien, welche die myanmarische Militärjunta ins Land reisen liess – ihre Journalisten begleiteten die chinesische Hilfeleistung prominent.

Zu den ersten Helfern im Land gehörte auch die russische und die indi-

sche Armee. Heute sind auch westliche Teams im Erdbebengebiet aktiv, das Internationale Rote Kreuz hat Helfer aus Deutschland, Finnland, Dänemark und Norwegen eingeflogen. Weitere warten nach Berichten noch immer auf die von der Militärregierung nötigen Bewilligungen.

Niemand allerdings leistete so viel Hilfe wie die Chinesen. Das hat einerseits mit der Nachbarschaft zu Myanmar zu tun. Aber auch mit der zwiespältigen Beziehung, die die Staaten in den vergangenen Jahren pflegten.

Seit 2021 das Militär in Myanmar putschte und im Land ein Bürgerkrieg ausbrach, unterstützte China die Militärjunta mit Waffen und legitimierte sie, indem der chinesische Präsident Xi Jinping den Junta-Führer Min Aung Hlaing empfing. Die chinesische Regierung dürfte wenig begeistert sein über einen Bürgerkrieg an ihrer Grenze, die Junta sieht sie laut Analysten als beste Option für Stabilität im Land – Myanmar ist ein komplexes Gebilde aus vielen Ethnien, die gerade in unzähligen kleinen Armeen die Regierung und manchmal auch einander bekämpfen.

Allerdings gibt es glaubwürdige Berichte, dass die Chinesen auch Rebellen-

gruppen in der Grenzregion unterstüt-

zen, wo sie chinesische Investitionen bedroht sehen. Die Kontakte zu beiden Seiten scheinen sich nach dem Erdbeben auszuzahlen: China kann Hilfskonvois organisieren, die auch durch Rebellengebiete fahren.

Viel Misstrauen

Die Augenzeugin Soe lebt zwischen den vom Erdbeben schwer betroffenen Grossstädten Mandalay und Naypyidaw, sie heisst eigentlich anders, möchte aber wegen der repressiven Militärjunta lieber anonym bleiben. Sie sagt am Telefon: «Die chinesischen Rettungsteams, die nach Mandalay kamen, gingen zuerst in die chinesischen Quartiere und haben die Menschen dort zuerst gerettet. Das ist nicht fair.» Rund ein Drittel der Bevölkerung in Mandalay ist chinesischer Abstammung. Soes Vorwurf lässt sich

nicht verifizieren. Aber er erzeugt vom tiefen Misstrauen im ethnisch zersplitterten Myanmar gegenüber den Chinesen und manchmal auch anderen Ethnien.

Viele ausländische Helfer seien mittlerweile in Myanmar angekommen, sagt Soe. Aber die Aufräumarbeiten würden sich zu sehr auf die Hauptstadt Naypyidaw konzentrieren – dort lebten die Generäle der Militärjunta, die ebenfalls vom Erdbeben betroffen seien. «Und das taiwanische Rettungsteam haben sie nicht einmal ins Land gelassen», sagt Soe. Taiwan hat Myanmar seine Hilfe angeboten. Myanmar hat sie nicht angenommen – wohl um Peking nicht zu verärgern. Taiwan hat das nach dem Erdbeben ad hoc formierte Rettungsteam mittlerweile aufgelöst.

Über eine Woche nach dem Erdbeben, jetzt, wo Helfer kaum mehr Überlebende bergen, entstehen Pläne, wie die betroffenen Gebiete in den kommenden Monaten und Jahren stabilisiert und wieder aufgebaut werden können. Soe hofft, dass die internationale Gemeinschaft und auch der Westen sich in Myanmar engagieren. Ob dies geschieht, bleibt fraglich.

Die Militärjunta in Myanmar ist kein verlässlicher Partner für westliche Hilfsorganisationen.

Die Amerikaner werden am meisten leiden

Donald Trump will die Handelsbeziehungen fundamental verändern.

Das setzt den Exportländern und -sektoren unterschiedlich zu und wird für die USA selbst am schmerzhaftesten. Die Schweiz ist auf besonders unfaire Weise betroffen.

Von Peter A. Fischer, Cian Jochem und Florian Seliger

Einer war schon immer etwas gleicher, nun ist er ganz anders. Während sich rund 200 Länder mehr oder weniger an die seit dem 2. Weltkrieg aufgebauten Regeln der internationalen Welthandelsorganisation (WTO) halten, setzt sich die amerikanische Regierung unter Donald Trump nun radikal darüber hinweg.

Das Welthandelssystem funktioniert nach dem zentralen Prinzip, dass Handels erleichtert werden, die ein Land einem anderen jenseits von umfassenden bilateralen Freihandelsabkommen gewährt, auch von anderen WTO-Mitgliedern beansprucht werden können. Einzelne Länder willkürlich schlechter zu behandeln, verstösst gegen die Regeln. So gelang es über die Jahrzehnte, Zölle weitgehend abzubauen. 2024 betrug der ungewichtete durchschnittliche Zoll unter Berücksichtigung dieses Meistbegünstigungsprinzips in der EU laut der WTO 5,1 Prozent, in den USA 3,4 Prozent und in der Schweiz, wo es hohe Zölle nur noch für Agrargüter gibt, 3,0 Prozent.

Abschied von WTO-Regeln

Wenn Staaten ihre nationale Sicherheit bedroht sahen, konnten sie schon immer Ausnahmen machen. Die USA haben davon im Rahmen ihrer Rivalität mit China schon mehrfach Gebrauch gemacht. Doch am 2. April dekretierte Donald Trump nicht nur einen (weiteren) nationalen Notstand, um seine radikalen Massnahmen innenpolitisch durchsetzen zu können. Er verabschiedete sich auch vollständig von den Prinzipien der WTO, indem er gegen praktisch alle Handelspartner willkürlich unterschiedlich hohe Zollaufschläge verfügte. Deren Höhe beträgt mindestens 10 Prozent und richtet sich bloss danach, wie hoch das bilaterale Handelsdefizit im vergangenen Jahr ausgefallen ist. Für China beispielsweise betragen sie 34 Prozent. Weil Trump bereits vorher Zölle von 20 Prozent verfügt hatte, sollen Waren aus China ab dem 9. April nun plötzlich mit über 50 Prozent Zöllen belegt werden.

Allerdings hat Washington ganze Kategorien von Waren, auf die die amerikanischen Konsumenten angewiesen sind, von den länderspezifischen Zusatzzöllen (welche die USA irreführenderweise «reziprok» nennen) ausgenommen. Dazu zählen neben Stahl und Aluminium, auf die bereits Sonderzölle verfügt wurden, unter anderem auch Kraft- und Heizstoffe, Dünger, Metalle und Edelmetalle inklusive Gold, seltene Erden, Holz, Bücher, Zeitungen und Pharmazeutika. Deswegen unterscheidet sich aufs Ganze gesehen die handelsgewichtete Zusatzbelastung teilweise deutlich vom offiziellen Ländertarif, wie der Global Trade Alert ausgerechnet hat.

Das hilft zwar wichtigen Branchen wie der Maschinen-, Elektro- und Metall- oder auch der Uhrenindustrie und den Nahrungsmittelexporteuren wenig; deren Produkte profitieren kaum von Ausnahmen. Doch es zeigt, dass die Schweiz mit 31 Prozent zwar einen viel höheren Zusatzzoll verfügt erhalten hat als Deutschland. Doch wegen der grösseren Bedeutung des Pharmasektors in der Schweiz fällt der effektive handelsgewichtete Zollsatz mit 18 Prozent gleich aus wie in Deutschland.

Effektiv am stärksten getroffen von Trumps Furor werden die exportorientierten asiatischen Länder – bis auf weiteres unabhängig davon, ob es sich dabei um befreundete Alliierte wie Japan, Thailand oder Vietnam handelt oder um den Rivalen China.

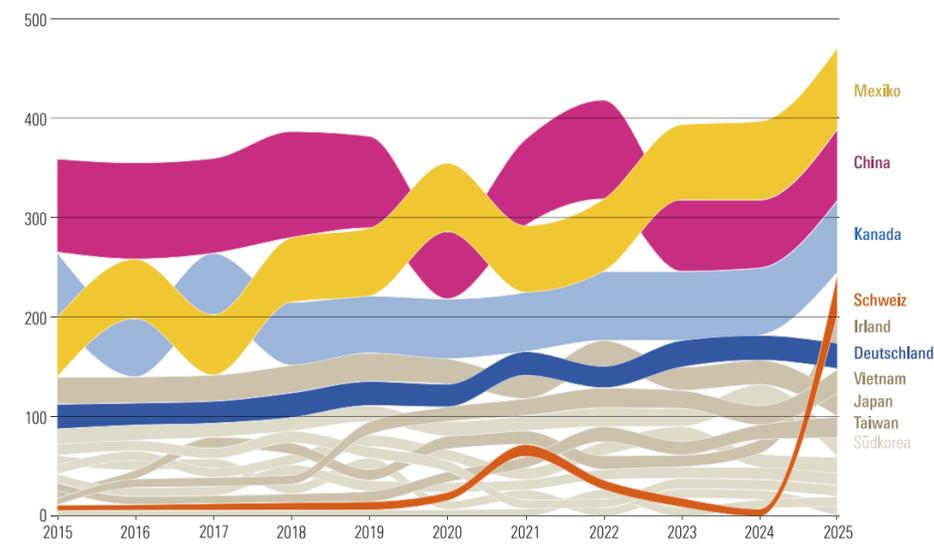
Schweiz plötzlich wichtiger

Als wichtigste Handelspartner am verletzlichsten sind Mexiko und Kanada. Gegen sie hat Trump einen Zusatzzoll von 25 Prozent verhängt, dann aber die Waren, die unter das USMCA-Freihandelsabkommen fallen, bis auf weiteres davon ausgenommen. Absolut am härtesten von den länderspezifischen Zöllen getroffen wird somit China.

Als Handelspartner an Bedeutung gewonnen haben in den vergangenen zehn Jahren Vietnam, Japan, Taiwan und Südkorea; sie profitierten unter anderem davon, dass internationale Konzerne ihre Produktion für die USA aus China entkoppeln wollten und zu ihnen verlagerten. Die neuen Zölle stel-

Die Schweiz steigt Anfang 2025 zu einem der wichtigsten Herkunftsländer auf

Die Länder, aus denen die USA am meisten Güter importieren, Werte jeweils aus Januar und Februar, in Milliarden Dollar



Zu Preisen von 2024.

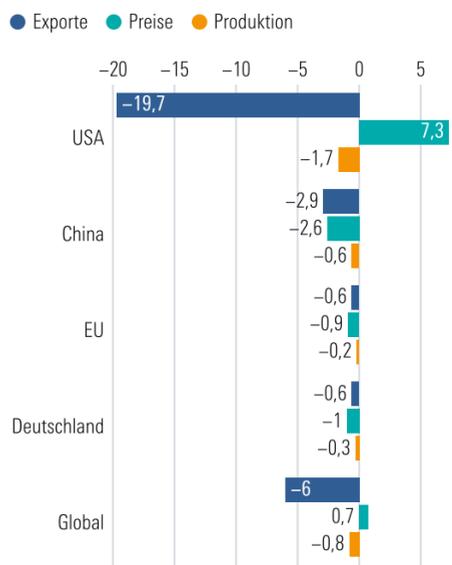
QUELLE: US CENSUS, EIGENE BERECHNUNGEN

NZZ Visuals

Ausgenommen sind unter anderem Pharmaka. Wegen der grossen Bedeutung dieses Sektors in der Schweiz fällt der effektive Zollsatz mit 18 Prozent gleich wie in Deutschland aus.

So wirken Trumps neue Tarife

Geschätzte kurzfristige Veränderungen, die durch die zusätzlichen Zölle und die Gegenmassnahmen ausgelöst werden, in Prozent



QUELLE: INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT KIEL, KITE-MODELL

NZZ / pfi.

der Befreiung» leiden. Die Importe in die USA werden teurer werden und zurückgehen. Wegfallende Einfuhren werden Amerikaner mit teureren und schlechteren einheimischen Produkten ersetzen müssen. Das Preisniveau wird steigen. Zwar wird auch der Rest der Welt in Mitleidenschaft gezogen, aber sofern er nicht selber Gegenzölle verhängt (wie dies nun China angekündigt hat), deutlich weniger. Dass viele Waren nicht mehr in die USA geliefert werden können, wird zudem die Preise in Europa und den übrigen Exportmärkten senken.

Bei den Auswirkungen kann man unterscheiden zwischen den kurzfristigen Handelseffekten und den längerfristigen Auswirkungen, die dadurch entstehen, dass Wertschöpfungsketten gestört und auseinandergerissen werden, der Wettbewerb und damit die Innovation sinken. Die kurzfristigen Effekte lassen sich mit internationalen Gleichgewichtsmodellen schätzen, die Rückkoppelungseffekte berücksichtigen. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft erwartet, dass sich auch die Exporte der USA selbst innerhalb eines Jahres um 19,7 Prozent reduzieren und die Preise um 7,3 Prozent erhöhen werden. Am zweitstärksten getroffen wird China mit

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft erwartet, dass sich die Exporte der USA innerhalb eines Jahres um 19,7 Prozent reduzieren und die Preise um 7,3 Prozent erhöhen werden.

len dieses Modell infrage. Konstant zu den fünf wichtigsten Handelspartnern zählte auch Deutschland. Seit einem Jahr seltsamerweise erheblich an Bedeutung gewonnen haben Einfuhren aus der Schweiz und Irland, wobei wir hier, um neueste Vergleiche ziehen zu können, immer nur die kumulierten Daten für Januar und Februar zu Preisen von 2024 betrachten. Zentral dafür waren viel grössere Pharma- und Goldkäufe.

Insgesamt wurden im Januar/Februar 2025 real für 20,7 Prozent mehr Waren in die USA eingeführt als im Januar/Februar 2024. Weil gleichzeitig die Exporte leicht sanken, erhöhte sich das Handelsbilanzdefizit sogar um 61,0 Prozent.

Das kommt nicht von ungefähr, wie eine Auswertung nach den wichtigsten Produktkategorien zeigt. Als Reaktion auf Trumps Zolldrohungen haben Importeure ihre Bestände aufgestockt und 70 Prozent mehr Computer und Computerteile, ein Drittel mehr Smartphones und 20 Prozent mehr Medikamente und Impfstoffe eingeführt als in der Vorjahresperiode. Interessanterweise gingen die Einfuhren ausländischer Autos und Autoteile jedoch um 9 Prozent zurück. Auf das 55-Fache gestiegen und zum grössten Posten überhaupt geworden sind die Einfuhren von Edelmetallprodukten. Es scheint sich vor allem um Gold zu handeln, das wohl Anleger kauften, die – zu Recht, wie wir heute wissen – am Potenzial der US-Märkte und des Dollars zweifeln.

Paradoxe Zollaufschlag

Betrachtet man die Einfuhren aus der Schweiz genauer, so zeigt sich, dass in den ersten beiden Monaten nicht nur die Goldimporte massiv zugelegt haben. Auch die Einfuhren von Medikamenten aus der Schweiz sind um 71 Prozent gestiegen. Der Anstieg hat – wohl als Reaktion auf die Wahl von Trump – schon 2024 begonnen. Paradoxe Weise ist das deutlich angestiegene Defizit im Handel mit den USA, welches der Schweiz einen anderthalbmal so hohen Strafzoll beschert hat wie Deutschland, primär auf Importe von Gold und Pharmaprodukten zurückzuführen, die von dem Strafzoll ausgenommen sind.

Auch die Importe von Impfstoffen und Antikörpern aus Deutschland verzeichneten einen starken Anstieg. Deutschland hingegen exportiert vor allem Autos und Autoteile sowie Maschinen in die USA – diese kämpfen bereits mit dem Aufstieg von Elektroauto und Elektronik und werden nun auch noch vom Zollschock voll getroffen.

Nimmt Trump seine Ankündigungen nicht grösstenteils wieder zurück, so werden die Amerikaner selbst mit Abstand am stärksten unter Trumps «Tag

einer Reduktion der Exporte um 2,9 Prozent, wobei dort auch die Preise um 2,6 Prozent fallen sollten. Deutschland kommt mit einem Exportrückgang um 1,0 Prozent vergleichsweise glimpflich davon; für die Schweiz liegen keine Daten vor.

Die US-Wirtschaft müsste mit einem Produktionsrückgang von 1,7 Prozent rechnen, was einer ziemlich schweren Rezession und einem Wertschöpfungsverlust von rund 1400 Dollar pro Kopf gleichkäme. Für China wird ein Rückgang von 0,6 Prozent, für Deutschland 0,3 und für die EU insgesamt 0,2 Prozent geschätzt. Für die stärker exportorientierte Schweiz kommt Hans Gersbach von der Konjunkturforschungsstelle (KOF) an der Uni Zürich in seinem Modell auf einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von 0,2 bis 0,6 Prozent. Das entspricht einer Einbusse von 180 bis 560 Franken pro Kopf. Zweitundeneffekte könnten diese kurzfristigen Folgen noch deutlich akzentuieren, sollte Trumps Zollpolitik anhalten.

Zu hoffen ist, dass Amerika und seine Wähler bald zur Einsicht gelangen, dass die neue Zollpolitik den wirtschaftlichen Erfolg der USA gefährden. Darauf verlassen sollte sich der Rest der Welt nicht. Um die wirtschaftlichen Schäden möglichst gering zu halten, gilt es jetzt, die Anpassung an die neuen Verhältnisse nicht zu behindern. Gift sind neue (Gegen-)Zölle und Marktbarrieren, hilfreich Erleichterungen im Zugang zu alternativen Märkten; etwa in Asien und Lateinamerika. Der Rest der Welt sollte die WTO und ihren Streitschlichtungsmechanismus retten und erst recht auf neue Liberalisierungsschritte und Freihandelsabkommen setzen.

Den Firmen die Anpassung erleichtern können Regierungen, indem sie die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern. Wichtige Beiträge dazu leisten können ein exzellenter Forschungsstandort, eine längerfristig gesicherte, wettbewerbsfähige Energieversorgung, Entlastungen von der wuchernden Bürokratie und Gesetzesflut sowie eine sinkende Steuerlast – vor allem bei den Arbeitskosten und Unternehmensgewinnen.

Trump hat mit seiner erratischen, protektionistischen Politik das Vertrauen in die USA schwer beschädigt. Die weltwirtschaftlichen Aussichten sind schwieriger geworden, aber für Europa ist längst nicht alles verloren.

NZZ
Pro

Dieser Artikel ist bei «NZZ Pro» erschienen, dem Premiumangebot der NZZ mit dem vertieften Blick voraus auf Weltwirtschaft und Geopolitik.

www.nzz.ch/pro

Bancomat-Sprenger agieren immer gefährlicher

Noch nie gab es so viele Verfahren wegen zerstörter Geldautomaten wie jetzt – der Ruf nach Gesetzesverschärfungen wird lauter



Unbekannte jagten im Oktober 2023 einen Bancomaten in Uesslingen-Buch in die Luft.

ANDREA TINA STALDER / CH MEDIA

DANIEL GERNY

Anfang letzter Woche traf es das kleine Dorf Arni im Kanton Aargau: Nachts um drei wurden Anwohnerinnen und Anwohner unsanft aus dem Schlaf gerissen, als es in der Nachbarschaft mehrfach knallte und Fensterscheiben zerbrachen: Zwei bis drei Täter sprengten den Bancomaten der Raiffeisen-Bank und verschwanden Minuten später unerkannt in der Nacht. Ähnliche Szenen nur vier Tage zuvor im sakt-gallischen Mörschwil: Ein lauter Knall mitten in der Nacht, danach ein Bild der Zerstörung in der örtlichen Bankfiliale mit grossem Sachschaden und vorerst erfolgloser Grossfahndung.

Zwei Fälle innert nur gerade einer halben Woche, die zeigen, dass der Boom bei den Bancomat-Sprengungen trotz intensiven Gegenstrategien keineswegs zu Ende ist. Im Gegenteil: Noch nie hat die Bundesanwaltschaft so viele

Verfahren wegen Anschlägen auf Geldautomaten geführt wie derzeit. Ende letzten Jahres liefen rund 100 Verfahren – mehr als drei Mal so viele wie drei Jahre zuvor. Auch eine neue Statistik des Bundesamtes für Polizei (Fedpol) zeigt, dass die Zahl der Angriffe 2024 gegenüber dem Vorjahr wieder um 50 Prozent auf 48 Fälle zugenommen hat, nachdem sich zuvor ein Rückgang abgezeichnet hatte. Auffälliger noch: Die Anschläge mit Sprengstoff erreichten mit mutmasslich 28 Fällen sogar ein Allzeithoch.

Lasso-Methode ist out

Weil die Banken und Betreiber von Geldautomaten die Sicherheitsvorkehrungen laufend verbessern, passen die Täter ihr Vorgehen sukzessive an: So sind sogenannte Lasso-Angriffe, bei denen die Geräte mit Seilen oder Ketten aus der Verankerung gerissen werden, nach

2018 stark zurückgegangen. Laut Statistik des Fedpol kam es in den letzten Jahren nur noch in Einzelfällen zur Anwendung dieser Methode. Stattdessen nahmen Sprengungen mithilfe von Gas zu, das ins Innere der Geräte eingebracht und gezündet wird. Inzwischen können gewisse Geldautomaten jedoch Gas erkennen und den Angriff abwehren. Mit dem Einsatz von Sprengstoff reagieren die Täter auch auf diese Entwicklung.

Doch damit steigt auch die Gefahr für Leib und Leben. Beim Angriff auf den Automaten in Mörschwil musste die Feuerwehr anrücken, um den Brand nach der Explosion zu löschen. Zur Anwendung sei ein vermutlich bisher unbekannter Sprengstoff gekommen, erklärte die Polizei. Das Fedpol rät Banken deshalb schon seit einiger Zeit, keine Geldautomaten in bewohnten Gebäuden zu platzieren. Bei der Sprengung von Bancomaten sei es auch schon zu Verlet-

zungen von Drittpersonen gekommen. Gefährlich wird es nicht zuletzt, wenn Sprengladungen nicht detonieren, aber sich das Bankpersonal an den Geräten ahnungslos an die Arbeit macht. In der Nähe von Hamburg wurden im Dezember zwei Mitarbeiter schwer verletzt, als sie einen mit Sprengstoff präparierten Geldautomaten befüllen wollten.

Der Trend zum vermehrten Einsatz von Sprengstoff hat unter anderem dazu geführt, dass vermehrt die Bundesanwaltschaft (BA) zum Zug kommt: Sobald Sprengstoff im Spiel ist, ist sie für die Strafverfolgung zuständig. Die Ermittlungen erfolgen in diesen Fällen unter Führung des Fedpol durch die Bundeskriminalpolizei, die sich personell allerdings bereits heute am Anschlag befindet. Die Strafverfahren werden dann von der BA geführt. Derzeit befinden sich mehrere Personen in Untersuchungs- oder Sicherheitshaft, wie die Bundesanwaltschaft auf Anfrage mitteilt.

Zu tun haben es die Fahnder zumeist mit international operierenden Banden, wie der Bundesanwalt Stefan Blättler letzte Woche sagte. Viele Untersuchungen sind deshalb nur via internationale Rechtshilfe möglich, was die Ermittlungen aufwendig und in der Tendenz schwerfällig macht. Die nationale und internationale Zusammenarbeit sei deshalb zentral, sagt Blättler. So waren die Schweizer Behörden letztes Jahr an der Aufdeckung einer internationalen Gruppierung in Frankreich beteiligt, die hierzulande zehn Sprengungen verübt haben soll. Zu den dreizehn mutmasslichen Tätern, die die französische Polizei im Spätsommer festgenommen hatte, gehörten französische, russische und niederländische Staatsangehörige. Die Zusammenarbeit zwischen den Behörden aus den verschiedenen Ländern erstreckte sich über mehrere Monate.

Laut Blättler hat sich im Rahmen von anderen Strafverfahren zudem gezeigt, dass es Verbindungen zwischen verschiedenen Fällen und Beschuldigten gibt. Solche Erkenntnisse schlagen sich in der Strafverfolgung nieder: Erstmals geht die Bundesanwaltschaft deshalb nun gegen Beschuldigte einer Bande wegen Verstoß gegen das Verbot von kriminellen und terroristischen Organisationen vor. Dazu passen auch Aussagen, die die frühere Fedpol-Chefin Nicoletta della Valle vor einigen Mona-

ten in einem Interview mit der NZZ machte: «Wir wissen, dass Bancomat-Sprengungen, die in der Schweiz durchgeführt werden, zuvor im Ausland geübt werden», erklärte sie. Hierzulande hätten die Täter Helfer, die die nötigen Voraussetzungen schüfen, um die Angriffe rasch durchführen zu können.

In Zukunft weniger attraktiv

Tatsächlich zeigen die Beispiele aus Arni und Mörschwil, dass die Sprengung eines Bancomaten nur wenige Minuten dauert. Die Täter hätten deshalb alles geplant und durchgetaktet, so della Valle: «Das sind keine Einzeltäter, sondern organisierte Gruppierungen, die in zahlreichen Ländern aktiv sind und in der Schweiz auf eine vorhandene Infrastruktur zurückgreifen können.»

Im Ausland haben die nicht abreisenden Anschläge mit gefährlichen Sprengstoffen inzwischen zur Lancierung von Gesetzesverschärfungen geführt. So haben das deutsche Bundesinnen- und das Justizministerium im letzten Jahr einen Entwurf vorgelegt, wonach das Herbeiführen von Sprengstoffexplosionen zur Begehung von Diebstählen mit härteren Freiheitsstrafen von bis zu fünfzehn Jahren belegt werden soll. «Eine Geldautomaten-Sprengung etwa an einem Bahnhof oder in einem Einkaufszentrum richtet nicht nur grossen Schaden an, sondern stellt auch eine erhebliche Gefahr für Unbeteiligte dar, sei es für Anwohner oder Passanten», erklärte der Bundesjustizminister Marco Buschmann damals.

Auch in der Schweiz wird der Ruf nach härteren Strafen inzwischen lauter. Der Genfer FDP-Nationalrat Olivier Feller verlangt, dass künftig auch Vorbereitungshandlungen zur Ausführung einer strafbaren Handlung mithilfe von Sprengstoffen oder giftigen Gasen unter Strafe gestellt werden. Im Parlament wurde die Motion noch nicht behandelt, der Bundesrat ist skeptisch, dass dies zum Ziel führt. Tatsächlich erscheint es wahrscheinlicher, dass Bancomat-Sprengungen mit dem Bedeutungsverlust von Bargeld automatisch an Attraktivität verlieren: Von den Niederlanden, wo die Zahl der Geldautomaten innert zehn Jahren von 20 000 auf 5000 zurückging, verlagerten Banden ihr Geschäft einfach nach Deutschland.

Schweizer greifen öfter zur Waffe

Die Zahl der Anträge auf Waffenscheine steigt, der Verkauf von Pistolen und Gewehren nimmt zu

GÉRALD KURTH

Die Schweiz ist punkto Waffendichte Weltspitze. Laut einer Schätzung der Genfer Nichtregierungsorganisation Small Arms Survey waren 2018 2,3 Millionen Waffen im privaten Besitz. Gleichzeitig lässt sich statistisch belegen, dass die Schweiz auch eines der sichersten Länder ist. Delikte mit Schusswaffen bleiben selten. Das von einem Einzeltäter 2001 im Zuger Kantonsparlament verübte Massaker war eine schreckliche Ausnahme.

Das nationale Selbstverständnis gründet auch auf dem historisch gewachsenen verantwortungsvollen Umgang mit Waffen. Die Wehrpflichtigen der Schweizer Milizarmee können ihre Dienstwaffe nach der Entlassung aus der Armee kaufen und sie unter Sicherheitsauflagen zu Hause lagern. Diese langjährige liberale Praxis wurde zwar nach mehreren Gewalttaten und Suiziden, bei denen Armeewaffen eingesetzt worden waren, 2011 ernsthaft infrage gestellt. Die Bevölkerung lehnte jedoch die damalige Volksinitiative für strengere Waffengesetze ab.

Nun aber deuten die Statistiken der kantonalen Polizeidienststellen schweizweit darauf hin, dass mehr Waffenerwerbsscheine beantragt werden. Die Kantonspolizei Freiburg stellte

2019 insgesamt 1549 Waffenerwerbsscheine aus. 2023 waren es 1673 – und im letzten Jahr waren es mit 1791 knapp sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Im Kanton Freiburg muss der Gesuchsteller seine Motivation darlegen, wenn er nicht Sportschütze, Jäger oder Waffensammler ist.

Im selben Zeitraum stieg im Kanton Luzern die Zahl der Waffenerwerbsscheine von 1874 auf 2680, inklusive Ausnahmebewilligungen. Diese werden seit 2019 erteilt, als das Waffengesetz an die EU-Richtlinie für den Erwerb von halbautomatischen Feuerwaffen angepasst wurde. Laut Urs Wigger, dem Mediensprecher der Luzerner Polizei, schliessen diese Zahlen aus 280 Bewilligungen für Polizeiangehörige ein, die nach der Neubewaffung ihre alte Dienstwaffe behalten wollten. Unabhängig davon sind innert eines Jahres fast 25 Prozent mehr Erwerbsscheine ausgestellt worden. Über die Gründe für diesen Anstieg wolle er nicht spekulieren, so Wigger. Die Luzerner Polizei führe keine Statistiken zu den Motiven eines Gesuchstellers.

Ähnlich präsentiert sich die Situation im Kanton St. Gallen: 2019 wurden 2059 Waffenerwerbsscheine ausgestellt und 184 Ausnahmebewilligungen erteilt. 2024 wurden 1981 Erwerbsscheine ausgestellt und 763 Ausnahmebewilligung-

gen erteilt. «Unsere Zahlen schwankten in den letzten Jahren immer einmal. Gesamthaft zeigt sich aber ein Aufwärtstrend», sagt Florian Schneider, Kommunikationsverantwortlicher bei der Kantonspolizei St. Gallen. Auch sein Kanton frage nicht nach den Motiven, die jemanden dazu bewegten, ein Gesuch für einen Waffenerwerbsschein einzureichen. «Die allgemeine Weltlage, der Krieg in der Ukraine können hier mit-schwingen», so Schneider. Ebenso können aber Ängste angesichts zunehmender Gewalt im öffentlichen Raum oder vor Einbrechern mitspielen. «Solche Gründe sind plausibel. Wir können sie aber nicht statistisch belegen.»

Für die Zunahme bei Waffenerwerbsscheinen und Waffenkäufen verantwortlich ist aber wohl weniger die diffuse Angst vor dem Krieg in der Ukraine. Eine viel wichtigere Rolle dürften folgende Entwicklungen und Beweggründe spielen:

■ **Populärer Schiesssport:** Am Eidgenössischen Feldschiessen 2024 nahmen 135 747 Schiessbegeisterte teil. Der Schweizer Schiesssportverband hat seit Jahren eine stabile Mitgliederzahl von rund 130 000 Schützinnen und Schützen. Statistisch aktualisiert der Verband lediglich die Zahlen seiner lizenzierten Mitglieder, die an nationalen Titelwett-

kämpfen teilnehmen. 2024 waren das 57 806 Personen, während 2018 noch 61 574 Schützen eine nationale Lizenz gelöst hatten. Der Schiesssport hat also unter Bevölkerungssegmenten an Popularität gewonnen, die keine sportlichen Ambitionen hegen. Waffenhändler und Büchsenmacher bestätigen, dass ihre Verkaufszahlen dank dieser Klientel gestiegen sind.

■ **Schiessen wird weiblich:** «Zu meiner Zeit gab es im Jungschützenkurs kein einziges Mädchen», sagt Philipp Ammann, Kommunikationsverantwortlicher des Schweizer Schiesssportverbandes. Das habe sich innert einer Generation völlig gewandelt. 2024 waren unter den 8977 Teilnehmenden an den Jungschützenkursen 2066 junge Frauen. Diese bevölkern aber nicht nur zunehmend die Schiessstände. «Im Breitensport sind Männer immer noch häufiger anzutreffen. Im Spitzensport hingegen haben Frauen klar die Oberhand», so Ammann. Das belegten die herausragenden Leistungen der Schweizer Olympionikinnen Chiara Leone oder Audrey Gogniat.

Abseits des Sports dringen Frauen in die traditionelle Männerdomäne der Jagd vor. Jagd Schweiz, der Dachverband der Schweizer Jägerinnen und Jäger, vertritt die Interessen von über

30 000 Mitgliedern. Die dazugehörige Diana Helvetia, die Gemeinschaft der jagenden Frauen in der Schweiz, zählt mittlerweile über 1500 Jägerinnen.

■ **Bevölkerungszunahme:** Die Schweizer Bevölkerung ist innert zwölf Jahren von acht auf neun Millionen Einwohner angewachsen. Diese Zunahme ist zwar teilweise immigrationsbedingt. Zudem dürfen Zuzüger aus gewissen Ländern in der Schweiz keine Waffe erwerben (etwa solche aus Ex-Jugoslawien oder der Türkei). Dennoch dürfte sich der demografische Zuwachs auch in den absoluten Zahlen der Waffenerwerbsscheine niederschlagen.

■ **Sicherheitsbedürfnis:** Die neusten Statistiken des Bundes belegen, dass sowohl Einbruchdiebstähle als auch Gewaltdelikte in den letzten Jahren zugenommen haben. Es ist davon auszugehen, dass sich, davon beeindruckt, auch manche Bürger an einer Waffenbörse eine Pistole besorgen. Diese Personen dürften die Sorge um die eigene Sicherheit höher gewichten als den Hinweis darauf, dass eine Waffe in ungeübten Händen mehr Selbstgefährdung als Schutz bedeutet. «Es ist ein Irrglaube, dass eine Waffe für Sicherheit sorgt», betont Florian Schneider von der Kapo St. Gallen.

«Das Verhältnis von Liechtenstein zu den USA ist weiterhin eng»

Erbprinz Alois zeigt sich von der Höhe der amerikanischen Zölle überrascht. Wie viel das Fürstentum in den USA investiert habe, sei offenbar übersehen worden, sagt er im Gespräch mit Andri Rostetter und Günther Meier

Durchlaucht, die USA belegen Liechtenstein mit Zöllen von 37 Prozent – sie sind noch höher als jene für die Schweiz. Das hat niemand erwartet.

Dass auch Liechtenstein von der Einführung neuer Zölle betroffen sein würde, war zu erwarten, überraschend ist die Höhe.

Das Verhältnis von Liechtenstein zu den USA war immer eng, auch in der ersten Amtszeit von Donald Trump. Was ist nun passiert?

Das Verhältnis von Liechtenstein und den USA ist weiterhin eng, an den ausgezeichneten bilateralen Beziehungen unserer beiden Länder hat sich grundsätzlich nichts geändert. Die Einführung von Zöllen ist eine handelstechnische Massnahme der USA, die alle Staaten trifft. Wir werden unseren Austausch mit Washington weiterhin intensiv pflegen, nicht zuletzt, um konstruktive Lösungen in dieser schwierigen Situation zu finden.

Dabei ist Liechtenstein in den USA ein bedeutender Investor. Liechtensteinische Unternehmen beschäftigen dort 7000 Arbeitskräfte – Ihr Land hat 40 000 Einwohner. Sie haben hier das beste Verhältnis weltweit.

Das ist richtig. Dass unsere Handelsbeziehungen immer auch Investitionen in die amerikanische Wirtschaft ausgelöst und Arbeitsplätze geschaffen haben, wurde bei dem global angelegten Vorgehen vermutlich nicht berücksichtigt.

Trumps Zollpolitik zeigt, dass Liechtenstein als Finanzplatz und Exportland stark exponiert ist.

Deshalb arbeiten wir immer auch intensiv an unseren bilateralen Beziehungen. International zeigt sich ohnehin wieder eine Tendenz zum Bilateralismus. Wir investieren in die Cybersicherheit und setzen auf eine konsequente Sanktionspolitik, damit Liechtenstein nicht für Umgehungsgeschäfte genutzt wird. Für unsere Exportindustrie ist entscheidend, dass der Zugang zu den Märkten offen bleibt, auch wenn sich jetzt die Rahmenbedingungen drastisch verändern.

Das Fürstenhaus ist auch selbst in den USA investiert. Was ändert sich hier?

Unser Engagement in den USA bleibt unverändert. Wir haben Beteiligungen im Finanz- und Landwirtschaftssektor. Wir betreiben zwar keine eigenen landwirtschaftlichen Betriebe, aber wir sind im Saatgutgeschäft mit Reis aktiv.

Sie haben die Regierungsgeschäfte vor zwanzig Jahren übernommen. Seither hat sich die Welt fundamental gewandelt. Wie schützt man einen Kleinstaat in solchen Zeiten?

Am besten, indem man eine nachvollziehbare Aussenpolitik verfolgt und mit möglichst vielen Staaten gute Beziehungen pflegt.

Auch mit Autokratien?

Grundsätzlich versuchen wir auch mit Staaten gute Beziehungen zu pflegen, die nicht in unser Wertesystem passen. Gerade kleine Staaten können vermitteln, wenn sie nicht bestimmten Lagern zugeordnet werden. Dies ändert nichts an der Unentbehrlichkeit unserer eigenen Werte und Prinzipien, und wenn gegen das Völkerrecht verstossen wird, benennen wir das klar.

Haben Sie manchmal den Eindruck, dass Liechtenstein nicht ernst genommen wird?

Nein, diesen Eindruck habe ich nicht. Als Kleinstaat kann Liechtenstein bilateral zwar nicht viel Gewicht in die Waagschale werfen, im multilateralen Kontext sieht es aber anders aus. Deshalb ist es für uns entscheidend, dass sich alle an international anerkannte Regeln halten und der Grundsatz der souveränen Gleich-



«Für uns ist entscheidend, dass sich alle an international anerkannte Regeln halten und der Grundsatz der souveränen Gleichheit weiterhin gilt», sagt Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein.

ANDRI VÖHRINGER FÜR NZZ

heit weiterhin gilt. Aus dem gleichen Grund sind wir auch in internationalen Organisationen sehr aktiv und spielen eine eigenständige Rolle, die auch positiv wahrgenommen wird. Wir wollen damit unsere Souveränität nicht nur formell absichern, sondern auch, indem wir uns auch als aktives Mitglied der internationalen Staatengemeinschaft zeigen und einbringen. In der Uno haben wir beispielsweise mit der Veto-Initiative ein Instrument angestossen, das ständige Sicherheitsratsmitglieder zu mehr Rechenschaft verpflichtet. Das hat uns internationale Anerkennung verschafft.

Der Leiter der liechtensteinischen Uno-Mission in Genf, Frank Büchel, glaubt, kleinere Länder hätten es künftig schwerer, keine Position zu beziehen.

Wir haben schon in der Vergangenheit durchaus Stellung genommen und uns um eine Positionierung bemüht, wenn sich das Anliegen mit den Grundsätzen unserer Aussenpolitik deckte und mit gleichgesinnten Staaten koordiniert werden konnte. So haben wir beispielsweise im Europarat das Schadensregister für die Ukraine mit aufgebaut und haben in den Verhandlungen zur Schaffung eines Sondertribunals eine sehr aktive Rolle gespielt. Diese Politik werden wir auch künftig verfolgen.

Ist Liechtenstein ein Gegenbeweis zur These, nur grosse Staatengebilde hätten eine Zukunft?

Kleinstaat können erfolgreich sein, wenn sie gut organisiert sind. Aber sie haben winzige Heimmärkte. Deshalb sind sie auf offene Märkte angewiesen. Staaten mit grossen Heimmärkten haben manchmal Mühe zu sehen, dass Freihandel kein Nullsummenspiel ist. In Liechtenstein muss ich das niemandem erklären. Wenn unsere Unternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen nur in Liechtenstein verkaufen könnten, wären wir bald wieder ein verarmter Bergbauernstaat.

Mit wenigen international tätigen Firmen haben Sie auch ein gewisses Klumpenrisiko.

Als Kleinstaat kann man nur eine hochentwickelte Volkswirtschaft betreiben, wenn man ein paar wenige Produkte und Dienstleistungen anbietet, die auf dem Weltmarkt mithalten können. Des-

«Wir versuchen, auch mit Staaten gute Beziehungen zu pflegen, die nicht in unser Wertesystem passen.»

Task-Force prüft Optionen

art. Vaduz · Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein ist der älteste Sohn von Fürst Hans-Adam II. und Thronfolger. Seit 2004 nimmt er als Stellvertreter seines Vaters die Aufgaben des Staatsoberhauptes des Fürstentums Liechtenstein wahr. Seit dem Zollvertrag von 1923 bilden Liechtenstein und die Schweiz ein einheitliches Zollgebiet. Umso überraschender war, dass die USA dem Kleinstaat mit noch höheren Zöllen als der Schweiz drohen. Die liechtensteinische Regierung hat eine Task-Force eingesetzt, um mögliche Handlungsoptionen zu prüfen. Gross ist der Spielraum aufgrund des Zollvertrags allerdings nicht. Die Regierung will sich deshalb eng mit der Schweiz absprechen. Die USA sind Liechtensteins wichtigster aussereuropäischer Wirtschaftspartner. Die liechtensteinischen Direktinvestitionen in den USA belaufen sich gemäss offiziellen Berechnungen auf 1,4 Milliarden Franken und damit auf das 3,5-Fache der Investitionen von amerikanischen Firmen in Liechtenstein.

halb ist es nicht überraschend, dass wir weltweit die höchste Quote haben, was Investitionen in Innovationen angeht. 6,4 Prozent des Bruttoinlandprodukts werden in Liechtenstein für Forschung und Entwicklung ausgegeben.

Aber diese Innovationskraft ist ohne die internationalen Beziehungen nicht viel wert.

Ja, kleine Staaten waren schon immer gezwungen, verhältnismässig offen zu sein. Wir hatten aber auch Glück: Wir sind von freundlichen Nachbarn umgeben, die selbst hochentwickelt sind. So kann man sich effizienter organisieren und eng zusammenarbeiten. Für 40 000 Einwohner ist es nicht sinnvoll, ein Spital oder eine Universität mit einem kompletten Angebot zu betreiben. Es ist besser, man bezahlt den Nachbarn dafür, zumal dieser dann seine Infrastruktur besser auslasten kann. Was die Universität angeht, machen wir es wie die kleinen Schweizer Kantone und zahlen den Uni-Kantonen für unsere Studenten einen Beitrag.

Die Schweiz hat ein neues Abkommen mit der EU ausgehandelt. Liechtenstein ist durch den Zollvertrag mit der Schweiz direkt betroffen. Wie positionieren Sie sich?

Der gegenwärtige Vorschlag bietet die Möglichkeit, auf dem jetzigen Weg weiterzugehen. Ich schliesse aber nicht aus, dass auch eine Alternative für uns funktionieren würde. Diese liegt allerdings nicht auf dem Tisch. Die Frage ist, wie gross dann der Spielraum ist, um auf uns Rücksicht nehmen zu können.

Angenommen, die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU verschlechtern sich: Wäre der EU-Beitritt für Liechtenstein eine Option?

So wie die EU jetzt organisiert ist, wäre eine Mitgliedschaft für uns als Kleinstaat vor allem für grössere Staaten eine Herausforderung. Für uns ist die Lösung mit EWR und Zollvertrag massgeschneidert.

Sie übernehmen aber schon jetzt über den EWR viele EU-Regeln, die nicht auf Sie zugeschnitten sind.

Das stimmt. Der EWR ist tatsächlich vor allem für grössere Staaten geschaffen. Und viele Regularien sind von der EU vorgegeben. Wir übernehmen nicht alles mit Begeisterung. Aber auch über

den Zollvertrag mit der Schweiz müssen wir Regeln übernehmen, die nicht auf uns zugeschnitten sind. Darum ist es wichtig, dass die Kleinen mitreden. Je effizienter die Regeln, desto besser auch für die grossen Staaten. Insgesamt profitieren wir aber stark vom EWR.

Der Brexit hat dem EWR geschadet. Wir haben das sehr bedauert. Alle hätten profitieren, wenn Grossbritannien geblieben wäre.

Eine Studie von Zukunft.li fordert deshalb mehr Einsatz für die Standortattraktivität, um global wettbewerbsfähig zu bleiben.

Unser Standort ist attraktiv, das Interesse der Investoren ist ungebrochen. Unser Hauptproblem ist der ausgetrocknete Arbeitsmarkt. Ausserdem arbeiten wir an noch mehr Freihandelsabkommen und Doppelbesteuerungsabkommen. Man kann einen Standort aber auch verbessern, indem man die Organisation der Verwaltung überdenkt. In welchen Bereichen haben wir zu viel Personal? Können wir es besser einsetzen? Können wir gezielter regulieren? Wir müssen die Verwaltung stärker digitalisieren, damit die Prozesse effizienter werden. Und wir müssen in Bildung und Forschung investieren, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung mit der künstlichen Intelligenz.

Liechtenstein ist die einzige Monarchie Europas, in der das Volk den Fürsten absetzen kann. Ist das Land eine Monarchie mit demokratischen Elementen oder eine Republik mit geduldeter Monarchie?

Wir sind eine repräsentative Demokratie mit einem starken monarchischen und einem starken direkt-demokratischen Element. Diese Kombination ist weltweit einzigartig. Das monarchische Element sichert dem Land eine langfristige Ausrichtung der Politik. Es steht über der Politik und den Parteien und kann zwischen diesen vermitteln. Die Monarchie ist auch identitätsstiftend. Die direkte Demokratie wiederum sorgt für eine grosse Bürgernähe, ein Modell, das man aus der Schweiz kennt. In Liechtenstein gilt diese Rechenschaftspflicht nicht nur für die gewählten Vertreter. Auch der Monarch muss das Vertrauen der Bevölkerung wahren. Tut er das nicht, droht nicht nur seine Absetzung, sondern letztlich das Ende der Monarchie.

Sie müssen also selbst für die Legitimation der Monarchie sorgen?

Ja. Würde ich regelmässig gegen die Interessen des Volkes handeln oder mich ständig überall einmischen, hätte ich bald ein Problem. Deshalb haben wir diese Aufgabenteilung: Die Regierung ist für das Tagesgeschäft zuständig, das Fürstenhaus bringt sich bei strategischen Themen ein.

Das Fürstenhaus Liechtenstein ist eine der politisch aktivsten Monarchien in Europa. Gibt es keine Überlegungen zu einem sanften Rückzug?

Es gibt Monarchien, die politisch aktiver sind als Liechtenstein, etwa Monaco. In anderen Ländern agiert der Monarch eher hinter den Kulissen. In Belgien war der König kürzlich wieder mit der Regierungsbildung beschäftigt. Ich konzentriere mich darauf, in meinen Ansprachen gewisse Anstösse zu geben.

Macht die Monarchie den Staat letztlich effizienter?

Ja, wenn dies der Haltung des Monarchen entspricht. Mein Grossvater Franz Josef II. und mein Vater Hans-Adam II. haben regelmässig hinterfragt, was Staatsaufgaben sein sollen. Wir pflegen da eine ähnliche Mentalität wie in der Schweiz: Bevor Geld ausgegeben wird, muss es der Staat zuerst einnehmen. Diese Haltung beugt Bürokratie vor.

Die Bündner haben nicht auf Schawinski gewartet

Der ehemalige Radiopirat ist mit Radio Grischa nur mit Musik auf Sendung – mehr geht derzeit nicht



Was er in Graubünden erlebe, sei «mieser Lokalchauvinismus», sagt Roger Schawinski.

GIAN EHREZZELLER / KEYSTONE

ANDREA FOPP

So schlecht ist es Roger Schawinski selten gegangen in seinem fast 80 Jahre langen Leben. Seine Ehefrau hat sich schon Sorgen gemacht. Die schlimmsten drei Monate in ihrer gemeinsamen Zeit seien das gewesen, habe sie ihm kürzlich gesagt. Der Grund für die «Fast-Depression»: die Niederlage gegen das Medienhaus Samedia – gegen den Kanton Graubünden, ist man fast versucht zu sagen. So zumindest scheint es sich für Roger Schawinski anzufühlen.

Im Januar hat ihm das Bundesverwaltungsgericht die Konzession für sein geplantes Radio in Graubünden, Glarus und im St. Galler Oberland wieder entzogen. Und damit drei Millionen Franken Subventionen pro Jahr. Wegen einer laut dem Gericht angeblich knapp überschrittenen Minimalquote von ausgebildeten Journalisten gegenüber Praktikanten. Schawinski hatte gemäss eigenen Angaben schon fast eine Million Franken investiert.

Hinter der Klage steht die Samedia, welche die Konzession in den letzten Jahrzehnten innehatte. Als Schawinski und sein Partner Stefan Bühler antraten, das «Medienmonopol der Samedia aufzubrechen», wie sie gerne sagen, führen die Kinder des erkrankten Hanspeter Lebrument alles auf, was sie haben: Klagen, Medienberichte, Lobbying. Dabei hatten sie einen grossen Teil des Bündner Establishments im Rücken: Das Bistum Chur, die Kantonbank und auch der Gastroverband sprachen sich beim Bund für Samedia aus.

Schawinski und Bühler reagierten. In den Zürcher Medienhäusern werden sie gehört. Auch die NZZ berichtet regelmässig über den Konflikt.

Vor Lebrument in Chur

Was er im Moment erlebe, sei «mieser Lokalchauvinismus», klagt Schawinski. Er sei mit einer in Bern eingereichten Petition mit dem Namen «Radio Südostschweiz, ds Radio vu do blibt do» verunglimpft worden als Zürcher, der in Graubünden nichts verloren habe. Im Gespräch korrigiert sich Schawinski einmal, als ihm ein «Bündnerland» rausrutscht. Das sagen nur die Untertaler. Er betont, seine Vorfahren seien schon vor dem Ersten Weltkrieg nach Chur gekommen, lange bevor es den St. Galler Hanspeter Lebrument in die Gegend verschlagen habe. Das harte K des Churer Dialekts fehlt beiden.

Dafür darf Roger Schawinski seinen Sender Radio Grischa nennen. Er hat den Markenstreit gegen die Samedia vorerst gewonnen, das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum hat den Markenschutz gelöst. Am 2. April ist Schawinski mit einem Stream auf Sendung gegangen, allerdings nur mit Musik im Testbetrieb. Dennoch ist es ein kleiner Sieg mit Signalwirkung. Radio Grischa kannte in Graubünden früher jedes Kind. So hiess das Radio der Samedia, bevor die Lebruments es umtaufen auf Radio Südostschweiz (RSO), aus Rücksicht auf Glarus und St. Gallen. Politisch ist das korrekt, emotional tönt das eher nach Geografieunterricht als nach Heimatgefühl.

Für Schawinski ist dieser Name einer von vielen Beweisen dafür, dass die Le-

«Man kann verlieren, aber nicht auf diese Art – wegen einer vorgeschobenen Lappalie.»

Roger Schawinski
Schweizer Privatmedienpionier

bruments «es einfach nicht gut machen». Sie hätten «null Respekt vor den Bedürfnissen der Bevölkerung». Das zeige sich auch in der Zeitung. Früher sei das eine aufmüpfige Regionalzeitung gewesen. «Jetzt nicht mehr.» Vor kurzem hätten die Lebruments eine zweiköpfige Chefredaktion aus Ostfriesland eingeflogen. Die «Bündner Chefs» (einer von ihnen ursprünglich ein St. Galler) habe man «brutal entsorgt!». Daher brauche es jetzt ein «unabhängiges» Radio Grischa. Die Journalisten habe er schon: «Alles Bündner, Superleute, die warten, bis es endlich losgeht.» Die könnten wohl einiges von ihm lernen, ist er überzeugt. Er, der unter anderem den «Kassensturz», Radio 24 und Tele Züri gegründet hat, sei ja der Journalist, der am meisten in den elektronischen Medien tätige Journalisten in der Schweiz ausgebildet habe.

Dieses Selbstbewusstsein braucht man wohl, wenn man «Monopole brechen» will. Doch wenn man Schawinski fragt, was denn publizistisch so schlecht laufe in Graubünden, fällt ihm nur das Baukartell ein, das angeblich von Zür-

cher Medien aufgedeckt wurde. Nur: Das ist ein Irrtum. Die «Südostschweiz» von Samedia hatte als erste Zeitung darüber berichtet. Die «NZZ am Sonntag», die «Aargauer Zeitung» und die «Republik» stiegen später kurz vor den Bündner Regierungswahlen ein. Letztgenannte mit deutlich mehr Pomp.

Schawinski Partner Stefan Bühler kennt als ehemaliger Chefredaktor der «Bündner Zeitung» und Herausgeber des «Churer Magazins» die mediale Lage am Fusse des Calanda. Doch auch er sagt kaum Konkretes über den Bündner Journalismus. Stattdessen spricht er über die «marktbeherrschende Stellung» der Samedia, welche die Wettbewerbskommission bereits 2013 moniert hat. In einem Schreiben vom 3. Februar 2025 spricht die Wettbewerbskommission erneut von «Hinweisen», wonach sich «gewisse Verhaltensweisen» von Samedia im Bereich der Radio- und TV-Werbung als «kartellrechtlich problematisch erweisen könnten».

Das Medienhaus betreibt ausser dem Radio einen TV-Sender, der neben den 2,8 Millionen Franken für das Radio weitere 4,4 Millionen Franken an Subventionen einbringt. Hinzu kommen die «Südostschweiz», das «Bündner Tagblatt» und kleine Regionalblätter wie die «Quotidiana» oder die «Linth-Zeitung».

Zufrieden mit dem Angebot

Wenn man sich in Graubünden umhört, scheint die Unzufriedenheit mit den lokalen Medien allerdings nicht grösser zu sein als anderswo. Nur Magdalena Martullo-Blocher, im Kanton Zürich wohnhafte Bündner Nationalrätin, ging auf Frontalkollision. Ihre Ems-Chemie warf ihrem Geschäftspartner Samedia in einem Schreiben an den Bund vor, «unliebsame Themen» unzureichend abzuhandeln und «polemische Berichterstattung gegen Andersdenkende» zu betreiben. Martullo-Blocher hat gemäss Medienberichten in der Vergangenheit öfters versucht, Einfluss auf die Samedia-Redaktion zu nehmen.

Bündner Politiker dagegen wollen sich nicht zum Konflikt äussern. Lieber sprechen sie über die Bedeutung des Journalismus für die Meinungsfreiheit. Maurizio Michael, FDP-Präsident und im Bergell daheim, nervt sich zwar schon hin und wieder über Samedia-Beiträge, die ihn politisch unausgewogen dünken. Das sei aber normal und ein Zeichen dafür, dass die Redaktionen unabhängig seien – die Verlegerin Susanne Le-

brument ist Freisinnige und hat für den Nationalrat kandidiert.

Martin Candinas, Mitte-Nationalrat aus der Surselva, zeigt sich froh über die verhältnismässig hohe Medienvielfalt in Zeiten des Mediensterbens: «Wir können zufrieden sein, dass wir in Graubünden noch ein eigenständiges Medienhaus haben und nicht wie viele andere Kantone aus den Zentralen in den Kantonen Zürich oder Aargau beliefert werden.» Dank der Dreisprachigkeit profitiere man mit RTR, RSI und «Regionaljournal Ostschweiz» ausserdem gleich dreifach vom umfassenden Angebot der SRG.

Es ist ein Argument, das auch die Samedia-Verlegerin Susanne Lebrument gerne bringt. «Wir sind ein starkes Medienunternehmen und fördern die journalistische Unabhängigkeit und die Meinungsvielfalt», sagt sie der NZZ. Zum Schreiben der Weko nimmt sie keine Stellung. Lebrument gilt als nahbar, sie ist viel im Kanton unterwegs und kennt jeden.

Die Vorwürfe gegenüber der deutschen Chefredaktion lässt sie nicht gelten. Diese habe grosse Erfahrung in der Transformation und erarbeite sich jetzt ein Netzwerk in der Region. Sie habe niemanden aus der vorherigen Chefredaktion entlassen, geschweige denn entsorgt. Dann holt Lebrument zum Gegenschlag aus: Schawinski sei nicht so erfolgreich, wie er sich gerne gebe. Radio 1 mache Defizite und Schawinski könnte die Subvention sicher gut gebrauchen, sagt Lebrument. Sie glaubt, dass er einen alten Machtkampf weiterführt, den er mit ihrem Vater hatte – obwohl die Geschicke des Unternehmens längst in den Händen seiner Kinder liegen.

Zwei pickelharte Alphatiere

Schon im Jahr 2007 hatte Schawinski erfolglos versucht, Hanspeter Lebrument in dessen Subventionsgebiet zu besiegen. In der Medienbranche hiess es, die beiden Männer hätten Krieg. Schawinski winkt ab. «Wir waren beide kreative Unternehmer. Alphatiere. Jeder hat seine Interessen pickelhart verteidigt.» Ausserdem seien die Vorwürfe bezüglich eines Defizits «falsch», sagt Schawinski. «Seit vielen Jahren ist die Radio 1 AG nicht in den roten Zahlen – und dies ohne einen einzigen Subventionsfranken.»

Schawinski ist es gewohnt, dass er für seinen Journalismus kämpfen muss, und kokettiert ein wenig damit, dass die Mächtigen das nicht gerne sehen. Mit dem Piratensender Radio 24 sendete er 1979 vom italienischen Pizzo Groppera in die von der SRG beherrschte Schweiz. Mit Tele Züri gründete er das erste Privatfernsehen. Der Golfklub Dolder wollte ihn nie als Mitglied, und in seinem Buch schrieb er vor ein paar Jahren, ihm sei nie ein Verwaltungsratsmandat oder der Eintritt in einen Service-Klub angeboten worden. «Einerseits hatte ich kein Network, andererseits blieb ich immer unabhängig. Das war mir viel wichtiger», sagt er heute.

Alles nicht so schlimm wie die Niederlage im Bergkanton. «Man kann verlieren», sagt Schawinski, «aber nicht auf diese Art.» Nicht wegen einer «vorgeschobenen» Lappalie vor Gericht. Dennoch geht es Schawinski seit ein paar Tagen wieder besser. Bühler und er wollen die Konzession zurückgewinnen und haben ein Revisionsgesuch beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht. Ein Weg, der selten eingeschlagen wird. Schawinski kann daher nicht einschätzen, wie gross seine Chancen sind. Aufgeben will er nicht. In ein paar Monaten wird er 80 Jahre alt. Dieses «besonders hässliche regionale Monopol» möchte er am Schluss seiner Karriere noch brechen. «Das wäre in einem ganzen Landesteil wichtig für die Meinungsvielfalt.» Auch Susanne Lebrument gibt nicht auf. Sie prüft einen Weiterzug des Markenstreits um Radio Grischa vor das Bundesverwaltungsgericht.

Impfstoffe gegen Corona werden entsorgt

Nur ein Viertel der beschafften Dosen wurde verimpft

PATRICK IMHASLY

Rund 1,3 Milliarden Franken für die Beschaffung von Corona-Impfstoffen in der Schweiz mussten abgeschrieben werden. Gemäss der Staatsrechnung der Eidgenössischen Finanzverwaltung, die kürzlich veröffentlicht wurde, hat der Bund in den Jahren zwischen 2020 und 2023 Impfstoffe im Wert von 2282 Millionen Franken beschafft. Tatsächlich verimpft wurden indessen lediglich Dosen im Wert von 567 Millionen Franken.

Impfstoffe im Wert von weiteren 268 Millionen Franken gingen als humanitäre Hilfe ins Ausland. Material im Wert von 1447 Millionen Franken musste laut der Staatsrechnung der Finanzverwaltung «wertberichtigt» werden. Das haben die «Sonntags-Zeitung» und «Le Matin Dimanche» berichtet.

1,3 Milliarden Franken Wert

Diese Berechnungen bestätigt Philipp Rohr, Leiter Kommunikation der Finanzverwaltung, gegenüber der NZZ. Bei den Zahlen handle es sich nicht um eine Bestands- oder Nutzungsstatistik. «Aber 90 Prozent der Wertberichtigungen entfallen auf Impfstoffe, die nach Ablauf des Verfallsdatums entsorgt werden mussten.» Das bedeutet: In der Schweiz landeten schätzungsweise Corona-Impfstoffe im Wert von rund 1,3 Milliarden Franken im Abfall.

«In der Covid-Pandemie war das oberste Ziel des Bundes, die Schweizer Bevölkerung ausreichend mit den wirksamsten Impfstoffen gegen Covid-19 zu versorgen», erklärt eine Sprecherin des für die Beschaffung federführenden Bundesamts für Gesundheit (BAG) auf Anfrage. Wie sich die Pandemie entwickeln würde, sei nicht abzusehen gewesen. Es sei darum gegangen, die Versorgungssicherheit der Bevölkerung unabhängig davon zu gewährleisten. In der Schweiz wurden die mRNA-Impfstoffe von Moderna und Pfizer/Biontech sowie ein Proteinimpfstoff von Novavax eingesetzt.

Mit der Bestellung von Impfstoffen verschiedener Anbieter sollten auch die Ausfallrisiken einzelner Hersteller minimiert werden. Noch bis Sommer 2024 übernahmen Bund und Kantone die Verantwortung für die Beschaffung der Impfstoffe. Seitdem werden sie gehandhabt wie andere Impfstoffe auch und nach Bedarf bestellt.

Doch was bedeuten die Zahlen für den Umgang mit den einzelnen Impfdosen? Gemäss Angaben des BAG wurden den Menschen in der Schweiz bis zum Ende der Meldepflicht am 3. Juli 2023 17 Millionen Dosen verabreicht. Weitere 20 Millionen Dosen entsorgte der Bund. Die restlichen Impfdosen seien hauptsächlich «in den verimpfenden Stellen» – in Apotheken, Spitälern, Impfzentren oder bei Ärzten – nicht verwendet worden. Eine «geringe Menge» musste auch in den Kantonen entsorgt werden. Wie viele Dosen genau an diesen Stellen übrig blieben, kann das BAG nicht beziffern.

Eine teure Strategie

Wenn Impfstoff, dann Impfstoff für alle und jedes Szenario, lautete die Devise. Der damalige Gesundheitsminister Alain Berset verteidigte schon im Sommer 2022 den Entscheid des Bundesrats, viel mehr Impfstoffe zu reservieren als bis dato verabreicht. «Sicherheit hat ihren Preis», sagte Berset. Der Bundesrat habe nicht mehr in die Situation geraten wollen, drastische Massnahmen verhängen zu müssen. «Wir wollen die Schweizer Bevölkerung jederzeit mit den neuesten und wirksamsten Impfstoffen versorgen können», sagte Berset seinerzeit.

Der Preis für diese umfassende Strategie war hoch, wie jetzt der Kassensturz der Eidgenössischen Finanzverwaltung gezeigt hat. Kritik an den enormen Kosten gab es schon damals. Diese drehte sich vor allem um die Frage, ob der Bundesrat bei der Impfstoffbeschaffung die Budgethoheit des Parlaments verletzt habe.



Die Schmierereien und Kleber der FCZ-Fans sind ein Ärgernis – die Reinigungen bezahlen bis jetzt die Steuerpflichtigen.

BILDER ANNICK RAMP / NZZ

Politik will Fussballklubs in die Pflicht nehmen

Ein übergrosses FCZ-Graffito an der denkmalgeschützten Lindenhof-Mauer bringt das Fass zum Überlaufen

TOBIAS MARTI

Dieses Graffito war eines zu viel. Die Zürcherinnen und Zürcher sind zwar einiges gewohnt, wenn es darum geht, dass Fussballfans ihre Vereinsliebe ostentativ zur Schau stellen. Es findet sich in der Stadt kaum mehr eine Ecke, die nicht mit Graffiti oder Klebern vollgekleistert wäre. Auf den meisten dieser Werke wird der FC Zürich bejubelt.

Die drei überlebensgrossen Buchstaben («FCZ») an der denkmalgeschützten Mauer am Lindenhof waren aber mehr als ein Graffito. Sie glichen vielmehr einer Kampfansage. Stadtrat Filippo Leutenegger, zuständig für den Sport in Zürich, sagte erüchtelt zu Tele Züri: «So eine schöne Stadt. So wüste Graffiti.» Natürlich müsse man dieses schäufelst entfernen. Die Stadt hat Anzeige erstattet und Offerten von externen Reinigungsfirmen eingeholt. Im Verlauf der Woche soll die historische Mauer gereinigt werden.

Derlei Verunstaltungen kommen den Steuerzahler teuer zu stehen. Vor zwei Jahren machte die Stadtregierung anlässlich einer schriftlichen Anfrage im Stadtparlament die Rechnung. Das Entfernen von Graffiti auf öffentlichem Grund kostete die Stadt innert fünf Jahren rund 9 Millionen Franken. Dabei handelt es sich aber nicht ausschliesslich um Fussball-Sprayerereien. Rechnet man die privaten Eigentümer mit ein, ist

der Schaden von Vandalen um ein Vielfaches höher. Für das Jahr 2022 beziffert die Stadt einen Schadensbetrag von rund 2,6 Millionen Franken für alle geschädigten Parteien.

Der Drang, das fussballerische Revier zu markieren, treibt derweil immer seltsamere Blüten. Manch ein Sprayer macht auch vor der Natur nicht halt und platziert sein Graffito an Bäumen im Park. In der Aargauer Gemeinde Bremgarten versteckte ein Vandal eine Rasierklinge hinter einem FCZ-Kleber, um diesen so vor anderen Vandalen zu schützen. Prompt erlitt ein junger Mann schwere Fingerverletzungen, weil er den Aufkleber entfernen wollte.

Keine Sippenhaft

Dass mit der Verschandelung des Lindenhofs ein gewisses Mass überschritten sein könnte, zeigte sich in der Reaktion des FCZ-Präsidenten Ancillo Canepa. «Bitte hört auf», sagte er Anfang vergangener Woche in einem Video, mit dem er sich an die Fans richtete. Derlei Aktionen seien «Sachbeschädigungen und illegal» und schädeten dem Image des Vereins sowie der Fans. Canepa erklärte, er habe in letzter Zeit viele Reklamationen von Geschädigten erhalten: «Das hat dazu geführt, dass wir immer wieder Rechnungen für Reinigungskosten kriegen.»

Die Rechnungen der Betroffenen beglichen hat der FCZ allerdings nicht.

«Wir sind weder rechtlich noch moralisch verpflichtet, solche Rechnungen zu übernehmen», sagt Canepa zur NZZ. «Verantwortlich sind einzig und allein die Verursacher.» Die Klubs sollen für Sprayereien und Sachbeschädigungen «in die Verantwortung genommen werden». Die Rede ist von Massnahmen wie dem «Einbehalten von städtischen Mitteln» oder

«Wir haben in Zürich ein Gewalt- und Dreckproblem.»

Flurin Capaul
FDP-Gemeinderat

dem Aussetzen von Spielbewilligungen. «Bis die betreffenden Klubs nachweislich wirksame Präventivmassnahmen gegen Sachbeschädigungen durch ihre Fans ergriffen haben.» Allerdings wird im Vorstoss nirgends erklärt, wie das rechtlich funktionieren soll. Ein Verein kann schwerlich für seine Fans in Sippenhaft genommen werden.

Anruf bei Flurin Capaul. Der FDP-Gemeinderat und langjährige FCZ-Fan hat das Postulat mit Marita Verbali und Sebastian Vogel eingereicht.

Er findet, wenn Tausende von Klebern und Hunderte von Graffiti die Wände verunstalteten, könne man einem Klub sehr wohl vorwerfen, dass er seine Fans nicht im Griff habe. Das Canepa-Video zeige, dass es der FCZ-Führung selbst nicht mehr wohl sei. Klar sei das rechtlich nicht einfach umzusetzen, erklärt Capaul weiter, aber irgendwo müsse man anfangen. «Wir haben in Zürich ein Gewalt- und Dreckproblem, die Bevölkerung verliert die Geduld.»

Der Politiker hält es für denkbar, dass etwa ein Teil der Reinigungskosten den Klubs auferlegt würde. Auch müsse sich die Stadt überlegen, ob sie bei den Beiträgen an die Stadionmiete ansetzen wolle. Man sei aber durchaus offen für Vorschläge seitens des FCZ. Capaul kann sich ausserdem eine Vereinbarung vorstellen, wie sie die Stadt mit McDonald's vor Jahren abgeschlossen hat. Die Fast-Food-Kette sorgt freiwillig selber dafür, dass der öffentliche Raum vor ihren Filialen sauber bleibt.

Externe Firma gesucht

Ancillo Canepa bezeichnet die Forderungen des Postulats als «weltfremd». Sie widersprechen «jeder kompetenten rechtlichen Beurteilung». Und der FCZ-Präsident erinnert auch hier an das Verursacherprinzip. Den Grasshoppers werden laut eigenen Angaben keine Reinigungs-Rechnungen geschickt. Ein Spre-

cher des Vereins sagt, es würden bereits heute «umfangreiche präventive und repressive Massnahmen» ergriffen, um Sachbeschädigungen durch die eigenen Fans zu verhindern.

Während die politische Diskussion läuft, geht es für die Zürcher Stadtverwaltung um praktische Lösungen. Irgendjemand muss die Kleber an all den Parkverbotschildern schliesslich wieder wegkratzen. So sucht die städtische Dienstabteilung Verkehr derzeit nach einer externen Firma, die diese Sisyphusarbeit ab August für die kommenden fünf Jahre übernehmen soll. Der Auftrag ist öffentlich ausgeschrieben.

Die Reinigungsarbeiten würden zwar auch von städtischen Mitarbeitenden übernommen, allerdings seien die Ressourcen begrenzt, begründet eine Sprecherin die Ausschreibung. Dieser geht ein Pilotprojekt mit einer Partnerfirma voraus, die von Herbst 2023 bis Ende 2024 für die Stadt auf Reinigungstour ging. Die Kosten beliefen sich auf rund 51 000 Franken.

Es gelte «sämtliche städtischen Verkehrssignale, links und rechts der Strasse, sowie auf Verkehrsinseln» zu reinigen, formuliert es die Stadt in der Ausschreibung. Denn: «Die Verschmutzungen von Signalisationen erstrecken sich über alle Kreise der Stadt Zürich hinweg.» Was die Stadt im Inserat unerwähnt liess: Auf jeden entfernten Aufkleber folgt meist ein neuer. Sisyphus halt.

Stadt stoppt teure Asylunterkunft auf dem Hardturmareal

Erst kürzlich ist der provisorische Bau gegen Anwohner erstritten worden – jetzt wird dem Projekt der Stecker gezogen

MICHAEL VON LEDEBUR

Die Stadt Zürich leistet sich einen Luxus, um den sie andere Gemeinden im Kanton Zürich beneiden dürften: Sie verzichtet auf den Bau einer Asylunterkunft. Und dies, nachdem sie die Baubewilligung dafür gegen den Widerstand von Anwohnern erstritten hat. Nach wie vor suchen Gemeinden überall im Kanton händierend nach Wohnraum für Asylsuchende, nachdem der Kanton die Quote für die Unterbringung in den Gemeinden letzten Sommer erhöht hat.

In Bassersdorf beispielsweise lehnten die Stimmberechtigten im November einen Kredit über sechs Millionen Franken für eine neue Asylunterkunft ab, die Gemeinde muss sich mit Übergangslösungen behelfen. In der Stadt Zürich hingegen teilte der Stadtrat am vergangenen Freitag mit, dass er das Hardturmprovisorium nicht bauen lassen werde, obwohl diesem nichts mehr im Wege stünde. Das Projekt hat eine längere Vorgeschichte.

Der Bau der Unterkunft war nur deshalb infrage gekommen, weil das Stadionprojekt seit bald vier Jahren durch Einsprachen blockiert ist, trotz zweifachem Ja an der Urne. Auf dem Hardturm ist das Projekt «Ensemble» mit Fussballstadion und Wohnbauten geplant.

Kostspieliges Containerdorf

Doch auch die vorgesehene provisorische Asylunterkunft wurde auf dem Rechtsweg blockiert. Anwohner bekämpften das Projekt. Sie argumentierten, das Quartier sei durch das nahe Bundesasylzentrum schon stark belastet. Eltern zeigten sich besorgt, weil ein Schulweg am Zentrum vorbeiführe und dieser zu gewissen Tageszeiten nicht mehr sicher sei.

Das Verwaltungsgericht wies die Beschwerden der Anwohner aber ab – in erster Linie, weil die Rekurrenten zu weit weg von der geplanten Unterkunft wohnten. Die Anwohner akzeptierten

das Urteil. Vor wenigen Wochen teilte das Sozialdepartement mit, dass eine rechtskräftige Baubewilligung vorliege.

Nun folgt also der Rückzieher. Die Stadt begründet diesen am vergangenen Freitag in einer Mitteilung mit den hohen Kosten von 21 Millionen Franken. So viel hätte das Container-Dorf für 320 Personen gekostet. Das sei zu viel für ein Projekt mit beschränkter Nutzungsdauer. Denn die Baubewilligung hätte den Betrieb entweder bis zum Baubeginn des Stadionprojekts oder spätestens bis Ende 2027 erlaubt. Die Unterkunft wäre somit nur eineinhalb Jahre in Betrieb gewesen.

Allerdings: All dies war längst bekannt, als die Stadt das Projekt an die Hand nahm. Warum hat sie es überhaupt je in Erwägung gezogen? Der Sozialvorsteher Raphael Golta (SP) sagt zur NZZ, es sei stets klar gewesen, dass die Siedlung auf dem Hardturm «die teuerste, nicht die beste Lösung» sei. Doch man habe sich die Option offen-

halten wollen für den Fall, dass man darauf angewiesen sei.

Günstigere Alternativen

Aber gerade weil der Zeithorizont wegen des Stadionprojekts beschränkt war, hat man jetzt entscheiden müssen, ob man das Vorhaben realisieren soll, «now or never», wie sich Golta ausdrückt. Wie viel die Planung des 21-Millionen-Baus sowie das Rechtsverfahren die Stadt gekostet haben, weist diese nicht separat aus. Die Kosten für die Unterbringung seien «generell hoch».

Golta sagt, in der Zwischenzeit hätten sich bessere, kostengünstigere Alternativen zum Hardturmprovisorium ergeben. Beispielsweise kann die Stadt die Triemli-Personalhäuser nun nicht mehr nur übergangsweise nutzen, sondern langfristig.

Im Kanton Zürich werden Flüchtlinge auf die Gemeinden verteilt, jede Gemeinde muss eine Quote erfüllen,

die der Kanton zuletzt im vergangenen Juli von 1,3 auf 1,6 Prozent der Gesamtbevölkerung angehoben hat. Das bedeutet, dass jede Gemeinde im Kanton 16 Flüchtlinge pro 1000 Einwohner unterbringen muss. Im Falle der Stadt Zürich wären dies rund 7000 Personen.

Die Stadt erfüllt diese Quote nicht, die Zahl der Unterbrachten liegt bei 6100. Damit bewege sich die Stadt etwa im Mittelwert der Gemeinden, sagt Golta. Die Situation habe sich ein wenig entspannt, weil jüngst weniger Flüchtlinge gekommen seien als erwartet. Der Druck im System sei aber nach wie vor gross, die Zahl der Flüchtlinge insgesamt hoch. Und oft seien beim Wohnraum für Asylsuchende nur temporäre Lösungen möglich. Entwarnung wolle er deshalb auf keinen Fall geben.

Doch die Situation hat sich immerhin so sehr entspannt, dass die Stadt nun auf ein Bauprojekt verzichten kann, dessen Kosten-Nutzen-Verhältnis Fragen aufgeworfen hätte.

Der Regierungsrat plädiert dafür, dass Menschen mit Beistand volle politische Rechte erhalten

Der Kanton Zürich will umfassend verbeiständete Personen künftig wählen und abstimmen lassen – die SVP ist dagegen

GIORGIO SCHERRER, ZENO GEISSELER

Während Jahrzehnten galten sie als «geistesschwach», als «lasterhaft», «trunksüchtig» oder «verschwendisch». Sie verloren ihre Freiheit, ihre Rechte, wurden zu «Mündeln» und damit zu Bürgern zweiter Klasse. Jetzt sollen Menschen, die wegen Behinderung oder Krankheit ihren Alltag nicht ohne weitgehende Unterstützung bestreiten können, im Kanton Zürich ein zentrales Recht erhalten: jenes, abzustimmen und zu wählen.

Personen mit umfassender Beistandschaft – so heisst das Nachfolgemodell der «Entmündigung» – sollen neu die gleichen politischen Rechte erhalten wie all ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger. Das teilt der Kanton Zürich am Donnerstag mit. Es gehe darum, die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am öffentlichen Leben zu gewährleisten, so die Kantonsregierung. Sie schlägt dem Parlament deshalb vor, umfassend Verbeiständete künftig bei allen kantonalen und kommunalen Entscheidungen mitreden zu lassen. Auch soll man sie wählen können. Damit ginge der Kanton weiter als der Bund. Dort gilt: Demokratisch mitbestimmen darf nur, wer nicht «wegen Geisteskrankheit oder Geisteschwäche entmündigt» ist. So steht es in der Bundesverfassung.

Das Zürcher Vorpreschen geht auf eine Initiative der Stadt Zürich zurück, die eine Ausweitung des kommunalen Stimm- und Wahlrechts verlangt hatte. Vor eineinhalb Jahren hat das Kantonsparlament dieses Vorhaben unterstützt und die Regierung mit dessen Umsetzung beauftragt. Die zuständige Justizdirektorin Jacqueline Fehr (SP) geht mit ihrem Vorschlag nun über das ursprünglich Geforderte hinaus. Statt dass Gemeinden selbst über den Stimmrechtsausschluss befinden, soll künftig eine einheitliche Regel im ganzen Kanton gelten: gleiche politische Rechte für alle. Man wolle einen Flickenteppich von unterschiedlichen lokalen Regelungen vermeiden, schreibt die Regierung. Nötig dafür ist neben einer Gesetzes- auch eine Änderung der Kantonsverfassung.

Von der Liberalisierung würden rund 400 Personen profitieren. So viele sind momentan im Kanton Zürich umfassend verbeiständete, landesweit sind es rund 16 000. Es ist eine überschaubare Zahl, die noch vor wenigen Jahren deutlich höher war. «Entmündigungen», etwa wegen «Geisteskrankheit» oder «Trunksucht», gab es in der Schweiz bis 2012. Sie wurden trotz jahrzehntelanger Kritik mit jedem Jahr mehr.

Erst eine grundlegende Reform des Erwachsenenschutzrechts konnte diesen Trend vor dreizehn Jahren brechen. Seither gilt die umfassende Beistandschaft



In zwei Kantonen dürfen urteilsunfähige Personen bereits abstimmen. Aufnahme aus dem Wohnheim Tilia in Rheinau. GAËTAN BALLY / KEYSTONE

als Auslaufmodell. Die Anzahl Betroffener nimmt landesweit mit jedem Jahr ab. Mit der Forderung nach einer erweiterten politischen Teilhabe will der Kanton Zürich nun einen weiteren Schritt in Richtung Entstigmatisierung dieser Gruppe machen.

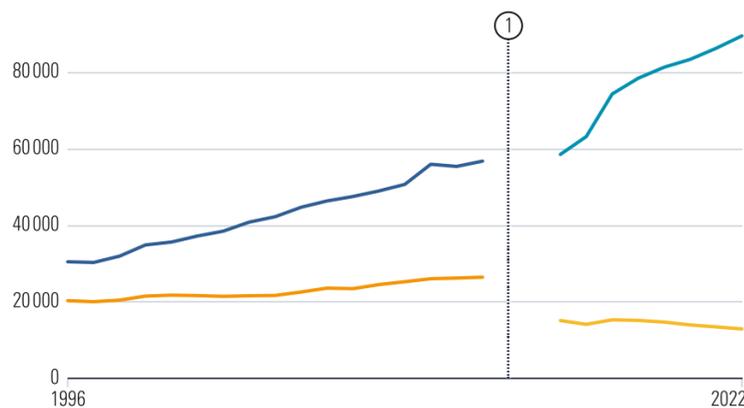
Wer füllt den Stimmzettel aus?

Kritik an der Neuregelung gibt es von bürgerlicher Seite. Die SVP-Kantonsrätin Susanne Brunner hatte sich schon 2023 gegen eine Erweiterung des Stimm- und Wahlrechts ausgesprochen. Sie lehnt auch den jetzigen Vorschlag der Kantonsregierung ab, und zwar aus grundsätzlichen Überlegungen. «Ich verstehe, dass man niemanden übergehen will. Aber diese Personen stehen unter einer Beistandschaft, weil sie andauernd urteilsunfähig sind», sagt sie. Das bedeute, dass sie ihren Alltag, etwa ihre finanziellen Angelegenheiten, ohne umfassende Unterstützung nicht bewältigen könnten. «Deshalb ist es offensichtlich, dass sie auch ihre demokratischen Rechte nicht selbständig wahrnehmen können.» Brunner befürchtet, dass die Beistände de facto die Stimm- und Wahlrechte ihrer Schützlinge übernehmen würden. Und professionelle Beistände betreuten in der Regel mehrere Personen. «Sie hät-

Weniger harsche Massnahmen bei Erwachsenen nach Kesb-Einführung

Anzahl Betroffene von ausgewählten Massnahmen im Erwachsenenschutz

Milde Massnahmen (Vormundschaft) Milde Massnahmen (Kesb)
Harte Massnahmen (Vormundschaft) Harte Massnahmen (Kesb)



① Einführung der Kesb 2013

Keine Daten für 2013 bis 2014. 2015 ohne AR, GE, AG. 2016 ohne GE, AG.

Milde Massnahmen = Beistands-/Beiratschaften (vor 2013), danach massgeschneiderte Beistandschaften.

Harte Massnahmen = Entmündigungen (vor 2013), danach umfassende Beistandschaften.

QUELLE: KOKES

NZZ / sgi.

ten also ein mehrfaches Stimm- und Wahlrecht, und das darf nicht sein. Der Grundsatz «one man, one vote» würde krass verletzt.»

Ganz anders sieht das Rahel Weil von der Behindertenrechtsorganisation Pro Infirmis. Das Missbrauchsrisiko sei klein – und auch nicht grösser als bei Personen, die nicht unter einer Beistandschaft stünden. Pauschales Misstrauen gegenüber den Beiständen sei ebenso wenig angebracht wie gegenüber

Im Kanton Zürich sind rund 400 Personen umfassend verbeiständete, landesweit sind es rund 16 000.

den Betroffenen. «Unter Beistandschaft zu stehen, bedeutet nicht, dass man nicht eigenständig denken, Zeitung lesen, sich informieren kann», sagt Weil. Das volle Stimm- und Wahlrecht trage vielmehr dazu bei, eine marginalisierte Gruppe besser in politische Entscheide einzubeziehen. «Es ist ein wichtiger Schritt für die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung.»

Die Zürcher Kantonsregierung sieht es gleich. Die Gefahr, dass andere Personen anstelle der Betroffenen abstimmen und wählen würden, sei vernachlässigbar. Sie stehe in keinem Verhältnis zum Missbrauchsrisiko bei der brieflichen Stimmabgabe.

Auch der Bundesrat ist dafür

In anderen Kantonen ist das Zürcher Vorhaben bereits Tatsache. So etwa in Genf, wo die Stimmbevölkerung schon 2022 beschloss, urteilsunfähige Personen neu wählen und abstimmen zu lassen. Vor einem Jahr folgte auch Appenzell Innerrhoden diesem Beispiel. In weiteren Kantonen wie auch auf Bundesebene sind ähnliche Vorstösse hängig.

Der Bundesrat signalisierte erst vergangenen November seine Bereitschaft, den Passus zu «Geisteskrankheit oder Geisteschwäche» in der Bundesverfassung zu streichen. Folgt das Parlament diesem Antrag, braucht es allerdings eine Volksabstimmung. Ebenso wie im Kanton Zürich, wo eine entsprechende Änderung der Kantonsverfassung dem obligatorischen Referendum untersteht.

Das letzte Wort darüber, ob Menschen mit einer umfassenden Beistandschaft künftig politisch mitentscheiden dürfen, werden also ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger haben.

ANZEIGE

maz

Wir machen Medienmachende

Viele denken über ihre Zukunft nach.
Du schreibst sie.

Studiere am führenden Institut für
Journalismus und Kommunikation:
maz.ch

Am oberen Zürichsee platzt ein Sommertraum

Dem Betreiber einer Strand-Bar in Rapperswil-Jona geht das Geld aus – zurück bleiben 50 Tonnen Sand und 200 Goldfische

ISABEL HEUSSER

Es sind Bilder wie aus einem Sommertraum: junge Leute, die im Licht der untergehenden Sonne tanzen und mit bunten Drinks anstossen. Feiner Sand, der durch Hände rieselt. Entspannen im Whirlpool. So bewirbt der umtriebige Eventmanager Martin Roth im Frühling 2023 auf seiner Website die neue «Lido Beach Bar». Der Ort, an dem der Sommertraum wahr werden soll: ein heruntergekommenes, über siebzig Jahre altes Freibad neben der Eishalle in Rapperswil-Jona, das nicht mehr in Betrieb ist.

Bei der Stadt freut man sich über die Zwischennutzung, bis ein neues Freibad gebaut werden kann. Hauptsächlich, das Gelände liegt nicht brach. Man glaubt, auf den richtigen Mann gesetzt zu haben. Roth hat Erfahrung in der Branche, in den letzten Jahren hat der 43-Jährige zahlreiche grosse Anlässe mitorganisiert.

Um echtes Beach-Feeling zu erzeugen, kippt Roth rund fünfzig Tonnen Sand auf das Gelände des ehemaligen Freibads, stellt Palmen auf, lässt aufblasbare Plastik-Flamingos im ehemaligen Sprungbecken treiben, das Roth «Teich» nennt. Bald schwimmen darin ein paar Goldfische. Roth ist zuversichtlich. Als die Badi vor ein paar Jahren noch in Betrieb war, tummelten sich hier im Sommer Hunderte von Gästen. Er glaubt, die Bar werde ebenfalls ein Erfolg. Doch es kommt alles anders.

Lieber ins Stadtzentrum

Die Schwierigkeiten fangen damit an, dass Roth im Jahr 2023 erst am 1. September eröffnet – dann also, wenn die Saison in der Sommergastronomie schon fast vorbei ist. Roth sagt, er habe die Zeit bis dahin zur Vorbereitung benötigt. Er hofft auf ein paar gute Wochen, für ihn steht viel auf dem Spiel: Rund 80 000 Franken habe er bereits in die Bar investiert, sagt er am Tag vor der Eröffnung zur «Linth-Zeitung». Doch der Start ist harzig. Er habe geglaubt, dass der Standort so nahe beim See attraktiv sei, sagt Roth. «Aber die Leute gehen zum Apéro lieber ins Stadt-



Keine Spur mehr von Strandgefühlen: die geschlossene «Lido Beach Bar» in Rapperswil-Jona.

PASCAL BÜSSER / LINTH-ZEITUNG

zentrum.» Ein Problem ist, dass er seine Bar jeweils schon um neun Uhr abends schliessen muss.

Bei der Stadt selbst ist man zunächst guter Dinge. Der zuständige Stadtrat Ueli Dobler sagt zur NZZ, Roth habe der Stadt ein überzeugendes Konzept vorgelegt. Doch schon bei der Eröffnung im September 2023 habe er sich gewundert, warum die Bar nicht wenigstens teilweise überdacht gewesen sei und geschlossene Räume gefehlt hätten, sagt Dobler. «So kommt doch niemand vorbei, wenn es kühl ist und regnet.» Aus Kulanzgründen habe man dem Pächter schliesslich zwei Monatsmieten erlassen.

Der Pächter Roth sagt, ihm sei bewusst gewesen, dass er in die Bar hätte

investieren müssen. Doch ihm habe das Geld dafür gefehlt. Als im Frühling 2024 die neue Saison startet, regnet es wochenlang. Die Flamingos und die Goldfische im «Teich» bleiben einsam. Und dann stellt Roth fest, dass er Konkurrenz hat: Direkt an der Seepromenade, wenige Meter vor seiner Bar, steht ein Container mit einem kleinen Gastronomieangebot. «Dort wurden auch Bier und Aperol Spritz verkauft. Das hat mir endgültig das Genick gebrochen.»

Ab Mitte Juli 2024 habe er seine Mitarbeiter, die auf Stundenbasis für ihn tätig gewesen seien, nicht mehr entlohnen können. «Also habe ich allein weitergemacht und ebenfalls nichts verdient.» Roth zahlt keine Miete mehr. Und die

Stadt kündigt ihm die Pacht per Ende Jahr. Also schliesst der Pächter die Bar. Doch er lässt das Inventar zurück: Möbel, Plastik-Flamingos, Sonnenschirme. «Ein Riesenpuff», sagt der Stadtrat Dobler. «Es sah aus wie im Krieg.»

Im Januar hätten er und Roth noch Kontakt gehabt. «Ich habe ihm erklärt, dass er die Bar räumen müsse. Doch er sagte mir, er mache gar nichts mehr, weil seine Firma kein Geld mehr habe.» Man habe sich dann darauf geeinigt, dass er wenigstens die Fische füttere. Doch auch das klappte offenbar nicht. Worauf der Stadtrat selbst dafür sorgte, dass die Tiere gefüttert wurden. Immerhin: Im ehemaligen Schwimmbad erging es ihnen offenbar prächtig, mittler-

weile tummelten sich fast 200 Stück im Becken. Heute, eineinhalb Jahre später, ist am Lido von Strandgefühlen nichts mehr zu spüren. Im März hat das Kreisgericht See-Gaster die Räumung des Areals angeordnet, es ist mit einem Metallzaun abgesperrt. Das Mobiliar mitsamt Plastik-Flamingos ist weg, das Wasser im «Teich» abgelassen.

Neben dem Zaun steht eine vertrocknete Palme in einem kaputten Topf, in einer Ecke ein zusammengeknülltes Banner mit der Aufschrift «Lido Beach Bar». Und die fünfzig Tonnen Sand sind auch noch da. Das Areal ist zu dem Schandfleck geworden, den die Stadt verhindern wollte.

Gescheiterte Zwischennutzung

Um die Goldfische zu retten, hat der Stadtrat Dobler ein spezialisiertes Unternehmen beauftragt. Sie sollen «unter bestmöglichen Bedingungen in ein neues, geeignetes Zuhause gebracht werden». Ein Teil der Fische habe bereits platziert werden können. Der Rest ist in einer Halle des Unternehmens untergebracht.

Dobler rechnet damit, dass die Räumung einige tausend Franken kosten wird. Zuvor hatte die Stadt bereits 125 000 Franken in die Aufwertung des Areals gesteckt. Theoretisch könnte die Stadt Roth die Kosten für die Räumungsarbeiten in Rechnung stellen. Aber es sei wohl kein Geld mehr da, sagt Dobler. «Es ist eine menschliche und finanzielle Tragödie.» Roth sagt, seine Firma befinde sich im Konkursverfahren.

Das Experiment Zwischennutzung am Lido ist gescheitert. Vorerst wird die Brache bleiben, wie sie ist. Dobler sagt: «Wir sind vorsichtig geworden.» Der Eventmanager Roth sucht nun eine Festanstellung in seinem ursprünglichen Beruf, er ist gelernter Koch. Von der Selbständigkeit hat er genug. Vom Sommertraum übrig bleibt der Sand, aus dem inzwischen Pflanzen spriessen. Bis hier gebaut wird, wird es noch lange dauern: Letzten Herbst hat die Stimmbekörderung ein Projekt für ein neues Freibad abgelehnt.

Freispruch für eine ehemalige Sekundarlehrerin, die eine Schülerin gewürgt haben soll

Die Einzelrichterin bezeichnet den Prozess als «sinnloses Theater», das lediglich den Steuerzahler Geld kostete

TOM FELBER

Seit rund einem Jahr ist die 65-jährige Beschuldigte als Sekundarlehrerin pensioniert. Davor war sie fast ein Jahr lang krankgeschrieben. Sie betont, es habe sie sehr belastet, dass kurz vor ihrer Pensionierung «aufgrund von Falschaussagen» so etwas Negatives passiert sei. 40 Jahre habe sie keine Probleme mit Schülern gehabt und mit Freude als Lehrerin gearbeitet. Sie ist der mehrfachen Tätlichkeiten und der einfachen Körperverletzung angeklagt, «begangen an einer wehrlosen oder schutzbefohlenen Person».

Der inkriminierte Vorfall liegt schon zwei Jahre zurück. Im März 2023 soll sie eine damals 14-jährige Schülerin im Klassenzimmer eines Schulhauses in der Stadt Zürich mit beiden Händen am Hals gewürgt haben, so dass diese kaum mehr Luft bekommen haben soll. Zudem soll die Lehrerin die Schülerin an den Haaren gerissen und an beiden Armen gepackt haben.

Die Staatsanwältin, die im Einzelrichterverfahren nicht im Saal des Bezirksgerichts Zürich anwesend ist, beantragt eine bedingte Geldstrafe von 150 Tagessätzen à 120 Franken (18 000 Franken) und eine Busse von 4000 Franken.

Die Schülerin hat wegen desselben Vorfalls schon einen Strafbefehl der Jugendanwaltschaft wegen Tätlichkeiten und Beschimpfung erhalten. Dieser ist nicht angefochten worden und

ist rechtskräftig. Aus den Ausführungen des Verteidigers der Lehrerin geht hervor, dass die Schülerin die Lehrerin in den Oberschenkel getreten und mit Schimpfwörtern wie «Fotze» oder «Drecksnutte» eingedeckelt hat.

Schon vorher auffällig

Was an jenem Märznachmittag vor zwei Jahren in dem Klassenzimmer geschah, lässt sich im Prozess nur wie ein Puzzle anhand verschiedener Ausführungen zusammensetzen: Die Beschuldigte war nicht die Klassenlehrerin, sondern erteilte drei Stunden pro Woche Französisch. Aus einer Frage der Richterin geht hervor, dass die Schülerin zuvor schon einmal das Schulhaus hatte wechseln müssen. Das sei ihr damals aber nicht bekannt gewesen, sagt die beschuldigte Lehrerin.

Das Verhalten der Schülerin sei schon vor dem Vorfall auffällig gewesen. Wegen «Ausrastern» im Unterricht und in den Pausen sei die Schülerin Thema bei Sitzungen in der Lehrerschaft gewesen, sagt die Beschuldigte. Sie habe keine Erklärung für dieses Verhalten. Eine Ärztin habe ihr aber gesagt, die Schülerin sollte neurologisch untersucht werden.

Aus dem Plädoyer des Verteidigers geht hervor, dass an jenem Tag die Schülerin und ein Schüler das Schulzimmer während des Unterrichts offenbar verlassen hatten. Die Schülerin hatte ausgesagt, der Mitschüler habe ihr etwas

weggenommen. Die beschuldigte Lehrerin liess den Schüler wieder herein, die 14-jährige Schülerin aber nicht. Diese habe an die Türe geklopft. Laut Anklage soll die Lehrerin beim Öffnen der Türe die Schülerin auch mit der Türe am Kopf getroffen haben.

Gemäss Ausführungen des Verteidigers hat die Lehrerin die Schülerin aus «Notwehrhilfe» am Betreten des Schulzimmers hindern wollen, um den Schüler vor ihr zu schützen. Der Schüler habe bereits eine ältere Verletzung an der Hüfte gehabt, die am Ausheilen gewesen sei. Deshalb habe die Lehrerin die 14-Jährige, die aggressiv herumgeschrien habe, an den Armen zurückgehalten.

Auch die Lehrerin sagt selber, sie «als alte Frau» habe nur den Mitschüler beschützen wollen. Die Schülerin habe sich bei diesem Vorgang aus ihrem T-Shirt gewunden. Das habe zur Folge gehabt, dass die 14-Jährige schliesslich im Klassenzimmer nur noch im Büstenhalter vor ihren Mitschülerinnen und Mitschülern gestanden sei.

Der Verteidiger beantragt einen vollumfänglichen Freispruch. Es liege kein gültiger Strafantrag vor, und die Vorwürfe seien unwahr. Die angeblichen Verletzungsfolgen seien kurz nach dem Vorfall vom Institut für Rechtsmedizin (IRM) dokumentiert worden. Ein Würge sei ausgeschlossen worden. Eine festgestellte Rötung am Hals soll von der Reizung einer Halskette stammen.

Druckstellen an ihren Armen habe sich die Schülerin möglicherweise selber zugefügt. Zudem habe sie mehrere Mitschülerinnen zu deren Zeugenaussagen instruiert und beeinflusst.

Die Mutter nimmt als Vertreterin ihrer Tochter im Gerichtssaal Stellung dazu. Ihre Tochter habe gar keine Zeit gehabt, Mitschülerinnen zu instruieren oder sich die Verletzungen selber zuzuführen. Sie, die Mutter, sei sofort ins Schulhaus gerannt, als sie benachrichtigt worden sei. Und dann habe man auch sofort die Polizei avisiert. Die ganze Klasse habe nach dem Vorfall psychologische Hilfe benötigt.

Auch die Schülerin selber kommt im Gerichtssaal zu Wort. Sie weint und schluchzt. Sie habe niemanden beeinflusst, das stimme überhaupt nicht. Sie sei völlig unter Schock gestanden.

Haltlose Anschuldigungen

Die Einzelrichterin spricht die Lehrerin vollumfänglich von allen Vorwürfen frei. Die Anklage stütze sich auf die Aussagen der Schülerin. Deren Befragungen seien auf Video aufgenommen worden. Dabei falle auf, dass sie keine nachvollziehbaren Angaben machen könne, Fragen zu Details des Geschehens würden einfach nicht beantwortet. Es gelinge ihr nicht, etwas zu erzählen, das Sinn ergebe. Es fehle an Logik, und ihre Aussagen seien voller Widersprüche.

Klar sei einzig, dass es ihr peinlich gewesen sei, nur im Büstenhalter vor der ganzen Klasse stehen zu müssen. Die Schuld für diese Peinlichkeit habe sie der Lehrerin zugeschrieben. Der Eindruck, dass sie sich an der Lehrerin rächen wollen, sei nicht von der Hand zu weisen, erklärt die Einzelrichterin. Befragte Mitschülerinnen hätten das Narrativ von ihrer Kollegin übernommen. Deren Aussageverhalten wirke aber nicht realistisch.

Laut dem Bericht des IRM gebe es keine Verletzungen, welche die Aussagen stützen würden. Die Aussagen der beschuldigten Lehrerin seien hingegen glaubhaft, konstant gleich und stimmig.

Das Gericht habe keine Zweifel, dass die Anschuldigungen der Schülerin völlig haltlos seien. Befremdlich sei auch ihr eigenes respektloses Verhalten, für das sie den Strafbefehl erhalten habe.

In ihrem Fazit wird die Richterin nochmals deutlich: Das Gerichtsverfahren lasse auch mit dem Freispruch nur Verlierer zurück. Erstens die Lehrerin, die kurz vor ihrer Pensionierung ihren geliebten Beruf habe aufgeben müssen. Zweitens die Privatklägerin, die sich völlig unglaubhaft als Opfer inszeniert habe. Und drittens den Steuerzahler, «der das ganze sinnlose Theater finanzieren muss».

Urteil GG250 008 vom 4. 4. 2025, noch nicht rechtskräftig.

Euphorie dank dem Teamsenior

Der 39-jährige Julien Sprunger steht mit Fribourg-Gottéron vor dem Einzug in den Play-off-Final

DANIEL GERMANN, FREIBURG

Wäre Fribourg-Gottéron ein Zirkus, am Samstag wäre Galaabend gewesen. Kurz vor 23 Uhr hatte die zweite Verlängerung im vierten Spiel des Play-off-Halbfinals eben erst begonnen. Da wuchtete Jan Dorthé die Scheibe über die Schulter von Laussannes Torhüter Kevin Pasche ins Tor. Der Jubel der 9262 Zuschauer war derart ohrenbetäubend, dass es der Arena das Dach zu heben schien.

Gottéron gewann gegen den Lausanne HC 4:3. Ein Abend, der in einem jener Dramen zu enden drohte, wie sie nur Gottéron durchleiden kann, fand doch noch ein gutes Ende. 4,5 Sekunden vor Ende des dritten Drittels hatte Damien Riat für Lausanne ausgeglichen und damit die Verlängerung erzwungen. Vorausgegangen war dem Tor ein haarsträubender Fehler des Freiburger Verteidigers Andreas Borgman.

Doch der Aussetzer des Schweden blieb ohne Konsequenz. Der 19-jährige Dorthé, der als 13. Stürmer in den Match gestiegen war und nur deshalb auf dem Eis stand, weil Nathan Marchon verletzt ausgeschieden war, korrigierte den Lapsus. Gottéron fehlt noch ein Sieg, um erstmals seit 13 Jahren wieder in den Play-off-Final einzuziehen.

Das 400. Tor

Der Freiburger Anhang feierte derart euphorisch, als wäre das Team bereits Meister geworden. Eine ganze Region fiebert diesem Ereignis seit 88 Jahren entgegen. Der 1937 gegründete Klub ist der dienstälteste der Liga. Seit seinem Aufstieg im Frühjahr 1980 gehört Gottéron unentwegt der National League an. Doch Meister war Freiburg nie.

Dass man in der Region davon träumen darf, ist auch dem Trainer Lars Leuenberger geschuldet. Doch gefeiert wurde am Samstagabend nicht er, sondern Julien Sprunger. Der 39-Jährige hat seine erste Partie für Gottéron im Frühjahr 2003 bestritten. Kurz vor Weihnachten verlängerte er seinen Vertrag um ein weiteres Jahr. Er wird nächste Saison den Davoser Andres Ambühl als ältesten Spieler in der Liga ablösen. Sprunger sagte bei der Verlängerung: «Ich fühle mich fit und kann dem Team noch einiges an Fähigkeiten vermitteln.» Dass das mehr als leere Worte waren, bestätigte



Beschert Julien Sprunger Fribourg-Gottéron den ersten Meistertitel der Klubgeschichte?

ANTHONY ANEX / KEYSTONE

der Senior in den Play-offs. Am vergangenen Donnerstag hatte er Spiel 3 der Serie in der zweiten Verlängerung entschieden, am Samstag brachte er Gottéron im Mitteldrittel nach einem Solo über das ganze Feld 3:2 in Führung. Es war sein 400. Treffer in der Liga.

Alle Heimspiele ausverkauft

Sprunger ist so etwas wie Gottérons Thomas Müller. Wie der Bayern-Profi hat er während der ganzen Karriere nie für einen anderen Klub gespielt. In den laufenden Play-offs hat er bereits viermal getroffen. Auf sein Geheimnis angesprochen, antwortete er am Samstag: «Ich habe Spass an dem, was ich mache.» So einfach kann das Leben sein.

Noch hat Gottéron die Serie gegen den LHC nicht beendet. Bereits im Viertelfinal gegen den SC Bern hat-

ten die Freiburger eine 3:1-Führung noch aus den Händen gegeben und sich erst im siebenten Spiel auswärts durchgesetzt. Im Kabinengang wurde man deshalb nicht müde, vor vorschneider Euphorie zu warnen. Das Publikum kümmerte das nicht. Die Begeisterung in der Region ist grenzenlos. Im 31. Heimspiel der Saison war die BCF-Arena zum 31. Mal ausverkauft. 285 356 Zuschauer passierten bis jetzt die Eingangstür der Arena – in einem Kanton mit 341 500 Einwohnern. Gottéron ist mehr als ein Verein. Er ist ein Identitätsstifter und ein Monument wie die Kathedrale in der Unterstadt. «On est Gottéron», wie der Anhang sagt.

Im Sog von Fribourg-Gottéron erlebt das Eishockey in der ganzen Westschweiz eine Hausse. Die Region ist die Wiege der Sportart in der Schweiz. Hier wurden zu Beginn des vergange-

nen Jahrhunderts der Schweizer Eishockeyverband und auch der Weltverband International Ice Hockey Federation (IIHF) gegründet. Englische Touristen hatten Eishockey in die Wintersport-Destinationen im Waadtland und im Wallis gebracht.

Der HC Villars und der HC Bellerive Vevey gehörten zu den acht Gründungsmitgliedern des Verbandes, Villars war in den 1960er Jahren zwei Mal Meister. Es folgte die Ära des HC La Chaux-de-Fonds, der zwischen 1968 und 1973 sechs Titel aneinanderreichte. Doch dann begann eine lange Dürre, ehe Genf/Servette den Titel vor zwei Jahren wieder einmal in die Westschweiz holte.

Marc-Anthony Anner stammt aus Villars. Der 58-jährige Unterwalliser ist seit vergangener Herbst interimistischer Präsident des Schweizer Eishockeyverbandes. Er sagt: «Ich sehe die

Euphorie in der Romandie täglich in meinem Beruf als Schuldirektor.» Eishockey sei im Moment bedeutender als Fussball. «Die Eishallen sind der «place to be.» Servettes Titel habe der ganzen Region gut getan, sagt Anner. Er habe sie vom Stigma befreit, notorischer Verlierer zu sein.

Begeisterung auch in Lausanne

Der Westschweizer Boom ist nicht zuletzt das Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Léman-Becken hat sich in den vergangenen Jahren in eine blühende Wirtschaftsregion verwandelt. Auch in Lausanne, bei Gottérons Play-off-Gegner, grassiert nach Jahren voller Enttäuschungen die Hockey-Euphorie. Die Arena ist regelmässig ausverkauft, auch wenn die Stadionauslastung nicht ganz mit jener in Freiburg mithalten kann.

Und doch ist das Verhältnis der beiden Klubs nicht nur wegen der laufenden Play-off-Serie getrübt. Lausanne hat es bis jetzt nicht verkräftet, dass Freiburg zusammen mit Zürich nächstes Jahr die Eishockey-WM austragen wird. Die Weltmeisterschaften hätten schon 2020 in der Schweiz stattfinden sollen, wurden aber wegen der Pandemie abgesagt; damals war Lausanne mit der neuen Arena am Lac Léman als Spielort vorgesehen. Selbst hoch gestellte Funktionäre aus dem Schweizer Eishockey sagen, es sei schwer nachvollziehbar, dass man Lausanne nun übergangen habe.

Offensichtlich hat der ehemalige IIHF-Präsident René Fasel, ein Freiburger, beim Zuschlag an seine Heimatstadt all seinen Einfluss geltend gemacht. Generalsekretär des Turniers ist mit Christian Hofstetter ein ehemaliger Captain der Freiburger. Man hält zusammen im Kosmos Gottéron. Oder wie der Slogan des Klubs lautet: «Pour un jour, pour toujours.»

Play-off-Halbfinals

National League	Best of Seven												
	29.3.	1.4.	3.4.	5.4.	8.4.	10.4.	12.4.						
Lausanne	2	1	2	3	-	-	-	1					
Freiburg	3	0	3	4	-	-	-	3					
ZSC Lions	6	3	5	1	-	-	-	2					
Davos	1	4	1	3	-	-	-	2					

Verstappen gelingt die seltene Wende

Der Niederländer schafft mit seinem Sieg im GP von Japan die erste Überraschung der Saison

ELMAR BRÜMMER, SUZUKA

Aus der Cockpit-Perspektive sieht ein Sieg in einem Formel-1-Rennen so aus: «Ich hatte das ganze Rennen zwei orange Flecken in meinem Rückspiegel, und zum Schluss kamen diese immer näher.» Das sagte Max Verstappen nach seinem ersten Saisonsieg am GP von Japan in Suzuka.

Verstappens Triumph im dritten WM-Lauf ist die erste grosse sportliche Überraschung der Saison. Der Weltmeister im Red-Bull-Honda gewann in Suzuka zum vierten Mal in Folge. Verstappen blieb vor dem favorisierten McLaren-Gespann mit Lando Norris und Oscar Piastri. Plötzlich liegt der Titelverteidiger in der Gesamtwertung nur noch einen Zähler hinter dem Spitzenreiter Norris.

Mischung aus Lust und Frust

Jeder der ersten drei hat damit jetzt eine Pole-Position und einen Sieg auf seinem Konto. Einen ähnlich ausgeglichenen Mehrkampf hat es im Top-Motorsport schon länger nicht mehr gegeben. Prognosen haben eine kürzere Halbwertszeit denn je, wie der GP in Japan eindrücklich unterstrichen hat.

Noch vor dem letzten Rennen in China hatte Verstappen auf die Frage,

was denn passieren müsse, damit er wieder gewinnen könne, fatalistisch geantwortet: «Alle vor mir müssen ausscheiden. Wir sind zu langsam.» So schien es über anderthalb Tage auch am Suzuka Circuit zu sein, der 27-Jährige probierte es hier und da mit Korrekturen an der Fahrzeug-Abstimmung.

Er kniete sich in einer Mischung aus Lust und Frust in die technische Detailarbeit, um dann in der Qualifikation eine Rekordrunde zu fahren, die an die Darbietungen eines Ayrton Senna, Michael Schumacher oder Lewis Hamilton erinnerte. Mit der Pole-Position vor den McLaren-Fahrern war das Fundament für Verstappens 64. GP-Sieg gelegt, denn die Rennen auf der faszinierenden Berg-und-Tal-Bahn in Japan verlaufen häufig statisch. Diesmal kamen die ersten sechs exakt in der Startreihenfolge ins Ziel.

Das kann die Ausnahmeleistung des Niederländers über die 53 Runden keinesfalls schmälern. In so kurzer Zeit einen Turnaround zu schaffen, das ist selten in der Königsklasse. «Perfektion, pure Perfektion», jubelte Verstappens Renningenieur Gianpiero Lambiase über den für die gesamte Equipe erlösenden Erfolg. Der Red-Bull-Teamchef Christian Horner bescheinigte seinem Fahrer sogar, der derzeit «beste Rennfahrer der Welt» zu sein. Das mag



Max Verstappen
Vierfacher
Formel-1-Weltmeister

dem Titelverteidiger Verstappen zwar schmeicheln, aber er will lieber weiter bei seiner grundsätzlichen Einstellung bleiben, sich weder nach positiven noch negativen Kritiken zu richten. Fokus pur – das ist das Verstappens Ehrgeiz entsprechende Credo für diese Saison. Suzuka hat einen Verstappen erlebt, der für sich wieder mehr Hoffnung generiert hat, einen fünften WM-Titel einfahren zu können.

Der fehlerlose Einzelauftritt des Niederländers wurde durch eine gemeinschaftliche Schwäche des McLaren-Teams forciert. Um der Harmonie wegen weigerte sich der Kommandostand der Briten, den im Rennen schnelleren Piastri an Norris vorbei zu winken. Mehrfach hatte der Australier gefunkt, dass er sich in der Lage sehe, Verstappen anzugreifen.

Doch die sogenannten «Papaya rules», ein internes Friedensabkommen, wollte Einsatzleiter Andrea Stella nicht

opfern. Nicht zum ersten Mal fehlte dem Italiener der Mut zu unpopulären Entscheidungen gegen den britischen Publikumsliebhaber Norris. Stella sah den Rückschlag von Suzuka in der weitgehend neu geteerten Piste begründet, die dem McLaren-Rennwagen seinen bisherigen Vorteil im Umgang mit den Reifen geraubt habe.

Ein Warnschuss für McLaren

Der unterlegene Norris, der im Anschluss an seine Niederlage und einen ebenso verzweifelten wie missglückten Überholversuch in der Boxengasse einmal mehr übertrieben resigniert wirkte, weiss um den sogenannten «Max-Faktor». Dieser drückte sich nicht nur im Ellbogeneinsatz aus: «Wir waren vom Tempo her gleich, und er hat keinen Fehler gemacht. Deshalb konnten wir nichts gegen ihn ausrichten», sagte Norris.

Von einer generellen Kräfteverschiebung lässt sich trotz der eindrucksvollen Vorstellung von Suzuka nicht sprechen. Wenn das Red-Bull-Team die Fahrzeug-Abstimmung optimal hinbekommt, dann kann ein Verstappen nach Kräften mitmischen. Doch der übte sofort neuen Druck aus: «Nur mitzumischen, das ist mir zu wenig.»

Schon in dieser frühen Phase der 24 Rennen umfassenden Saison aber wer-

den die Strategie-Unterschiede deutlich. McLaren fokussiert sich wie im Vorjahr auf den lukrativen Konstrukteurs-Titel. Den Erfolg Verstappens nimmt der Teamchef Stella als schmerzhaften Warnschuss hin: «Um einen wie ihn zu schlagen, muss man wirklich so perfekt sein, wie er und Red Bull es gewesen sind. Wir waren diesmal ein paar Millisekunden von der Perfektion entfernt. Das sind die Margen, die gerade in der Formel 1 gelten.» Was dem lauernden Mercedes-Rennstall und der launischen Scuderia Ferrari berechnete Hoffnung macht, über kurz oder lang in den Kampf an der Spitze eingreifen zu können.

Im Gegensatz zu McLaren priorisiert Red Bull Racing die Einzelwertung. Sicher auch deshalb, weil der Japaner Yuki Tsunoda an seiner neuen Arbeitsstelle noch Zeit braucht, mit Rang zwölf passte er die angestrebten Punkteränge. Angesichts der Wende am auch für den Triumphator Verstappen schier «unglaublichen» Rennwochenende mag der Teamchef Horner die Mannschafts-WM nicht ganz ausser acht lassen: «Es ist ein Marathon, die Dinge können sich ändern. Deshalb geht es darum, die eigenen Chancen zu maximieren.» Die beste Motivation sei doch immer noch ein Sieg. Ein derart überraschender ist noch inspirierend dazu.

Ganz oben und doch auf dem Schleudersitz

Der FC Basel setzt sich an der Spitze der Super League leicht ab – und zweifelt trotzdem am Trainer Fabio Celestini

FABIAN RUCH

Es hat 31 Spieltage gedauert, bis in der Super League erstmals eine Mannschaft an der Tabellenspitze mehr als zwei Punkte vor dem ersten Verfolger liegt. Der FC Basel setzte sich am Sonntag 2:0 gegen Lugano durch und hat nun vier Punkte mehr als Servette und fünf mehr als YB.

Als Fabio Celestini das Traineramt in Basel am 31. Oktober 2023 übernommen hat, lag der FCB mit fünf Punkten nach elf Spieltagen sensationell abgeschlagen am Tabellenende. Der Romand stabilisierte das Team, eineinhalb Jahre später tritt der FC Basel nicht immer meisterlich auf, aber er ist Leader – und kann in dieser Saison auch den Cup gewinnen: Im Halbfinal Ende April wartet das Heimspiel gegen Lausanne.

Sportchef zeigt sich stolz

Und doch herrscht im FCB wieder einmal riesige Unruhe. In den letzten Tagen häuften sich die Medienberichte, wonach Celestini den Klub bald verlassen muss. Er habe Team und Spieler verloren, sei wenig empathisch, kommuniziere ungenügend, die Entwicklung sei negativ (obwohl sie zumindest auf dem Papier ausgezeichnet ist). Laut mehreren Quellen kommt es spätestens im Sommer zu einem Trainerwechsel, sogar eine frühere Trennung wird keineswegs ausgeschlossen. Man könnte meinen, der FC Basel leide im Abstiegs-kampf und renne verzweifelt den eigenen Erwartungen hinterher – und stehe nicht ziemlich kurz davor, endlich wieder Titel zu gewinnen. Verrückter FCB. Verrückte Super League.

Am Sonntag, rund um das Heimspiel gegen Lugano, waren die FCB-Verantwortlichen bemüht, die Wogen zu glätten. Der Sportchef Daniel Stucki stellte sich im TV-Interview hinter Celestini und sagte, was Sportchefs in solchen Situationen sagen müssen. Er stärkte dem Trainer den Rücken: Topjob, man sei stolz auf Celestini, es wäre seltsam, am Coach zu zweifeln. Die Geschichten und Gerüchte seien halt entstanden, weil der FCB medial am meisten interessiere.

Diese Super-League-Saison ist unterhaltsam und endlich wieder einmal spannend, die Arenen sind an vielen Standorten prächtig besucht. Wobei



Darf er weitermachen? Fabio Celestini hat den FC Basel zurück an die Spitze der Super League geführt.

GRANT HUBBS / IMAGO

keine Mannschaft restlos überzeugt, von den Top 6 gewann am Wochenende einzig der FCB, das Niveau der Begegnungen ist oftmals bescheiden.

Fassnacht hält YB auf Kurs

In der letzten Woche fanden drei Runden statt, die wie ein Spiegelbild dafür standen. Als Leader in die englische Woche startete Servette, das vorletzte Wochenende in Lugano gewann. Der Trainer Thomas Häberli, vor kurzem ebenfalls noch stark in der Kritik, meldete aus Genf, dass man demütig bleiben müsse, es gehe schnell. Und wie: am Dienstag 0:1 gegen YB, am Sonntag 0:1 in St. Gallen. Wobei Servette gegen die Young Boys sehr unglücklich verlor: Miroslav Stevanovic traf Latte und Pfosten und erzielte ein Tor, das wegen Abseits aberkannt wurde.

Servette fehlt ein Goalgetter. Wie dem FCB. Wie YB. Wie dem FCZ. Wie

Lugano. Wie allen anderen Mannschaften. Die auffälligen Figuren in der Liga sind offensive Mittelfeldspieler und über 30 Jahre alt: Servettes Stevanovic, Luganos Renato Steffen, Zürichs Steven Zuber, natürlich Xherdan Shaqiri in Basel, seit ein paar Wochen Christian Fassnacht wieder bei YB. Shaqiri ist mit 25 Scorerpunkten der klar torgefährlichste Fussballer, gegen Lugano schoss er das 1:0. Es gibt Menschen in Basel (offenbar auch in der FCB-Chefetage), die behaupten, Celestini's Bilanz sei nur wegen Shaqiris Klasse derart erfreulich.

Auch in Bern wird ein Rückkehrer gefeiert. Fassnacht ist wie sein Trainer Giorgio Contini erst seit der Winterpause bei YB. Und er hält seine Mannschaft fast im Alleingang halbwegs auf Kurs, die letzten fünf Tore für die Young Boys hat er erzielt: beim 2:1 in Basel, bei den 1:0 gegen St. Gallen und bei Servette, am Samstag beim enttäuschen-

den 1:1 gegen Yverdon. Es war ein sehr schwacher Vortrag von YB, während Yverdon deutlich besser spielte, Pfosten und Latte traf, das leere Tor verfehlte, einen Penalty verschoss. An der «Grenze zur Frechheit» sei der Auftritt seines Teams gewesen, sagte Fassnacht.

Und doch dürfen die Young Boys nach einer lange Zeit katastrophalen Saison ebenfalls vom Double träumen. Contini ist bereits der dritte YB-Trainer nach Patrick Rahmen und Joël Magnin. Seine Ausbeute wäre perfekt, würde es keine Begegnungen gegen die drei schwächsten Teams der Liga geben. Aber es gab eben auch diese rätselhaften Darbietungen: 0:0 gegen Winterthur, 0:0 und 0:1 beim Grasshopper-Club, 0:1 in Winterthur, jetzt dieses 1:1 gegen Yverdon.

In dieser Liga ist fast alles möglich. Beim FC Zürich erst recht. Dort spielt mit Benjamin Mendy ein französischer Weltmeister mit, der in erster Linie für

Negativschlagzeilen sorgt. Sein Transfer beschäftigt nach wie vor viele Menschen, und auch auf dem Rasen enttäuscht der 30-Jährige.

FC Zürich mit dem 42. Spieler

Im Derby gegen GC hätte Mendy vor einer Woche nach einer Unsportlichkeit die rote Karte sehen müssen, gegen Lausanne am Mittwoch verschuldete er erneut ein Gegentor – nach 86 Minuten wurde er ausgewechselt, danach holte der FCZ ein 0:2 auf und rettete wenigstens einen Punkt. Das dürfte genügen, um im Schnecken-tempo die Championship Group der Top 6 zu erreichen, selbst wenn es am Samstag in Winterthur wieder nur zu einem 0:0 reichte.

Vieles beim FC Zürich unter dem Sportchef Milos Malenovic bleibt fragwürdig, die Stimmungslage im Klub ist schlecht. Das gab am Wochenende auch der Trainer Ricardo Moniz zu. Er sagte, es sei angesichts der enormen Transformation im Klub nicht immer einfach. In Winterthur setzte Moniz mit dem 18-jährigen David Vujevic bereits den 42. Spieler in dieser Saison ein. Das Talent Junior Ligue musste zuletzt zuschauen, aus disziplinarischen Gründen, wobei unklar ist, warum der 20-Jährige intern gesperrt wurde. Irgendetwas ist immer beim FCZ.

Für die zwei anderen Zürcher Teams spitzt sich derweil die Lage im Abstiegs-kampf zu – selbst wenn Winterthur und die Grasshoppers in den letzten Tagen kräftige Lebenszeichen von sich gaben. Der junge GC-Stürmer Adama Bojang erzielte beim 3:1 gegen Luzern am Sonntag innerhalb von 58 Minuten drei Tore und traf damit so oft wie zuvor in zwanzig Einsätzen. Verrückt? Vielleicht ist das der Beginn einer grossen Goalgetter-Karriere.

Super League, 31. Runde

Samstag	Sonntag
Lausanne - Sitten 2:0	St. Gallen - Servette 1:0
Winterthur - Zürich 0:0	Basel - Lugano 2:0
YB - Yverdon 1:1	GC - Luzern 3:1

1. Basel	31/55	7. Lausanne	31/44
2. Servette	31/51	8. St. Gallen	31/43
3. YB	31/50	9. Sitten	31/35
4. Luzern	31/48	10. Yverdon	31/33
5. Lugano	31/48	11. GC	31/30
6. Zürich	31/47	12. Winterthur	31/24

Luis Enrique, ein Mann im Glück

Paris Saint-Germain ist schon wieder französischer Meister – diesmal brilliert das Team auch spielerisch

FLORIAN HAUPT

Nach dem Schlusspfiff warfen die Spieler von Paris Saint-Germain ihren Trainer in die Frühlingsluft. Luis Enrique strahlte, ein Mann im Glück. PSG feierte durch ein 1:0 gegen Angers sechs Spieltage vor Saisonende die 13. französische Meisterschaft. Dabei ist der Titelgewinn wegen der überlegenen Ressourcen des von Katar alimentierten Klubs längst keine Überraschung mehr. Einen wirklichen Triumph bedeutete das Wie: der Fussball dieses jungen, aufregenden Teams.

«Unwiderstehlich» nannte «L'Équipe» diesen Fussball, als das 19-jährige Super-talent Désiré Doué gegen Angers mit einer Volleyschuss zum Siegestreffer eine typische Dominanz von 81 Prozent Ballbesitz veredelt hatte. PSG führt die Tabelle seit dem ersten Spieltag an und könnte als erstes Team in Frankreichs Liga eine Saison ungeschlagen beenden. Es wäre die Krönung eines Teams, über das Thiago Scuro, der Generaldirektor des Tabellenabwärters AS Monaco, nach einem 4:1 der Pariser im Spitzenspiel sagte: «Das ist der beste PSG, den es je gegeben hat.»

In Europa sieht man es genauso, das verrät ein Indikator, bei dem Elogen nicht gratis sind: Die Wettbüros führen Paris knapp vor Barcelona und Titelver-

teidiger Real Madrid als Topfavoriten auf den Gewinn der Champions League. Das ist vor dem Viertelfinal gegen Aston Villa umso erstaunlicher, weil PSG diesem Titel bisher vergeblich hinterherjagte. Und damit ein umso höherer Vertrauensvorsprung für Luis Enrique.

Nun hungrige Youngsters

Der Spanier hat die Champions League schon gewonnen, 2015 mit Barcelona. PSG hat er seit seinem Amtsantritt im Sommer 2023 spielerisch revolutioniert. Damals gingen Lionel Messi, achtfacher Weltfussballer, und Neymar, der langjährige Leader des Teams. Vergangenen Sommer reichte dann auch Kylian Mbappé, der wohl beste Stürmer dieser Zeit, seine Demission ein.

Mit dem Verlust des Spitzenverdieners an Real Madrid vollendete sich eine Metamorphose, die der Klubpräsident Nasser al-Khelaifi vor Jahren als «das Ende von Bling-Bling», also der Starfixierung, ankündigte. Statt in schillernde Namen investiert Paris Saint-Germain die haushohe Überlegenheit seines Budgets von 860 Millionen Euro – kein anderer französischer Klub kommt auch nur auf einen Drittel dieser Summe – seither in hungrige Youngster.

2022 holte Khelaifi in Luis Campos einen Sportdirektor mit ausgeprägtem



Luis Enrique
Cheftrainer
Paris Saint-Germain

Geschick in Kaderplanung und -entwicklung, 2023 in Luis Enrique einen Trainer mit viel Führungsstärke und klaren Konzepten von rasantem Pressing- und Angriffsfussball. Schon letzte Saison habe das oft ziemlich gut ausgesehen, nun sei es noch einmal «klar besser», sagte Luis Enrique: «Es war keine Utopie, als ich euch sagte, dass alle elf angreifen und alle elf verteidigen können.»

Vor nicht allzu langer Zeit musste der jetzt so gefeierte Trainer noch einen Schlüsselmatch bestehen. Im Januar stand PSG in der Champions League vor dem Aus, nachdem er zu viele Partien wegen einer haarsträubenden Abschlusschwäche verloren hatte und auch gegen Manchester City 0:2 zurücklag – bis ein Treffer von Ousmane Dembélé eine furiose Aufholjagd zum 4:2-Sieg einleitete. Es war der Match, in dem Luis Enriques Philosophie endgültig verankert wurde.

Paris Saint-Germain schaut jetzt mit keinem Auge mehr zurück auf die Zeit, als Mbappé den Klub und die Mannschaft in einem Interview als «spaltend» und «nicht sonderlich hilfreich» für eine gelungene Karriere bezeichnete. Er liess sich nicht einmal durch die Groteske entmutigen, das Achtelfinal-Hinspiel der Champions League gegen Liverpool trotz 18:1 Torschüssen 0:1 zu verlieren. Paris gewann die Runde dann nach Penaltyschiessen mit einem epischen Auswärtssieg an der Anfield Road. «Wir haben gezeigt, dass wir eine echte Mannschaft sind», wiederholte Luis Enrique danach sein Credo.

Noch immer der pure Luxus

Brillante Köpfer hat PSG noch immer, wobei mit Dembélé einer heraussticht, den viele schon abgeschrieben hatten. In seinem wichtigsten Geniestreich konvertierte Luis Enrique den langjährigen Flügelstürmer in eine «falsche Neun» – und damit einen notorisch flatterhaften Spieler in eine Tormaschine. Seit dem Jahreswechsel kommt Dembélé auf 24 Tore – ein Viertel seiner gesamten Karriereausbeute aus zehn Jahren. Zuletzt drehte er vorige Woche den Cup-Halbfinal beim Zweitligisten Dunkerque mit zwei Toren und einer Torvorlage von einem 0:2 zu einem 4:2-Erfolg.

Auch neben Dembélé herrscht der pure Luxus, seit Paris im Winter für 70 Millionen Euro den Dribbelkönig Khvicha Kvaratskhelia, 24, aus Neapel anwarb. Dazu kommen der bereits etablierte Bradley Barcola, 22, sowie in Doué eine Perle, die fussballerisch wegen Phantasie und Lässigkeit bisweilen schon mit Neymar verglichen wird. PSG holte ihn zwar nicht für 222 Millionen Euro wie einst den Brasilianer, aber immerhin für 50 Millionen von Stade Rennes, in einem engen Rennen mit dem FC Bayern. Luis Enriques Spielidee soll dabei den Ausschlag für PSG gegeben haben.

Gut eingekauft haben Trainer und Sportdirektor aber auch in der Abwehr, wo sich mit dem Ecuadorianer William Pacho, 23, (40 Millionen aus Frankfurt) endlich ein verlässlicher Partner für die Innenverteidigung mit Captain Marquinhos etabliert hat. Sowie im Mittelfeld, wo mit dem Portugiesen João Neves, 20, (60 Millionen von Benfica) ein weiterer Stratege mit Spielmacherqualitäten die etablierten Vitinha und Fabián Ruiz sowie das auch erst 19-jährige Eigengewächs Warren Zaire-Emery bereichert.

«Ich sagte, dass wir ohne Mbappé besser angreifen und besser verteidigen werden», sagte Luis Enrique vor einigen Wochen zu seiner steilen These von letztem Jahr. Nun kann er genussvoll festhalten: «Hier sind die Zahlen dazu.»

«Costa Concordia»-Kapitän verärgert Angehörige der Opfer

Francesco Schettino stellt einen Antrag auf offenen Vollzug – er verursachte ein Schiffsunglück mit 32 Toten

MICHELE COVIELLO

Am Abend des 13. Januars 2012 rampte die «Costa Concordia» einen Felsen vor der italienischen Insel Giglio. Die Teller rutschten von den Tischen, die Lichter gingen aus, das Schiff bebte. 32 Personen kamen ums Leben, mehr als 4200 schwebten in Lebensgefahr. Es ist das grösste Schiffsunglück Italiens der Nachkriegszeit. Eine Katastrophe für die Hinterbliebenen, eine Katastrophe für die Überlebenden.

Und in diesen Tagen ist sie wieder sehr präsent. Francesco Schettino, Kapitän des havarierten Kreuzfahrtschiffs, hat inzwischen die Hälfte seiner Strafe von 16 Jahren und einem Monat abgesessen. Im vergangenen Januar stellte er einen Antrag auf offenen Vollzug. Nun steht der Entscheid bevor. Diesen Dienstag wird ein Römer Gericht das Urteil bekanntgeben.

Was Schettino fordert, sorgt für Wut und Unverständnis. Denn es geht bei diesem Gerichtsentcheid um mehr als ein Strafmass. Es geht um einen Mann, der fahrlässig handelte, sich in Ausreden flüchtete, sich in Widersprüchen verstrickte und sich vor seiner Verantwortung drückte: vor, während und nach der Katastrophe. Die Geschichte der «Costa Concordia» steht für eine Seite eines Landes, die viele Italiener nicht mehr dulden wollen. Schettino wurde zum Sinnbild dessen, was in Italien schlecht lief. «Fare lo Schettino» ist bis heute eine gängige Bezeichnung für einen Feigling.

Job im Vatikan?

Schettinos Aussichten auf mildere Haft sind intakt. Bisher verhielt sich der 64-Jährige im Gefängnis offenbar vorbildlich. Er belegte Universitätskurse in Recht und Journalismus, nahm Arbeit



Francesco Schettino
Kapitän der
«Costa Concordia»

in der Anstalt an. Er digitalisierte Gerichtsakten, etwa über die Entführung und Ermordung des christlichdemokratischen Politikers Aldo Moro. Dank einer Organisation konnte er im offenen Vollzug einen ähnlichen Job im Vatikan übernehmen.

Doch dass Francesco Schettino bald täglich die Mauern des Römer Gefängnisses Rebibbia verlassen könnte, irritiert die Hinterbliebenen. Der Vater eines Opfers sagte im «Corriere della Sera»: «Die Richter sollten Schettino keinen offenen Vollzug gewähren. Für mich ist er ein Mann, der für 32 lebenslange Haftstrafen ins Gefängnis gehört, so viele wie die Zahl der Opfer.»

Er denke immer wieder an jene «verfluchte Nacht», an die Toten. Das liess Schettino im Jahr 2022 aus der Haft über einen Anwalt ausrichten. Schettino behauptete, die Schuld liege am Versagen des ganzen Systems. Obwohl ein organisatorischer Fehler am Ursprung der Katastrophe gelegen habe, sei er der Einzige, der mit Gefängnis bezahle. «Man wollte einen Schuldigen und nicht die Wahrheit», so das effekt-hascherische Statement.

Fünf Crew-Mitglieder standen mit ihm vor Gericht. Sie erhielten Strafen zwischen anderthalb und zwei Jahren und zehn Monaten. Ins Gefängnis musste nur Schettino. Für die Richter waren die Beweise gegen den Kapitän erdrückend, ihr Verdikt im Jahr 2015 eindeutig: mehrfache fahrlässige Tötung, fahrlässiger Körperverletzung, fahrlässiger Schiffbruch und Verlassen des Schiffes. Auch das Berufungsgericht bestätigte Schettino als Hauptverantwortlichen.



Das havarierte Kreuzfahrtschiff lag zweieinhalb Jahre lang vor der italienischen Insel Giglio.

ALESSANDRO BIANCHI / REUTERS

Unfälle passieren, manchmal wird Schuldigen verziehen. Im Fall Schettinos ist das schwieriger. Die Liste seiner Unzulänglichkeiten ist lang.

45 Minuten lang dauerte es, bis die Besatzung etwas unternahm. Die Passagiere wurden nicht informiert, man bat sie um Ruhe, verbannte sie in ihre Kabinen. Einige kamen nie mehr aus ihnen heraus – viele Betagte, ein sechsjähriges Mädchen. Das 32. Opfer fanden Arbeiter erst zwei Jahre nach der Katastrophe.

Auch die Behörden wurden lange nicht über den Unfall ins Bild gesetzt. Erst gegen 22 Uhr 30 begann die Evakuierung. Als einer der Ersten verliess Schettino das Schiff – entgegen der unumstösslichen Regel seines Berufsstands: zuerst Kinder und Frauen, zuletzt der Kapitän. Vermutlich war es der fatalste aller fatalen Fehler. Zu seiner Fahrlässigkeit paarte sich die komplette Verantwortungslosigkeit. «Vada a bordo, cazzo!», «kehren Sie zurück an Bord, verdammte!», So herrschte ihn per Funk der Chef der Küstenwache von Livorno an. Die Aufzeichnung wurde legendär, die Aufforderung ein geflügeltes Wort.

Nach dem Unglück behauptete Schettino, ausgerutscht und auf ein Rettungsboot geplumpst zu sein. Später nahm er diese alberne Ausrede zurück. Mit seinem tollpatschigen Handeln wurde er zu einer medialen Figur, die den Zustand des damaligen Italien verkörperte. Schettino wurde zum Symbol einer Kultur des Mittelmasses, der Unzuverlässigkeit, der Schlamperei.

Wie die «Costa Concordia» lief auch der Staat auf Grund. Er befand sich am Rand der Zahlungsunfähigkeit, ausgelagt von der Politik Silvio Berlusconi, von seinen Ad-personam-Legislaturen, garniert mit Sexskandalen. Erst zwei Monate vor dem Unglück vor Giglio hatte der Technokrat Mario Monti das Steuer des Regierungschefs übernommen.

«Wie ein Auto gesteuert»

Schettino und Berlusconi, die «Costa Concordia» und der Staat. Sie standen für die Fehler einer ganzen Gesellschaft. Im cineastischen Meisterwerk «La grande bellezza» aus dem Jahr 2013 lässt der Regisseur Paolo Sorrentino seinen Hauptdarsteller von einer Klippe der Insel Giglio aufs Wrack hinunterschauen. Im Film geht es auch um die Dekadenz und Oberflächlichkeit der High Society Italiens.

Trotz allem: Schettino sah sich stets als Sündenbock. Mehrfach hatte er vor

Gericht versucht, die Schuld auf den indonesischen Steuermann abzuwälzen. Dieser habe weder Italienisch noch Englisch gesprochen und somit die Anweisungen des Kapitäns nicht verstanden. Doch die Lage war davor schon kompromittiert. Schettino hatte einen gefährlichen Kurs vorgegeben. Und dafür trug der Kapitän die Verantwortung. Zu schnell fuhr das 290 Meter lange und

ihr Bikini in der Kabine des Kapitäns wiedergefunden wurde, sei dahingestellt. Laut italienischen Medien: natürlich. Laut Aussagen der Frau: eher nicht. Jedenfalls nahm Schettino die Tänzerin nach dem Essen im Bordrestaurant mit auf die Brücke – um die Insel anzuschauen, sagte sie vor Gericht aus. Das Detail prägt das Bild Schettinos bis heute: Der italienische Macho mit offenem Hemd und blauen Augen, der einer jungen Blondine imponieren will.

Ein «saluto» in Richtung Heimat

Belegt ist ein anderer Grund für die missratene «Verneigung» vor Giglio, auch er hat mit Italianità zu tun: der Stellenwert der Familie. Das Manöver wird von Seeleuten praktiziert, wenn ein Besatzungsmitglied an seiner Stadt oder seiner Insel vorbeifährt. Seine Kollegen fahren dann das Schiff ganz nah an die Küste. So kann der Seemann seine Heimat grüssen. Das war an jenem fatalen Abend der Fall.

Der Oberkellner der «Costa Concordia» stammte aus Giglio. In der Vorwoche war das Schiff schon einmal an der toskanischen Insel vorbeigefahren. Bereits damals hatte Schettino für ihn einen «saluto» organisiert. Wie der Restaurantmanager vor Gericht aussagte, sei der Kapitän aber nicht zufrieden gewesen und wollte an jenem Freitag, dem 13., noch weiter an die Insel herankommen. Zu weit.

Es ist einer der Vorzüge, aber auch eines der Übel der italienischen Gesellschaft: Die engen Beziehungen bieten Geborgenheit und Familiarität. Aber sie werden toxisch, wenn sie zu Vetternwirtschaft ausarten. Schettino setzte für einen Gefallen einer anderen Person gegenüber das Leben der 4229 Menschen an Bord aufs Spiel.

Vermutlich ist eine Hafterleichterung für Schettino gerade deswegen ein Aufreger. Sie würde einmal mehr für diese Kultur der «furbizia» stehen, der italienischen Schlaumeierei, des Suchens nach Abkürzungen und des eigenen Vorteils. Bereits die Richter beim ersten Prozess bemängelten, Schettino habe kaum Reue gezeigt.

Von der «Costa Concordia» ist nichts mehr zu sehen. Zweieinhalb Jahre lag sie vor Giglio. Wie ein grosses Mahnmal. Es kostete 1,5 Milliarden Euro, um sie nach Genua zu schleppen und sie zu zerlegen. Schrauben, Teile der Motoren konnten wiederverwertet werden. Sonst blieb nichts übrig. Ausser Empörung.

Gemeinde will Steuergelder an Armee spenden

Le Lavandou in Südfrankreich mischt in der nationalen Politik mit

KEVIN WEBER

Rund 6400 Einwohner zählt die Gemeinde Le Lavandou an der Côte d'Azur. Sie ist bekannt für ihre feinen Sandstrände und zieht im Sommer viele Touristen an. Ein schönes Ferienglied. Unumstritten. Doch in den vergangenen Tagen mischte Le Lavandou plötzlich in der französischen Politik rund um den Krieg in der Ukraine mit. Dabei wollte der Gemeinderat nur ein Zeichen der Solidarität setzen. Am 31. März fasste der Rat einen Beschluss: Die Gemeinde unterstützt die nationale Verteidigung mit 64 000 Euro. Bürgermeister Gil Bernardi erklärte in lokalen Medien, dass dieser Beitrag 10 Euro pro Einwohner entsprechen. Le Lavandou stehe finanziell gut da und könne eine solche Spende tätigen – auch ohne Steuererhöhung.

Der 72-jährige Bernardi ist seit 1995 im Amt. Er stamme aus einer Generation, die den Kalten Krieg erlebt habe. «Wir dachten, wir brauchen keine Armee mehr», sagt er in den Lokalmedien. Doch heute sehe die Realität anders aus. Der französische Staat ist hoch verschuldet. «Er kann die Landesverteidigung nicht mehr allein tragen.»

Sorge um das Image des Ortes

Ende 2024 erhöhten sich die Staatsschulden Frankreichs auf über 3,2 Billionen Euro. Im Vergleich dazu wirkt der Beitrag aus Le Lavandou unbedeutend. Für Bernardi zählt das Zeichen. Seine Gemeinde wirtschaftet stabil. Sie hat die Steuern dieses Jahr um 6 Prozent gesenkt. Die Wasserpreise gehören zu den niedrigsten der Region. Das Jahresbudget liegt bei 29 Millionen Euro. Bernardi sagt: «Wir können uns eine Geste der nationalen Solidarität leisten.»

Viele Bürger unterstützen ihn. «Das ist eine gute Idee. Alle Gemeinden sollten es tun», sagte ein Einwohner dem Sender BFM TV. «Unsere Demokratie steht vor grossen Herausforderungen. Europa braucht Verteidigung.» Auch im Parlament fand der Vorschlag breite Zustimmung: Von 28 Abgeordneten stimmten 20 dafür, 4 dagegen, 4 enthielten sich.

Doch es melden sich auch kritische Stimmen. Einige Bürger befürchten höhere Steuern. Andere sorgen sich um das Image des Ortes. Sie möchten keine Verbindung zu Krieg. Sie warnen davor, dass Touristen den beliebten Badeort in diesem Sommer deswegen meiden könnten. Jean-Laurent Félicia, ein Abgeordneter der Grünen-Partei, kritisierte Bernardi besonders harsch. Er sprach von «Kriegsanstrengungen», die die Gemeinde mit der Spende betreibe.

Diesen Vorwurf weist Bernardi zurück. Er habe diesen Begriff nie verwendet. Es gehe um Landesverteidigung, nicht um Krieg. Präsident Macron habe zur Einheit aufgerufen. «Die Schulden des Staates sind auch unsere Schulden. Wenn eine Gemeinde ein Plus erwirtschaftet, sollte sie helfen.»

Sterben verboten

Die obersten Verwaltungsbeamten des Departements Var müssen nun prüfen, ob der Vorschlag rechtlich zulässig ist. Doch was würde dann mit dem Geld passieren? Bernardi weiss es nicht. «Ich entscheide nicht, ob damit Arbeitsrationalen oder Ausrüstung bezahlt werden – das bestimmt der Staat.» Die Gemeinde habe ihre Aufgabe erfüllt.

Es ist nicht das erste Mal, dass eine Aktion von Bernardi Aufsehen erregt. Im Sommer 2000 war der örtliche Friedhof überfüllt. Das Verwaltungsgericht in Nizza untersagte einen neuen Friedhof nahe am Strand. Begraben werden konnten nur noch diejenigen, die bereits zuvor einen Platz auf dem Friedhof reserviert hatten. Darauf verbot Bernardi seinen Mitbürgern in Le Lavandou zu sterben – und ging gegen die gerichtliche Entscheidung in Berufung. Mit wenig Erfolg. Doch mittlerweile gibt es in Le Lavandou laut der Website der Gemeinde zwei Friedhöfe. Einen alten und einen neuen.



Xi Jinping und Wladimir Putin begrüßen sich im Kreml anlässlich des Jahres des chinesischen Tourismus in Russland, 2013.

SERGEI ILLITSKY / AP

Angriff der Autokraten

Russland und China wollen sich nicht einfach nur besserstellen. Sie haben sich zusammengetan, um die Weltordnung in ihrem Sinn und Interesse neu zu definieren. **Von Ulrich Speck**

Als der chinesische Präsident im März 2023 nach einem sechsstündigen Treffen mit dem russischen Präsidenten abends den Kreml verliess, hielt er auf der Schwelle, auf dem Weg zur Limousine, noch einmal inne, um sich von seinem Gastgeber zu verabschieden und seine Abschiedsbotschaft zu formulieren: «Derzeit finden Veränderungen statt, wie man sie in einem Jahrhundert nicht gesehen hat», sagte Xi zu Putin, einen seiner Lieblingssätze benutzend. Dann aber kam es: «Wenn wir zusammen sind, sind wir es, die diese Veränderungen vorantreiben.» Dem chinesischen Präsidenten war offenkundig nicht klar, dass die ein Stück entfernt stehenden Journalisten seine Worte dank ihren Mikrofonen mithörten. «Ich stimme zu», antwortete der russische Präsident, «pass auf dich auf, bitte, lieber Freund.»

Epochale Veränderungen

Für einen Moment lang hatte Xi Jinping versehentlich die sorgsam aufgebaute Deckung aufgegeben – das Bemühen darum, sein strategisches Denken hinter einer Unzahl von vorgestanzten Formeln zu verstecken, um seine Gegner nicht in die eigenen Karten schauen zu lassen. Der seit Jahren von Xi immer wieder verwendete Satz von den «Veränderungen», die «man sieht», bekam plötzlich einen neuen Sinn; der chinesische Präsident setzte ihn vom passiven in den aktiven Modus. Was zuvor nach einer historisch-politischen Diagnose klang – die Welt verändert sich nun einmal dramatisch, und China muss sich anpassen –, enthüllte Xi an jenem Abend als Kern einer Strategie, seiner eigenen: Es ist China, das die Veränderungen vorantreibt. Das Ereignis, das laut Xi die Geschichte so dramatisch verändert, ist der Aufstieg Chinas.

Doch damit nicht genug: Was Xi mit seiner Bemerkung ebenfalls offenbarte, betraf Chinas Haltung gegenüber Russland, das im Februar des Vorjahres mit dem Angriffs- und Eroberungskrieg gegen die Ukraine der bestehenden Ordnung den offenen Kampf angesagt hatte. Xi sieht Russland

«Wenn wir zusammen sind, sind wir es, die diese Veränderungen vorantreiben», sagte Xi zu Putin.

als Partner bei seinem Plan, die Weltordnung umzubauen und Veränderungen voranzutreiben, «wie man sie in einem Jahrhundert nicht gesehen hat». Wenn Russland mitmacht, dann sind es «wir», die diese epochalen Veränderungen vorantreiben. Das hat Xi nicht einfach nur so dahingesagt, vielmehr handelte es sich offenkundig um die zentrale Botschaft seines Besuches in der russischen Hauptstadt.

Xis Worte beschreiben eine Strategie, die auf globale Vormacht und Vorherrschaft abzielt. Seit seinem Amtsantritt als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas im November 2012 und seiner Wahl zum Staatspräsidenten im März 2013 hat Xi systematisch die Macht im Land in seinen Händen konzentriert. Unangefochten dominiert er heute die chinesische Politik. Zugleich hat er China als Weltmacht etabliert: mit dem Ausbau der Streitkräfte und einer strategischen Neupositionierung der Wirtschaft, die eine zunehmende globale Dominanz und Autonomie anstrebt.

In den Jahren, in denen Xi an der Macht ist, hat sich China tatsächlich zum Wettbewerber der USA um die Position der globalen Führungsmacht entwickelt, wie in der amerikanischen Strategie für nationale Sicherheit im Oktober 2022 festgestellt wurde: China sei jetzt der «einzige Wettbewerber, der die Absicht hat, die internationale Ordnung neu auszurichten, und der, in zunehmendem Masse, die wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht dazu besitzt».

Dabei setzt der chinesische Präsident schon lange auf die enge Partnerschaft mit der anderen eurasischen Grossmacht – Russland. Während des Kalten Krieges war China zur Sowjetunion, zuvor das grosse Vorbild für Mao und seine Kommunisten, auf Distanz gegangen. 1969 eskalierte ein Grenzkonflikt sogar zu einem begrenzten Krieg. Mao sah die Sowjetunion zunehmend als Bedrohung, weshalb er freundschaftliche Beziehungen mit dem Erzfeind der Sowjetunion anbahnte – 1972 reiste US-Präsident Richard Nixon mit seinem Sicherheitsberater Henri Kissinger nach China. Erst knapp zwanzig Jahre später führte der

Zusammenbruch der Sowjetunion Ende 1991 zur Wiederannäherung.

Xi hat diesen Prozess ganz besonders zu seiner Sache gemacht: Seine erste Auslandsreise als chinesischer Präsident im März 2013 führte ihn nach Moskau. Seither ist Xi neunmal nach Russland gereist; beide Präsidenten haben sich über vierzigmal bei verschiedenen Gelegenheiten getroffen, in Moskau, in Peking oder bei Gipfeltreffen anderswo.

Die wachsende Nähe zwischen Russland und China führte zur Verabschiedung einer gemeinsamen umfassenden Erklärung im Februar 2022, die eine Art Manifest darstellt, in dem die beiden eurasischen Mächte ihren gemeinsamen Anspruch deutlich machen, eine neue Weltordnung zu errichten. «Einige Akteure», heisst es dort, «behindern die Entwicklung und den Fortschritt der Menschheit», in unmissverständlicher Anspielung auf die USA und ihre Verbündeten. China und Russland hingegen seien «als Weltmächte» bereit, «Verantwortung zu übernehmen», um eine «wohlhabendere, stabilere und gerechtere Welt aufzubauen».

Das gemeinsame Manifest wurde knapp drei Wochen vor Russlands Grossangriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 veröffentlicht – zu einem Zeitpunkt, als Washington schon fast die Hoffnung aufgegeben hatte, die russische Kriegsmaschinerie noch stoppen zu können, und überall in westlichen Hauptstädten verzweifelte letzte diplomatische Bemühungen unternommen wurden, Russland doch noch von der Invasion abzubringen. Offenkundig hielt all dies die chinesische Seite nicht davon ab, gemeinsam mit Russland den Kampf um eine neue, postamerikanische Weltordnung zu verkünden.

Gegen Amerikas Dominanz

Dass Xi Jinping dann ein Jahr später, im März 2023, nach Moskau reiste, machte deutlich, dass China Russlands Angriffs- und Eroberungskrieg gegen die Ukraine, der zugleich eine Kampfansage gegen den Westen war, offen unterstützte. Das schlug sich auch nieder in der Lieferung sogenannter Dual-Use-Güter, insbesondere Halbleiter und Maschinenteile, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden können. Im April 2024 erklärte US-Aussenminister Antony Blinken: «Russland hätte Mühe, seinen Kampf gegen die Ukraine ohne Chinas Unterstützung» weiterzuführen.

Dabei ist der chinesischen Seite klar, dass es Russland um mehr geht als um die Ukraine. Im gemeinsamen Manifest vom Februar 2022 heisst es, China stehe den Vorschlägen Russlands zur «Schaffung langfristiger Sicherheitsgarantien in Europa wohlwollend gegenüber und unterstützt sie». Das bezieht sich auf die zwei Ultimaten, die Moskau im Dezember 2021 an die USA und die Nato geschickt hat und in denen die USA aufgefordert wurden, sich aus Ost- und Ostmitteleuropa weitgehend zurückzuziehen. Russlands Ziel, sich die Nachbarschaft wieder zu unterwerfen, wie im Kalten Krieg, wird in Peking offenbar mit Wohlwollen gesehen. Kein Wunder: China bemüht sich in sehr ähnlicher Weise darum, seinerseits eine Zone des privilegierten Einflusses und der Kontrolle zu schaffen: Taiwan zu unterwerfen und das Südchinesische wie das Ostchinesische Meer unter chinesische Vorherrschaft zu bringen.

Es wird immer deutlicher: Russland und China wollen nicht einfach nur ihre Position innerhalb der bestehenden Ordnung verbessern, wie man im Westen lange gemeint hat. Sie wollen weitaus mehr: eine grundlegend andere Weltordnung. Zum einen geht es ihnen darum, amerikanische Dominanz zurückzudrängen, um ihre eigene Macht und Vorherrschaft in ihrer Nachbarschaft wie auch auf globaler Ebene auszuweiten. Zum anderen geht es ihnen darum, die Grundprinzipien der bestehenden Weltordnung auszuhebeln. Anstelle einer prinzipiellen Gleichberechtigung der Staaten, wie sie die Charta der Vereinten Nationen von 1945 festschreibt, soll eine imperiale Ordnung etabliert werden. Mit seinem Angriffs- und Eroberungskrieg gegen die Ukraine macht Russland das in Europa deutlich, während China immer massiveren militärischen Druck gegen Taiwan anwendet und eine schleichende Annexion des Südchinesischen Meeres betreibt.

Dass Russland und China die bestehende Ordnung zunehmend attackieren und die führende Schutzmacht dieser Ordnung, Amerika, zurückzudrängen suchen, hat nicht nur mit den machtpolitischen Ambitionen ihrer Anführer zu tun. Es liegt vor allem daran, dass für sie weitaus mehr auf dem Spiel steht: Es geht um ihr Überleben. Was die herrschenden Eliten in Russland und China dazu bringt, den hohen Preis für die Konfrontation mit Amerika und seinen Verbündeten zu zahlen, ist nicht nur die Hoffnung auf noch mehr Macht und noch mehr Reichtum. Es ist vor allem die Angst davor, alles zu verlieren – die Angst vor einer demokratischen Revolution, die sie hinwegfegen könnte. Xi und Putin kämpfen für die Stabilität der autokratischen Herrschaft, von der ihr Status und womöglich ihre Existenz abhängen. Dieses Motiv erst gibt der neuen globalen Auseinandersetzung ihre Unerbittlichkeit und Härte.

Dieser Text ist ein Auszug aus dem neu erschienenen Buch des geopolitischen Analysten von NZZ Pro, Ulrich Speck: «Der Wille zur Weltmacht. Wie Russland und China die freie Weltordnung attackieren», soeben erschienen bei Droemer Knauer.

Zollkonflikte mit den USA

Der Artikel erinnert mich an eine Anekdote von Paul Samuelson, der 1970 mit dem Ökonomie-Nobelpreis ausgezeichnet wurde («Trump versteht wenig vom modernen Handel», NZZ 27.3.25). Sein in 19 Sprachen übersetztes Standardwerk «Economics» ist bis heute das meistverkaufte VWL-Lehrbuch aller Zeiten.

Er schreibt darin, dass er vor Jahren von einem amerikanischen Präsidenten Folgendes gefragt wurde: «Ich verstehe nicht viel von Volkswirtschaft. Aber wenn ich die Produkte in den USA herstelle und verkaufe, dann ist die Arbeit hier, die Produkte sind hier, und das Geld bleibt hier. Wenn ich die Produkte im Ausland kaufe, dann ist die Arbeit im Ausland, das Geld ist im Ausland, und nur die Produkte sind da.» Die Antwort von Samuelson sei gewesen: «Mister President, leider ist nur der erste Satz richtig – Sie verstehen nicht viel von Volkswirtschaft.»

Bekanntlich hatte bereits 1817 David Ricardo die Theorie der komparativen (relativen) Kostenvorteile entwickelt und bewiesen, dass durch eine internationale Arbeitsteilung die Wohlfahrt aller am Handel beteiligten Volkswirtschaften gefördert wird. Dieser komparative Kostenvorteil besagt, dass für den Wohlstand eines Landes der Handel – und damit eine Spezialisierung in der Produktion – immer besser ist als Autarkie mit Eigenherstellung aller benötigten Güter.

Heute werden diese Grundlagen des Welthandels von Peter Navarro, einem amerikanischen Professor für Wirtschaftswissenschaften, infrage gestellt. Donald Trump ernannte ihn zum «Direktor für Handel und Industriepolitik». Navarro ist ein Verfechter isolationalistischer Wirtschaftspolitik.

Roland Sägemesser, Schüpfen

Erbschaftssteuerinitiative der Juso

Erstaunlich, dass die Generation Z die Auswirkungen des Kommunismus und Sozialismus der letzten 100 Jahre nicht begriffen hat («Lockvogel-Initiativen sind der Preis der Demokratie», NZZ 28.3.25).

Egal ob Ostblock, DDR oder heute Kuba und Venezuela, überall haben die Theorien der Sozialisten zu Armut und Unterdrückung der Bevölkerung geführt. In die DDR mussten Milliarden gepumpt werden, damit ein möglichst gleiches Leben in West- und Ostdeutschland hergestellt werden konnte.

Wenn heute zum Beispiel Kuba oder Venezuela vom Joch des Sozialismus befreit wird, dann erfolgt sofort der Ruf nach den Millionären, die das Land wieder zum Wohlstand bringen sollen.

Die heutigen Sozialisten, egal welcher Farbe, sollten erkennen, dass soziale Gerechtigkeit nur dann erreicht werden kann, wenn die gesamte Bevöl-

kerung arm ist. Auch die wohlhabende Schweiz ist nicht durch den Sozialismus zum Wohlstand gekommen.

Jiri Donoval, Kreuzlingen

«Die ‹Heiratsstrafe› ist eine Mär»

Im Artikel vom 31.3.25 hat Albert Steck die Heiratsstrafe als «Mär» bezeichnet. Dabei hat er auch sachfremde Argumente, wie zum Beispiel den Immobilienbesitz von Verheirateten, beigezogen.

Von den Vorteilen des Immobilienbesitzes können andere Ehepaare, deren Mieten viel schneller steigen als die Renten, nicht profitieren. Sie wären froh um die volle Rente.

Gerade die «Wohlhabenden», die hauptsächlich von der Abschaffung der Heiratsstrafe profitieren sollen, haben die AHV mit der Plafonierung der Einzelrenten schon einmal subventioniert. Für den sozialen Ausgleich finde ich das richtig. Aber warum sollen Ehepaare mit der plafonierten Ehepaarrente die AHV noch einmal subventionieren? Dass es der Finanzministerin zu teuer ist, rechtfertigt die Ungleichbehandlung mit Unverheirateten nicht.

Martin Bosshard, Kirchberg

Investition oder Konsumgut?

Stefan Legge erklärt in seinem Gastkommentar, staatliche Ausgaben im tertiären Bildungsbereich ermöglichen den Studierenden zwar ein bequemes Leben, rechneten sich für den Staat aber nicht («Auch für Bildung muss die Rechnung aufgehen», NZZ 2.4.25). Er begründet dies damit, dass die Hochschulabsolventen nach dem Studium nur mässig verdienen und somit die für sie getätigten Bildungsinvestitionen nicht in Form von Steuern an den Staat zurückzahlen.

Die Argumentation ist hanebüchen, weil sie sich nur auf eine Statistik der Durchschnittslöhne in den ersten fünf Jahren nach Studienabschluss stützt. Natürlich verdienen eine Assistenzärztin oder ein Praktikant in einer Gerichtsschreiberei noch nicht besonders viel. Wird die Ärztin aber Chefin einer Klinik oder der Jurist ein erfolgreicher Rechtsanwalt, so verdienen sie sehr viel mehr und zahlen entsprechend viel Steuern.

Eine seriöse Untersuchung müsste sich demzufolge auf den lebenslangen Durchschnittsverdienst der ehemaligen Studentinnen und Studenten abstützen.

Helmut Meyer, Zürich

Da will man wohl das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man den Fokus derart geschärft auf die Heerscharen an bildungshungrigen «Konsumenten» ausrichtet, die sich auf unzäh-

lige, nutzlose Kurse stürzen und so verlorene Arbeitsstunden und entgangene Steuergelder verursachen.

Selektive Betrachtungen aber führen nie zu guten Lösungen. Dabei wäre es ganz einfach: Man fülle die Kurse endlich mit Sinn und Inhalten, die alles andere als Geld- und Zeitverschwendung sind. Besonders in den biomedizinischen Richtungen ist ein tiefgreifender Paradigmenwechsel längst fällig. Zum Beispiel Tierversuche sollten in der Lehre höchstens als schlechtes Beispiel Erwähnung finden.

Erst wenn man das Richtige lehrt und vorlebt, ist Bildung nicht Verschwendung an Geld, sondern eine Bereicherung für die ganze Gesellschaft.

Irene Varga, Berg (SG)

Wo bleibt die Ökumene?

Der Leserbrief «Pfarrer ohne Theologiestudium» mutet nun doch etwas weltfremd an (NZZ 31.3.25). Wenn man heutzutage die Problematik im Pfarrermangel darin sieht, «dass ein Schweizer Reformierter recht weit von einem deutschen Lutheraner entfernt ist», wird jegliche Art von Ökumene von vorneherein torpediert.

Das reformierte Fraumünster in der Zürcher Altstadt steht für das Gegenteil. Der ehemalige Pfarrer der lutherischen Stadtkirchen von Wittenberg, Johannes Block, sorgt als Fraumünsterpfarrer seit November 2021 dafür, dass «die reiche Tradition des Christentums weiter aktiv gepflegt wird».

Eine Einheit unter den Christen des Ostens und des Westens brachte vor 1700 Jahren schon das Erste Ökumenische Konzil von Nicäa zustande: «Wir glauben an die eine, heilige, allgemeine und apostolische Kirche.»

Und in abrahamitischer Tradition dürfte man sogar dem ersten Satz «Wir glauben an den einen Gott» noch hinzufügen «heisse er nun Jahwe, Allah oder Gottvater».

Dr. phil. Xaver Stalder, bacc. theol., Stäfa

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Bezahlkarte – ein Signal im Asylwesen

Gastkommentar

von ANDREAS HOSTETTLER

Bei der Bewältigung der Flüchtlings- und Asylproblematik tragen Kantone und Gemeinden eine grosse Last. Sie schultern die Unterbringung, Betreuung und Versorgung der Geflüchteten und müssen dafür bei ihren Stimmbürgerinnen und -bürgern geradestehen. Wundermittel gibt es nicht, gefragt sind pragmatische Schritte. Die Flüchtlingsfrage beschäftigt die Bevölkerung seit Jahren und hat sich gemäss dem Sorgenbarometer der UBS im letzten Jahr nochmals verschärft. Die Institutionen sind gefordert, das Vertrauen in die behördliche Asylpolitik zu stärken. Die Bezahlkarte ist eine sanfte Massnahme und ein erster Schritt; sie schafft Transparenz und ermöglicht eine effizientere Steuerung der Ressourcen.

Wie eine gängige Debitkarte kann sie flexibel eingesetzt werden. Als Alternative zu Bargeldauszahlungen oder Banküberweisungen ermöglicht sie die gezielte Nutzung der Mittel für lebenswichtige Ausgaben. Die Behörden bestimmen Verwendungen wie Barabhebungen, Auslandstransfers und Einkäufe bei bestimmten Händlerkategorien oder Postleitzahlenbereichen. Das diskriminierungsfreie Bezahlkartensystem bewährt sich in den Niederlanden, in Spanien und Finnland. Die administrative Belastung der Sozialdienste wurde

Es geht auch um die weitverbreitete Besorgnis, Steuergelder würden zu wenig sorgfältig eingesetzt.

rasch reduziert und die Transparenz erhöht. In Deutschland wird die Karte nach spürbaren Erfolgen in Hamburg, Hannover und Magdeburg flächendeckend ausgerollt. Auch Österreich führt die Karte ein.

Warum soll in der Schweiz nicht funktionieren, was in unseren Nachbarländern erfolgreich ist? Die Bezahlkarte ist in verschiedenen Kantonen ein Thema. Der Kanton Zug will eine Pionierrolle spielen: Die gezielte Steuerung der Ausgaben im Sozial- und Asylbereich begrenzt die Zweckentfremdung von Geldern, etwa für Auslandüberweisungen oder illegale Aktivitäten. Gleichzeitig sollen die Mittel vor allem für den täglichen Bedarf eingesetzt werden. Im Kanton Zug kann das System für rund 1500 Personen im Asylbereich genutzt werden, also für Weggewiesene, Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Schutzbedürftige. Die finanziellen Folgen sind mit geschätzten einmaligen Investitionskosten von rund 100 000 Franken sowie laufenden jährlichen Betriebskosten von rund 90 000 Franken überschaubar. Wir werden darauf achten, dass kein übertriebener bürokratischer Aufwand entsteht: Die Balance zwischen Einschränkungen und Freiräumen muss gewährleistet sein.

Einwände, mit der Massnahme würde einer verstärkten Ausgrenzung, Working Poor und unabsehbaren sozialen Folgekosten Vorschub geleistet, sind legitim. Allerdings verkennen diese die Ausgestaltung und Zielsetzung der Massnahme.

Im Vergleich zu Deutschland kommt der Umfang der Nutzung im Kanton Zug schon eher einem erweiterten Pilotprojekt gleich. Da die Leistungen bereits heute auf individuelle Konten überwiesen werden, halten sich die administrativen Vereinfachungen in Grenzen. Eine Ausweitung des Systems auf anerkannte Flüchtlinge wäre sinnvoll und effizienzsteigernd, jedoch rechtlich nur zulässig, wenn die Bezahlkarte flächendeckend für alle Sozialhilfebezügler eingeführt würde. Das grosse Potenzial kann erst ausgeschöpft werden, wenn der Bund und die anderen Kantone mitziehen.

Wichtig sind für uns die konkreten Erfahrungen und die daraus folgende Lernkurve. Die Bezahlkarte ist ein wichtiges Signal an die Steuerzahler, dass die Politik ihre Besorgnis über die Zweckentfremdung von Unterstützungsgeldern ernst nimmt. Unser Leuchtturmprojekt dient der Stärkung des Vertrauens in die behördliche Asylpolitik – nicht mehr und nicht weniger.

Andreas Hostettler ist Landammann und leitet als Regierungsrat die Direktion des Innern im Kanton Zug.

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 246. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (leg.)

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Ettenreich (cet.), Barnaby Skinner (bsk.)

Tagesleitung: Nicole Anliker (ann.), Samuel Burgener (sbr.), Jacqueline Lipp (lip.)

International: Benedict Neff (bn.), Andreas Rüesch (A. R.), Marco Kauffmann Bossart (kam.), Nina Belz (nbe.), Werner J. Marti (wjm.), Andreas Ernst (ahn.), Dominique Burkhardt (dbu.), Katrin Büchenbacher (k.b.), Jonas Roth (jon.), Erika Burri (ebu.), Isabella Jacobi (ija.), Anne Almeling (all.)

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.), Manuel Müller (mml.)

Schweiz: Christina Neuhaus (cne.), Andri Rostetter (art.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Marc Tribelhorn (tri.), Simon Hehli (hhs.), Tobias Gafater (gaf.), David Vonplon (dvp.), Samuel Tanner (sta.), Sebastian Briellmann (sb.), **Bundeshaus:** Fabian Schäfer (fab.), Katharina Fontana (fon.), Andrea Fopp (afop.), Selina Berner (sia.), **Westschweiz:** Matthias Sander (msa.)

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Zeno Geisseler (zge.), Fabian Baumgartner (fbi.), Katja Baigger (bai.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Jan Hudec (jhu.), Claudia Rey (clr.), Michael von Ledebur (mvl.), Isabel Heusser (heu.),

Oliver Camenzind (olc.), Giorgio Scherrer (sgi.), Tobias Marti (tma.), Marius Huber (hub.), Francesca Prader (fpr.)

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Lorenz Honegger (lho.), Guido Schätti (gui.), Dieter Bachmann (dba.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Andrea Martel Fus (am.), Matthias Benz (mbe.), Michael Ferber (feb.), Hansueli Schöchli (hus.), Benjamin Triebler (bt.), Dominik Feldges (df.), Eflamm Mordrelle (EM), Isabella Wachter (wai.), Zoé Baches (ZB), Moritz Kaufmann (mkf.), Jörg Meier (jmu.), Markus Stadelci (sta.), Albert Steck (sal.), Jürg Zulliger (jz.) Janique Weder (wej.), Jannik Belsler (jbb.), Beatrice Bössiger (boe.)

NZZ Pro: Peter A. Fischer (pft.) – Chefökonom, Georg Hässler (geo.), Leon Igel (igl.)

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Patrick Imhasly (pim.), Stephanie Lahrts (slz.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fulterer (ful.), Gioia da Silva (gds.), Sven Titz (svt.), Judith Blage (jbl.), Kalina Oroschakoff (oro.), Esther Widmann (wde.), Philipp Wolf (phw.), Eva Mell (ev.), Martin Amrein (ma.), Anna Weber (wea.), Georg Rübsemeyer (rus.), Lena Waltle (lwt.), Leonid Leiva Ariosa (lea.)

Feuilleton: Roman Buchelli (rbi.), Thomas Ribi (rbi.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Lucien Scherrer (lsc.), Birgit Schmid (bgs.), Christian Wildhagen (wdh.), Nadine Brügger (nad.), Andreas Scheiner (sca.), Rahel Zingg (zin.)

Sport: Elmar Wagner (wag.), Remo Geisser (reg.), Christof Krapf (krp.), Christine Steffen (cen.), Stephan Ramming (ram.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Sebastian Bräuer (smb.), Nicola Berger (nbc.), Stefan Osterhaus (sos.), Eva Breitenstein (eva.), Benedikt Koller (bko.), Dominic Wirth (dow.)

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Florian Schoop (scf.), Esther Rödiger (eru.), Peter Ackermann (pan.), **Reporter:** Andrea Spalinger (spl.), Marcel Gyr (gyr.), Michael Schilliger (msl.), Katharina Bracher (brk.)

Nachrichten: Samuel Burgener (sbr.), Michele Coviello (cov.), Elena Panagiotidis (ela.), Kathrin Klette (kkl.), Dennis Hofmeyer (dho.), Melchior Poppe (pop.), Till Minder (til.), Janina Gehrig (jag.),

Jacqueline Lipp (lip.), Corina Gall (cog.), Lia Pescatore (lia.), Philipp Gollmer (phg.), Max Sprick (max.), Kevin Weber (wek.), Elena Oberholzer (obe.), Matthias Wenet (etz.), Miriam Moll (mir.), Leonie Wagner (lwa.), Salome Woerlen (woe.), Yasmim Müller (ym.).

Video / Social Media: Madleen Kamrath (mdl.), Michelle Amstutz (mma.), Pascal Burkhard (bup.), Florentin Erb (erf.), Jasmine Jacot-Descombes (jja.), Lucia Grassi (glu.), Severin Pomsel (spo.), Damita Pressi (dam.), Valentina Senna (vas.), Raca Wita (raw.), Valentina Winkler (wiv.).

Format: Jürg Walch (jwa.), Nicole Krätkli (krä.), Séverine Bruderer (brs.), Sophie Brunner (sop.), Roman Hodel (rho.).

Community: Anja Grünenfelder (ang.).

Podcast: Sven Preger (sve.), Nadine Landert (lna.), David Vogel (dv.), Marlen Dähler (oeh.), Antonia Moser (ata.), Jenny Rieger (rje.), Simon Schaffer (ssi.), Alice Grosjean (gja.).

Audience Management: Jonas Holenstein (jho.), Thierry Figini (tfti.), Martin Arnold (maa.), Nicolas Fröhner (frn.).

Visuals & Editorial Tech: Markus Ikehata (sma.), Anja Lemcke (lea.), Simon Tanner (tan.), Kaspar Manz (xpo.), Joana Kelén (jok.), Jasmine Rueegg (jmr.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fst.), Adina Renner (adi.), Nicolas Staub (las.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Haas (sah.), Eike Hoppmann (ehk.), Simon Huwiler (shu.), Michel Graustück (mgr.), Forrest Rogers (fr.), Julia Monn (jum.), Roland Shaw (sro.), Cian Jochem (cia.), Danijel Beljan (beb.), Seda Motie (sod.), Sophia Kissling (ski.), Jessica Eberhart (ebj.), Olivia Mayer (olm.).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Lucie Paška (lpa.), Andreas Kopp (ako.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Manuela Kessler (mak.), Roland Tellenbach (rol.), Bodo Lamparsky (la.), Philipp Hutschmid (phh.), Ilda Ozalp (ilo.), Lisa Leonardy (lll.), Yves Tardent (tay.), Tanja von Arx (tva.), Philipp Flück (flp.), Marco Krüger (krm.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).

Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (grg.), Nicole Aebly (nae.), Martin Berz (brz.), Dominic Nahr (dna.), Dario Veréb (dve.), Isabella Hager (iba.), Maja Siebrecht (maj.), Simone Imhof (ims.), Stefan Günther (stg.).

Fotografen: Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.).

Korrektorat: Katarcsa Fischer.

KORRESPONDENTEN

Paris: Daniel Steinworth (DSt.), **London:** Niklaus Nuspliger (nn.), **Berlin:** Marc Felix Serrao (flx.), Jonas Herrmann (jsh.), René Höltschi (Ht.), Oliver Maksan (oma.), Fatima Keilani (kei.), Beatrix Achtenberg (bta.), Marco Seliger (msa.), Johannes C. Buckenheimer (JCB.), Nathan Gierzewicz (giz.), **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.), **Rom:** Lutz Berner (lb.), **Madrid:** Uta Müller (utm.), **Wien:** Ivo Mijssen (imj.), Marret Baumann (bam), **Tallinn:** Linda Koponen (lko.), **Brüssel:** Daniel Imwinkelried (imr.), Antonio Fumagalli (fum.), **Moskau:** Markus Ackeret (mac.), **Nairobi:** Samuel Misteli (smi.), **Istanbul:** Volker Pabst (pab.), **Beirut:** Daniel Böhm (dan.), **Tel Aviv:** Rewert Hoffer (rew.), **Delhi:** Andreas Babst (abb.), **Mumbai:** Ulrich von Schwerin (lvs.), **Taipeh:** Patrick Zoll (paz.), **Peking:** Matthias Kamp (mka.), **Tokio:** Martin Kölling (koe.), **Sydney:** Barbara Barkhausen (bkh.), **Washington:** Christian Weisfogel (ws.), **Chicago:** David Signer (dai.), **New York:** André Müller (amü.), **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.), **Rio de Janeiro:** Thomas Milz (mit.), **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ Folio: Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Clatina (cl.), Barbara Klingbächer (bak.), Manuel Stark (msk.).

NZZ Geschichte: Claudia Mäder (cmd.), Daniel Di Falco (dff.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, www.nzz.ch.

Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, contact@nzzzone.ch, www.nzzzone.ch.

Inserate: NZZzone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, contact@nzzzone.ch, www.nzzzone.ch.

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

NZZ Print: 960 Fr. (12 Monate), 87 Fr. (1 Monat).

NZZ E-Paper: 654 Fr. (12 Monate), 61 Fr. (1 Monat).

Kombi NZZ Fr. & Sa Print: 425 Fr. (12 Monate), 38 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

NZZ International Print: 650 € (12 Monate), 59 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandspreise auf Anfrage.

Kombi NZZ & NZZaS Print: 1026 Fr. (12 Monate), 94 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat).

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2025.

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2025.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG

Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiller



Maximalforderungen schaden der palästinensischen Sache. Demonstranten an der Portland State University im US-Gliedstaat Oregon.

BETH NAKAMURA / AP

Pragmatismus ist der Anfang von Palästina

Im Gazastreifen wie auch im Westjordanland führt Extremismus in die Sackgasse. Gefragt sind gemässigte palästinensische Stimmen – und ein Realismus, der sowohl Tatsachen anerkennt wie auch Lösungen schafft. Gastkommentar von Ahmed Fouad al-Khatib

Vor kurzem hielt ich an einer Universität im amerikanischen Gliedstaat New Jersey eine Rede. Dabei erzählte ich den anwesenden Studenten von meinen dreiunddreissig Familienmitgliedern, die bei israelischen Luftangriffen in Gaza getötet wurden. Vor dem Plenum beschrieb ich die schrecklichen Zustände in meiner Heimat, ich plädierte für palästinensische Souveränität und führte einige der Extrempositionen an, die Israels Regierung unter Benjamin Netanyahu vertritt.

Ich sagte auch, dass die Entführung und Geiselnahme von israelischen Frauen, Kindern und Betagten durch die Hamas sowie die Tötung unschuldiger Zivilisten Greuelthaten seien. Das alles stehe in Widerspruch zu palästinensischen Werten. Wer diese Verbrechen verurteilt, schmälere keineswegs die Rechte der Palästinenser oder marginalisiere ihre legitimen Beschwerden. Vor dem Hörsaal standen schreiende Agitatoren, die Verbindungen zu Students for Justice in Palestine pflegten. Sie schimpften mich einen «Verräter» und riefen «Free Palestine!».

Die eigenen Fehler suchen

Wie konnte es so weit kommen? Wie ist es möglich, dass eine Gruppe studentischer Aktivisten an der amerikanischen Ostküste von sich behauptet, Palästinenser zu vertreten und sich für Menschen in Gaza einzusetzen – und gleichzeitig mich, einen amerikanischen Bürger aus Gaza, der Hunderttausende Dollar für humanitäre Projekte in der alten Heimat gesammelt hat, zu ihrem Feind macht?

Mir scheint, die sogenannte Pro-Palästina-Bewegung hat keinen Platz für einen Palästinenser, der sich dem Terrorismus der Hamas widersetzt und für eine Zukunft der Koexistenz mit den Israeli eintritt. Die Diaspora-Bewegung für die Rechte der Palästinenser hat moralisch und politisch versagt. Das ist zwar nur eines von mehreren Hindernissen auf dem

Man kann nicht für Palästina sein und gleichzeitig für die Hamas.

Weg zu mehr Freiheit für Palästinenser, aber es ist ein besonders aussagekräftiges.

Nach Jahrzehnten von Vertreibung, militärischer Besetzung und politischer Blockade ist es uns zur Gewohnheit geworden, für die Verschlechterung unserer Lebensbedingungen nur israelische Faktoren anzuführen. Dabei blenden wir unsere eigene Rolle aus und verpassen es, über unsere eigenen Fehler nachzudenken. Eine Forderung nach mehr Selbstkritik bedeutet nicht etwa, die palästinensische Not zu verharmlosen oder gar ein Opfer für seine Lage verantwortlich zu machen. Es geht vielmehr darum, dass wir endlich anerkennen, wie dringend wir ein neues Denken brauchen. Die palästinensische Politik und ihre Vision des nationalen Projekts haben es versäumt, Massnahmen anzulegen und umzusetzen, mit denen sich greifbare Fortschritte erzielen liessen.

Sich zu wünschen, dass acht Millionen israelische Juden von heute auf morgen verschwinden, ist kein politisches Programm. Die Hamas und ihr «bewaffneter Widerstand» haben den innerpalästinensischen Diskurs gekapert. Selbst in den aktivistischen Kreisen der Diaspora geben Extremisten den Ton an – und so ist auch von dieser Seite keine Hilfe für die palästinensische Sache zu erwarten. Vielmehr entstehen auch hier neue Hürden.

Tatsächlich hat die «propalästinensische» Diaspora-Bewegung in den letzten anderthalb Jahren eine einmalige Gelegenheit verpasst. Es wäre nie einfacher gewesen, internationale Unterstützung für das palästinensische Volk zu mobilisieren. Doch eine Unabhängigkeit Palästinas ist fern denn je. Und daran ist nicht einfach nur Benjamin Netanyahu schuld.

Was die palästinensische Politik braucht, aber schmerzlich vermissen lässt, ist Pragmatismus. Die Bedingungen, mit denen wir jetzt sowohl im Westjordanland als auch im Gazastreifen konfrontiert sind, sind katastrophal: Die Palästinenser sind praktisch bar jeder politischen Macht, sehen sich mili-

tärisch geliefert und kaum in der Lage, aus eigener Kraft wirtschaftlich zu überleben. Vertreter von den extremen Rändern der israelischen Politik haben unserem Volk wiederholt mit Vertreibung gedroht. Diese Realitäten bedeuten, dass die Zeit für Maximalforderungen vorbei ist. Das gilt auch für entsprechende Rhetorik.

Doch anstatt bestehende Ansätze weiterzuentwickeln, nehmen viele Palästinenser immer extremere ideologische Positionen ein. Diese Verhärtung wird zum Teil auf die ungleiche Machtbalance zwischen Israeli und Palästinensern zurückzuführen sein und auf das Gefühl, dass uns von aussen widrige Bedingungen aufgezwungen werden.

Aber auch damit gehen wir fehl, wir geben so vorzeitig Handlungsspielraum preis: Selbst unter schwierigen Umständen und Einschränkungen führen manche Entscheidungen zu besseren Ergebnissen als andere. Wenn es für die verbliebenen Palästinenser eine Hoffnung geben soll, auf ihrem angestammten Boden bleiben zu können, müssen wir uns gegen den Kreislauf von Hass, Hetze, Gewalt und Rache stellen. Es gilt stattdessen, einen vernünftigen Ansatz zu suchen für einen der hartnäckigsten Konflikte der modernen Welt.

Vorbilder aus dem Zionismus

Meine Position ist sicherlich keine Mehrheitsposition unter den Palästinensern. Grosse, international tätige Medienhäuser liessen mir gegenüber durchblicken, meine Perspektive sei «nicht repräsentativ» – und daher keiner Beachtung wert. Doch unsere Gesellschaft ist in ihren Ansichten so vielfältig wie jede andere. Klar ist auch, dass abweichende, gemässigte palästinensische Stimmen keine politische Heimat mehr haben. Damit gibt es keinen Raum mehr für den Austausch von Perspektiven und Erfahrungen – oder differenziertere Lobby- und politische Bemühungen.

Ich kann mir einen pragmatischen Ansatz für das palästinensische Nationalprojekt vorstellen – das gewalttätigen Extremismus und bewaffneten Widerstand ablehnt und zugunsten der Palästinenser und Israeli für eine Zweistaatenlösung eintritt. Pragmatisch zu sein, bedeutet dabei, wenig hilfreiche und unrealistische Forderungen aufzugeben. Dazu gehört die Forderung nach dem Recht auf Rückkehr in Gebiete, die seit 1948 zu Israel gehören. Es bedeutet auch, die Existenz Israels zu akzeptieren und zu verstehen, dass die Sicherheit Israels und das Streben der Palästinenser nach Freiheit, Würde und Unabhängigkeit zusammengehören.

Zwei Drittel der Bevölkerung von Gaza sind Nachkommen der Flüchtlinge von 1948. Wir alle müssten aufhören, uns als ewige Flüchtlinge in der eigenen Heimat zu sehen. Stattdessen sollten wir den Gazastreifen als unseren Bestimmungsort begreifen; hier bauen wir unsere Nation auf.

So sieht radikaler Pragmatismus aus, und er ist dringend erforderlich. Nicht zuletzt findet sich eine gewisse historische Ironie darin, dass wir damit nachvollzögen, was die zionistische Bewegung 1948 getan hat: Im Austausch für die Unabhängigkeit machte sie Konzessionen – und das selbst bei Punkten, die der Führungsriege wichtig waren. Uns Palästinensern muss es gelingen, das Befürworten von Frieden und Koexistenz umzudeuten – zu dem, was es ist: ein Beweis von Mut. Es liegt an uns, diese Haltung als unabdingbar für den Erhalt des Lebens, des Landes und des eigenen Erbes zu erachten.

Der radikale Pragmatismus verfügt über einige Grundsätze: Israel wird bleiben; es wird nicht ausgelöscht werden. Es kann sogar ein hilfreicher Partner sein in einer Zukunft, die einen palästinensischen Staat einschliesst. Man kann nicht für Palästina sein und gleichzeitig für die Hamas. Die Jahre von Oslo waren nur ein kurzes Kapitel im Streben nach Frieden, und die Palästinensische Autonomiebehörde verkörpert nicht das volle Potenzial von Gewaltlosigkeit und Versöhnung als politische Strategie. Das Projekt einer palästinensischen Nation muss den Aufbau eines Staates umfassen, der Arbeitsplätze, Stolz und Zukunftsperspektiven für unser Volk schafft – nicht Raketen, Tunnel, islamistische Unterdrückung oder Korruption.

Ich habe im Laufe der Jahre mit Tausenden von Palästinensern gesprochen, die wie ich an die Realisierbarkeit eines pragmatischen Weges zum Frieden glauben. Extremisten auf beiden Seiten ignorieren oder unterdrücken solche Stimmen und vertreten im Gegenzug enge Interessen mit maximalistischer Rhetorik. Die Diaspora sollte nicht zum Lautsprecher für ihre Positionen werden.

Während die Palästinenser in Gaza und im Westjordanland mit den harten Realitäten ihres täglichen Lebens zu kämpfen haben, sollten ihre Landsleute im Ausland eine neue palästinensische Erzählung vorantreiben – eine, die jüdische Israeli zu unseren wichtigsten Verbündeten macht bei der Lösung dieses Konflikts und bei der Gestaltung einer blühenden und sicheren Zukunft für unsere beiden Völker. Das ist nicht nur Thema einer Rede, es ist eine Notwendigkeit für das Überleben und die Selbstbestimmung der Palästinenser.

Ahmed Fouad al-Khatib wurde in Gaza-Stadt geboren und ist Resident Senior Fellow beim Think-Tank Atlantic Council. Der Artikel erschien ursprünglich im Magazin «The Atlantic». – Aus dem Amerikanischen von mml.

Veranstaltungen

OPER THEATER KONZERT

Werben auch Sie hier für Ihre Veranstaltung:
kulturmagnet.live

OPERNHAUS ZÜRICH

044 268 66 66, opernhaus.ch
Di 08. Apr. 19.00, Opernhaus
Autographs
 Choreografien von Crystal Pite, Wayne McGregor und Wiliam Forsythe
Fr 11. Apr. 19.00, Opernhaus
Das grosse Feuer
 Oper von Beat Furrer
Sa 12. Apr. 19.00, Opernhaus
Autographs
 Choreografien von Crystal Pite, Wayne

McGregor und Wiliam Forsythe

THEATER

SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH

044 268 77 77, schauspielhaus.ch
Mo 07. Apr. 20.00, Pfauen. **Die schmutzigen Hände**
Di 08. Apr. 19.00, Schiffbau-Box. **Unboxing**
Mi 09. Apr. 19.00, Pfauen, **Premiere**
Robin Hood. 20.00, Schiffbau-Matchbox
Halluzinationen

Do 10. Apr. 19.00, Pfauen. **Die schmutzigen Hände.** 19.00, Schiffbau-Box. **Unboxing**

KONZERT

TONHALLE-ORCHESTER ZÜRICH

044 206 34 34, tonhalle-orchester.ch, Tonhalle Zürich
Mo 07. Apr. 19.30, TZ
Série jeunes Andrea Cicalese, Violine; Yekwon Sunwoo, Klavier
 Mozart, Dvořák, Francko
Sa 12. / So 13. Apr. Sa 18.30/So 17.00, TZ
Giovanni Antonini Leitung

Isabelle Faust Violine
 Gluck, Mozart, Schubert
Do 17. / Fr 18. Apr. Do 19.30/Fr 16.00, TZ
Der Gemischte Chor Zürich
 Joachim Krause, Leitung; Junge Stimmen des Konservatoriums Winterthur; Gesangssolist*innen
 Bach «Matthäuspassion»
Sa 19. Apr. 18.00, TZ
Collegium Vocale Gent Philippe Herreweghe, Leitung; Gesangssolist*innen
 Bach «Johannespassion»

NEUE KONZERTREIHE ZÜRICH & TOZ

Tonhalle-Billettkasse Tel. 044 206 34 34, hochul-konzert.ch
Karsamstag 19. April. 18.00, Tonhalle
J.S. Bach · Johannes-Passion
 Collegium Vocale Gent
 Philippe Herreweghe, Leitung

LUZERNER SINFONIEORCHESTER

041 226 05 15 / sinfonieorchester.ch
Mi 09. & Do 10. Apr. 19.30 KKL Luzern
Rudolf Buchbinder spielt Brahms

Sa 26. Apr. 19.30, KKL Luzern
Rezital Khatia Buniatishvili: Chopin, Schubert u.a.

DER GEMISCHTE CHOR ZÜRICH

gemischter-chor.ch
Do 17. Apr. 19.30 / **Fr 18. Apr.** 16.00, Tonhalle Zürich. **J. S. Bach: Matthäus-Passion**
 Sophie Klussmann, Marie-Claude Chappuis, Manuel Günther, Benjamin Glaubitz, Tobias Schabel, Simon Robinson; Junge Stimmen Konservatorium Winterthur; Tonhalle-Orchester, Leitung: Joachim Krause, Tel. 044 206 34 34

SWISS CHAMBER CONCERTS
 Dienstag, 8. April 2025
 19.30 Uhr
 Helferei Grossmünster, Zürich

ECHO HOLLIGER

MOZART, MARTIN, HOLLIGER UA, HUBER EA

SWISS CHAMBER SOLOISTS:
 Juliane Banse Sopran / Conrad Steinmann Blockflöte
 Felix Renggli Flöte / Heinz Holliger Oboe
 Irene Abrigo Violine / Jürg Dähler Violine und Viola
 Daniel Haefliger Violoncello / Anton Kernjak Klavier

INFO: www.swisschamberconcerts.ch
 KARTEN: zurich@swisschamberconcerts.ch
 KASSE: ab 18.30 Uhr

NZZ Shop

shop@nzz.ch
 +41 44 258 13 83

Charmante Serviettenringe für die Ostertafel.

Unsere heimische Vogelwelt verfügt über einen schier unermesslichen Artenreichtum. Auf den ersten Blick unterscheiden kann man sie meist vor allem anhand ihres mehr oder weniger prächtig und farbenreich gestalteten Federkleids. Die Vögel werden aus Lindenholz in exakt ausgeführter Handarbeit geschnitzt, mit umweltfreundlichen Farben handbemalt, damit die ganze Familie lernen kann, wie man diese treuen Gartenbesucher erkennt.

Blaumeise, Feldsperling, Rotkehlchen, Kaninchen, Katze, aus Lindenholz, Masse: 6,7 x 2,5 x 11,4 cm (H x B x L), *Wildlife Garden*.
 Preis: je CHF 12.-* / CHF 15.-

*Sonderpreise für Abonentinnen und Abonnenten

NZZ Reisen

Mähren - auf den Spuren der Fürsten von Liechtenstein

Buchung und Information:
 +41 41 418 65 82
thomas.marti@arcatour.ch, reisen.nzz.ch

Reisepartner:
 Arcatour

Datum:
 23. bis 27. Juni 2025

Teilnehmer/innen:
 mind. 16, max. 22 Personen

Preis:
 ab Fr. 4980.-
 (EZ-Zuschlag Fr. 330.-)

Die fürstliche Familie von Liechtenstein, Mitglied des europäischen Hochadels, zeichnet sich seit Jahrhunderten als Mäzene und Liebhaber der bildenden Kunst aus. Ihre Schlösser Valtice und Lednice sind Weltkulturerbe und Erinnerung an einen raffinierten, kunstsinigen Lebensstil. Auf dieser Reise besuchen Sie Zeugen, die mit der Familiengeschichte in Verbindung stehen, wie die Kunstsammlungen des fürstlichen Hauses in Wien.

- Highlights:**
- Private Konzerte: Klassik, Sakral, Folklore im besonderen Ambiente
 - Dinner in der romantischen Hansenburg
 - Begegnung mit gräflicher Familie im Schloss Loosdorf
 - Fürstliche Kunstsammlungen in prunkvollen Räumen



Einige horten, andere warten ab

Amerikas KMU und Konsumenten macht die Unsicherheit zu schaffen, die Trumps Handelsstrategie mit sich bringt

ANDRÉ MÜLLER, NEW YORK

Die amerikanischen Konsumenten sind die Helden, die seit Jahren die Weltwirtschaft am Laufen halten. Wie es ihnen nach Trumps Zollfuriosio geht, weiss aber niemand so richtig. Seit Monaten äussern sie sich in Umfragen sehr pessimistisch zur Zukunft: Die Inflation werde stark ansteigen, das Wirtschaftswachstum sinken. Gleichzeitig haben sie im Schnitt nicht zurückgesteckt, sondern einfach weiter konsumiert.

«Im Schnitt» ist die entscheidende Einschränkung: Die reichsten zehn Prozent der Amerikaner, die wertmässig fast die Hälfte des Konsums bestreiten, kauften seit Trumps Amtsantritt weiter fleissig ein, weil ihre Aktienportfolios noch immer deutlich im Plus waren und sie sich reicher fühlten. Mit dem jetzigen Einbruch am Aktienmarkt kann sich das aber rasch ändern.

Allerorts Ausverkauf

Die neueste Zollrunde bringt aber ein anderes Phänomen hervor: Es wird gehortet. «Diese Einkaufswagen sind voll bis unter den Rand, und das mitten an einem Donnerstag», sagte eine CNBC-Reporterin, die sich vor einem grossen Walmart und einem Costco in Teterboro, einer Agglomerationsgemeinde ausserhalb von New York, in Stellung gebracht hatte.

Viele Amerikaner rechneten schon länger damit, dass sie bald Hamsterkäufe tätigen würden. In einer aussergewöhnlich grossen, von drei amerikanischen Universitäten durchgeführten Umfrage um den Jahreswechsel sagten 43 Prozent der befragten Konsumenten, dass sie wahrscheinlich Güter auf Vorrat kaufen und horten würden, um Zöllen zuvorzukommen. Die Befragung fand noch vor Trumps Amtsantritt statt – als die Wall Street mit einem milden, verhandlungswilligen Präsidenten rechnete.

Viele Konsumenten erwarteten aber damals schon hohe Zollsätze von 50 Prozent gegen China. Jetzt, da sich diese Furcht bestätigt hat, handeln sie. In San Francisco berichten Apple-Verkäufer, dass sich die Kunden rasch noch ein iPhone sichern wollten, bevor der Zollhammer falle. Apple selbst hat zwar noch nicht gesagt, ob und wie stark es seine Preise wegen der Zölle erhöhen wird. Aber die Kunden rechnen. Die wertvollsten Komponenten des Smartphones werden allesamt in asiatischen Ländern hergestellt, die hohe Strafzölle auferlegt bekommen haben.



Normalerweise warten die Amerikaner auf den Black Friday im November, um im grossen Stil Fernseher und Smartphones zu kaufen. Jetzt wollen viele Konsumenten den Zöllen zuvorkommen.

CHARLIE RIEDEL / AP

Apple würde nach Einschätzung von Branchenanalysten selbst im besten Fall mehrere Jahre brauchen, um seine Lieferkette in den USA neu aufzubauen. Die Produkte würden zudem viel teurer, wenn Apple sein iPhone von Amerikanern zusammenbauen liesse statt von chinesischen oder indischen Arbeitern.

Frühe Torschlusspanik kam bereits bei Autokäufern auf, denn der Import von Fahrzeugen wird schon seit dem 3. April mit Zöllen von 25 Prozent bestraft. Autohändler im ganzen Land berichteten im März von Ausverkaufsstimmung. David Idell, der Geschäftsführer von Sunset Honda, einem Autohändler in der kalifornischen Kleinstadt San Luis Obispo, sagte dem Lokalsender KSBY News, dass man die Hälfte der März-Verkäufe in den letzten zehn Tagen des Monats abgewickelt habe. Auch auf der Website zählte er 50 Prozent mehr Besucher als üblich.

Der Ausverkauf führt zu zwei Effekten: Erstens wird das amerikanische Handelsbilanzdefizit gegenüber manchen Ländern vorübergehend noch grösser ausfallen als bisher. Zweitens

vermitteln die hohen Verkaufszahlen die falsche Sicherheit, dass die Konsumenten trotz Zöllen weiter munter einkaufen. Aber wer sich im März ein Auto zulegt, wird sich im Mai nicht noch eines besorgen. Es ist daher zu erwarten, dass die Verkaufszahlen für diese gehorteten Güter in den kommenden Monaten erst recht einbrechen werden.

Ringeln um die richtige Strategie

Für Grossunternehmen wie Apple oder Nike, die im Ausland produzieren, ist die Situation schwierig genug. Aber immerhin beschäftigen sie zahlreiche Lieferketten-Experten, die jetzt nach Lösungen suchen können.

Amerikas KMU sind der präzedenzlosen Zollstrategie von Trump noch stärker ausgeliefert. Viele verharrten schon vor dem 2. April im Wartemodus, weil sie nicht wussten, wie Trumps Endspiel im Handelsstreit aussehen würde. Gegenüber Kanada und Mexiko wurden seit Ende Januar Zölle mehrfach angebrochen, aufgeschoben, doch noch einge-

führt und nach einem Tag zumindest teilweise wieder aufgehoben.

Die amerikanischen Medien berichteten ausführlich über die unglücklichen Unternehmer, deren Ladung aus Mexiko wegen einer Verzögerung genau an jenem Tag die Grenze passierte, als Anfang März vorübergehend Zölle von 25 Prozent auf alles anfielen.

Noch schwieriger ist die Situation für amerikanische KMU, die auf Importe aus China angewiesen sind und jetzt mit Zöllen von über 50 Prozent konfrontiert sind. Diese Geschäfte ringeln seit Monaten um die richtige Strategie, manche Firmen versuchten, sich neue Lieferanten ausserhalb Chinas aufzubauen – selbst in normalen Zeiten ein schwieriges Unterfangen. Kleinunternehmer können nicht einfach so nach Asien fliegen, um Lieferanten zu treffen.

Manche hatten dieselbe Strategie angewandt wie die grossen Schuhhersteller und setzten auf Vietnam oder Indonesien; Länder, die bereits dabei waren, China als globale Werkbank abzulösen. Jetzt werden auch sie von hohen Import-

abgaben getroffen. Andere KMU gehen gleich vor wie die Konsumenten: Man macht im Ausland noch einen letzten fast zollfreien Grosseinkauf und zehrt möglichst lange davon.

Greg Shugar, Eigentümer des Fliegen-Produzenten Beau Ties, hat Ende 2024 dreimal so viel Seide aus China bestellt wie üblich: schwarze Stoffe für Fliegen, die zum Smoking passten, dazu viel Rot und Marineblau, erzählt er dem «Wall Street Journal». Shugars Firma stellt die Fliegen selbst in einer Fabrik im kleinen nördlichen Gliedstaat Vermont her – und gehört damit zu jener produzierenden Industrie, die Trump fördern möchte. Shugar sagt, er sei so zwar den Zöllen zuvorgekommen, doch habe die Lieferung sehr viel Kapital gebunden, das er jetzt nicht ins Wachstum investieren könne.

Die Hoffnung ist noch intakt

Diese Klagen, die nun geteilt werden, vermitteln natürlich ein verzerrtes Bild; Unternehmer, denen es gut geht, melden sich kaum bei den Medien. Viele haben im Herbst Donald Trump gewählt, weil sie seine Strategie unterstützen, den Staat zu verkleinern, die Steuern zu senken und unnötige Regeln abzubauen. Diese machen den kleinsten Unternehmen besonders zu schaffen. Die Hoffnung auf diese Schritte ist immer noch intakt.

In der vielbeachteten monatlichen Umfrage der National Federation of Independent Business, eines KMU-Verbands, zeigten sich die Unternehmer im Februar noch immer ziemlich optimistisch zur Zukunft, vermeldeten aber bereits rekordhohe Unsicherheit. Und seit Februar ist die Lage nicht übersichtlicher geworden.

Trump hat das Messer auch bei der Small Business Administration (SBA) angesetzt, einer Behörde, die KMU mit günstigen Krediten und technischem Rat unterstützt und den Firmen auch nach Naturkatastrophen unkompliziert hilft. Die SBA verliert jetzt zwei Fünftel ihrer Belegschaft. Trump hat zudem eine Regel aus der Biden-Zeit aufgehoben, wonach der amerikanische Bundesstaat bis zu 15 Prozent seiner Aufträge an KMU vergibt. Firmenchefs, die einer Minderheit angehören oder aus armen Verhältnissen stammen, profitierten besonders vom Programm.

Von einem präzedenzlosen Moment spricht Natalie Madeira Cofield gegenüber der «New York Times». Ihre Organisation, die Association for Enterprise Opportunity, unterstützt Kleinunternehmen. «Für KMU-Eigentümer fühlt es sich wie ein Tornado an.»

Trump erschlägt Lesotho mit der Zollkeule

Ausgerechnet eines der ärmsten Länder der Welt wird mit dem höchsten Tarif bestraft

SAMUEL MISTELI

«Niemand hat je von diesem Land gehört», sagte der amerikanische Präsident vor wenigen Wochen. Das Thema waren nicht Zölle, sondern die amerikanische Entwicklungshilfe, die Trump gestoppt hatte, weil sie angeblich Unsummen an amerikanischen Steuergeldern verschwendete. Zum Beispiel in Ländern wie dem afrikanischen Kleinstaat Lesotho, in den Augen Donald Trumps offenbar ein schwarzes Loch, das Dollar-milliarden verschlingt.

Am vergangenen Donnerstag hantierte Trump dann im Rosengarten des Weissen Hauses mit einer grossen Tafel, auf der rund hundert Länder aufgelistet waren, die «uns sehr schlecht behandelt haben», ja «betrogen», und deshalb mit Zöllen bestraft werden. Auf der Tafel – und das kam überraschend – stach dann ausgerechnet jenes Land hervor, von dem laut Trump noch nie jemand gehört hatte: 50 Prozent Zoll muss künftig bezahlen, wer Waren aus Lesotho in die USA einführen will. Kein anderes Land wurde so hart bestraft, nicht China, auch

nicht die Europäische Union. Im Vergleich zu Lesotho, schrieben Kommentatoren, seien die Pinguine auf den McDonald-Inseln in der Antarktis, die auch Zölle auferlegt erhalten hätten, deutlich besser davongekommen. Was war da los, weshalb ausgerechnet Lesotho?

Bedenkliche HIV-Raten

Ein wenig Allgemeinbildung: Lesotho hat drei Viertel der Fläche der Schweiz und etwas mehr als zwei Millionen Einwohner, es ist vollständig umschlossen von Südafrika. Lesotho liegt in einer spektakulären Gebirgslandschaft, komplett auf über 1000 Metern über Meer, wird deshalb – und wegen seiner monarchischen Staatsform – «Königreich im Himmel» genannt. Lesotho hat das höchstgelegene Skigebiet in Afrika, aber auch eine der höchsten HIV-Raten und die weltweit höchste Suizidrate. Es ist eines der ärmsten Länder der Welt.

Und dieses Land hat die 340-mal grösseren USA so schlecht behandelt, dass es höhere Zölle bezahlen muss als jedes andere Land? Zölle nota-

bene, die seine Wirtschaft in den Ruin treiben könnten?

Man muss sich die Struktur der Wirtschaft von Lesotho anschauen. Der grösste private Arbeitgeber in Lesotho sind Textilfabriken, die mehr als 30 000 Arbeiter beschäftigen, die meisten von ihnen Frauen. Sie stellen ein Produkt her, das amerikanischer kaum sein könnte: Jeans, für legendäre Marken wie Levi's und Wrangler. 2024 exportierte Lesotho Waren im Wert von 237 Millionen Dollar in die USA, das war mehr als ein Zehntel seines BIP. Drei Viertel der Exporte in die USA waren Textilien.

Lesothos Textilsektor war eine Erfolgsgeschichte, entstanden in einer Zeit, in der die USA Entwicklungsländern noch gepredigt hatten, sie würden durch Handel Wohlstand erlangen. 2000 verabschiedete die Regierung des damaligen Präsidenten Bill Clinton die African Growth and Opportunity Act. Sie gewährte schliesslich mehr als 30 afrikanischen Ländern zollfreien Zugang für fast 2000 Produkte auf dem amerikanischen Markt. Lesotho zeigte, wie sich mit Frei-

handel Entwicklung fördern lässt – bis es nun abgestraft wurde vom selben Land, dessen Lehren es befolgt hatte.

Lesothos Verhängnis war die Formel, die Trumps Wirtschaftsteam für die Berechnung der Zölle verwendet hat – und die etwa der renommierte Wirtschaftshistoriker Adam Tooze als «idiotisch» bezeichnet hat. Die Formel bestraft arme Länder am härtesten, die einen grossen Handelsüberschuss gegenüber den USA haben. Lesotho zum Beispiel importierte 2024 amerikanische Güter im Wert von nur 2,8 Millionen Dollar. Das liegt daran, dass es sich die allermeisten Bewohner Lesothos schlicht nicht leisten können, iPhones, Teslas oder Boeing-Jets zu kaufen.

Ausweichen auf China

Die Trump-Zölle trafen denn eine Reihe armer Länder besonders hart, in Südostasien zum Beispiel und viele in Afrika. Madagaskar wird mit einem Zoll von 47 Prozent bestraft, Mauritius mit 40 Prozent, Botswana mit 37. Für Lesotho sind die Zölle existenzbedrohend.

«Dies ist ein niederschmetternder Tag für uns», sagt Teboho Kobeli, der Gründer des Kleidungsherstellers Afri-Expo Textiles, der BBC. Dem Land drohen Fabrikschliessungen und die Entlassung von Tausenden von Arbeiterinnen. «Der 50-Prozent-Zoll wird den Textilsektor töten und damit das ganze Land», sagte Thabo Qhesi, ein Wirtschaftsanalyst in Lesothos Hauptstadt Maseru, der Nachrichtenagentur Reuters.

Lesothos Handelsminister Mokhethi Shellele hat angekündigt, eine Delegation nach Washington zu schicken, um das Gespräch mit der amerikanischen Regierung zu suchen. Er spricht auch davon, die Handelsbeziehungen diversifizieren zu wollen. Zum Beispiel mit anderen afrikanischen Ländern oder mit China. Dieses verfolgt gegenüber Afrika eine den USA entgegengesetzte Handelspolitik. Im Dezember hat es Importzölle für Produkte aus 33 afrikanischen Ländern aufgehoben. Bereits jetzt ist China für die meisten afrikanischen Länder der wichtigere Handelspartner als die USA – Lesotho war eine der wenigen Ausnahmen.

«Ich kann nicht sterben, ich habe zwei Kinder»

Ashley aus South Carolina hat mit Abnehmspritzen 50 Kilogramm verloren. Wenige Kilometer von ihrem Haus entfernt produziert die Schweizer Firma SHL Medical die Autoinjektoren für das Wundermittel

ISABELLE WACHTER (TEXT),
ELIZABETH BICK (BILDER), CHARLESTON

Ashley steht in der Küche und bereitet eine Snack-Platte vor: Cracker, Käse, Salami, Tomaten, Oliven, Limonade. «Help yourself», sagt sie dem Besuch. Sie trägt ein rotes Kleid mit Blumenprint, passend zur Jahreszeit. In Charleston, wo sie mit ihrem Mann und ihren zwei Kindern in einer Vorstadtsiedlung lebt, hält der Frühling Einzug. Rund um ihr Haus blühen Gyzinien. Sie hat ein paar der lilafarbenen Blumen gepflückt und in einer Vase drapiert, die auf dem Tisch steht. «Wunderschön, nicht?» Sie selbst wird nichts vom Apéro essen. Seit sie sich einmal wöchentlich eine Abnehmspritze injiziert, hat sie kaum noch Hunger.

Zepbound, Wegovy und Saxenda heissen diese Medikamente. Sie verlängern das Sättigungsgefühl und beeinflussen die Regulation des Appetits im Hirn. Bis zu 20 Prozent des Körpergewichts kann man mit diesen Medikamenten abspecken. In South Carolina, wo knapp 40 Prozent der Bevölkerung stark übergewichtig ist, ist die Nachfrage nach diesen Medikamenten besonders hoch.

Ashley, 38 Jahre alt, begann mit der Behandlung letzten Sommer. Damals wog sie 122 Kilogramm bei einer Körpergröße von 1,58 Metern. Seither hat sie 50 Kilogramm abgenommen. «Ich musste etwas ändern, sonst hätte ich irgendwann ernsthafte Gesundheitsprobleme bekommen», sagt sie.

Ashley war nicht immer übergewichtig. Sie wuchs in einer Familie auf, die sich vorbildlich ernährte. Die Eltern hatten einen grossen Garten mit Obstbäumen und Gemüse. Alkohol tranken sie aus religiösen Gründen keinen. Erst als Ashley mit 20 Jahren ihr Studium an der Universität aufnahm, kam sie mit Fast Food und Alkohol in Berührung – und begann zuzunehmen. Sie habe es aber mit gesunder Ernährung und Sport immer wieder geschafft, abzunehmen. In den letzten Jahren sei ihr das nicht mehr gelungen. Während ihren Schwangerschaften nahm sie stark zu, und in den darauffolgenden fünf Jahren kamen noch 20 Kilogramm dazu.

Verbesserte Lebensqualität

Anfang letztes Jahr diagnostizierten die Ärzte eine Schilddrüsenunterfunktion. «Sie sagten mir, dass ich es nie schaffen werde, mein Übergewicht ohne Medikamente in den Griff zu bekommen», sagt Ashley. Als sie sich kurz nach der Diagnose dann auch noch das Kreuzband bei der Gartenarbeit riss, sah sie nur noch eine Behandlung mit Abnehmspritzen als Ausweg. Sie hatte eine Operation vor sich und würde sich danach monatelang nur eingeschränkt bewegen können. Das hiess: noch mehr Kilos auf der Waage. Ashley bekam es mit der Angst zu tun. Was, wenn sie wegen ihres starken Übergewichts eine Herz-Kreislauf-Erkrankung entwickelte? «Ich habe zwei kleine Kinder, mein Sohn leidet an Autismus, ich kann nicht frühzeitig sterben», sagt Ashley.

Am Anfang der Behandlung sei ihr oft übel gewesen und Durchfall habe sie auch gehabt. Der Arzt riet ihr, die Dosis zu reduzieren. Das half – und die Kilos purzelten. Parallel zur medikamentösen Behandlung begann Ashley mit einer karnivoren Diät. Bis heute isst sie nur noch Fisch und Fleisch. Das habe ihr ein Ernährungsberater wegen ihrer Schild-

drüsenunterfunktion geraten. Dass diese Art der Ernährung umstritten ist und die meisten Ärzte davon abraten, ist sie sich bewusst. «Für mich funktioniert es bis jetzt gut», sagt sie. Ihre Lebensqualität habe sich seit dem Gewichtsverlust erheblich verbessert. «Endlich kann ich mit meinen Kindern wieder am Strand herumtollen. Davor bin ich nur noch im Liegestuhl gesessen und habe zugeguckt», sagt sie. Bei jeder noch so kleinen körperlichen Anstrengung sei sie sofort ausser Atem geraten.

Sie nimmt die Verpackung mit dem Abnehm-Medikament aus dem Kühlschrank, packt den Autoinjektor aus und setzt ihn auf ihrem Oberarm an. Sie betätigt den Auslöser. Es klickt. Sie wartet einen Moment, bis die gesamte Dosis injiziert ist, und wirft ihn dann in den Abfall. «Schon gemacht. Das hält jetzt wieder eine Woche», sagt Ashley.

Goldgräber-Stimmung

Nur 15 Kilometer von Ashleys Haus entfernt produziert die Zuger Medtech-Firma SHL Medical Autoinjektoren für Abnehmmedikamente. Ulrich Fässler ist CEO und Verwaltungsratspräsident des Unternehmens und lädt zur Eröffnung des neuen Werks. Bei der Willkommensrede sagt er: «Roger und ich haben im Jahr 2021 innerhalb von 15 Minuten entschieden, dass wir die Fabrik in den USA bereits drei Jahre früher in Betrieb nehmen werden als geplant.»

Roger ist der Schwede Roger Samuelsson, der SHL Medical 1989 in Taiwan gegründet hat. Er sitzt im Publikum und nickt zustimmend. Im Gegensatz zu allen anderen Firmenvertretern ist er sportlicher angezogen: Jackett, Jeans, Turnschuhe und farbige Socken. Laut Forbes ist Samuelsson mehrfacher Milliardär und interessiert sich für schnelle Autos. Er hat sich aus dem operativen Geschäft und der Öffentlichkeit weitestgehend zurückgezogen. Im Jahr 2018 hat er die Geschäftsleitung an seinen Freund und langjährigen Weggefährten Ulrich Fässler übergeben. Der Appenzeller hat den Firmensitz von Taiwan in den Kanton Zug verlegt.

6 Milliarden Dollar Umsatz hat die Pharmaindustrie laut Morgan Stanley allein im Jahr 2023 mit Abnehmspritzen erwirtschaftet. Bis im Jahr 2030 wird das Marktpotenzial gemäss Schätzungen bis zu 144 Milliarden Dollar betragen. Davon profitiert auch SHL Medical. In Branchenkreisen ist es ein offenes Geheimnis, dass das dänische Pharmaunternehmen Novo Nordisk, das Wegovy herstellt, zum Kundenkreis gehört.

Übergewicht ist eine Volkskrankheit, an der Millionen Menschen leiden. Noch nie hat es ein Medikament gegen eine Krankheit gegeben, von der so viele betroffen sind. Das bescherte SHL Medical in den letzten zwei Jahren Wachstumsraten im zweistelligen Bereich. Im Jahr 2020 ist das Unternehmen sogar um 60 Prozent gewachsen, was vor allem mit der Zulassung von Medikamenten wie Wegovy in den USA zu tun hatte.

Ulrich Fässler sagt: «Das Volumenwachstum, welches wir mit der Herstellung von Autoinjektoren für diese Medikamente erzielen, ist immens.» Er rechnet damit, dass Autoinjektoren für Abnehmmedikamente in den nächsten drei Jahren 40 bis 50 Prozent des Produktionsvolumens ausmachen werden und etwa 30 bis 40 Prozent des Umsatzes.

SHL Medical hat also allen Grund zum Feiern, und genau das tut man an



Ashley mit ihrem Sohn vor ihrem Haus. Um ein gutes Vorbild zu sein, hat sie sich entschieden, abzunehmen.

«Das Volumenwachstum, welches wir mit der Herstellung von Autoinjektoren für diese Medikamente erzielen, ist immens.»

Ulrich Fässler
CEO und Verwaltungsratspräsident
von SHL Medical

der Werkeröffnung in South Carolina. Zum Eventauftakt spielen drei junge Saxofonspieler die amerikanische Hymne. Hinter dem Rednerpult auf der Bühne hängt die amerikanische Flagge und die des Gliedstaates South Carolina. Der Gouverneur von South Carolina, der Bürgermeister von North Charleston und der Schweizer Generalkonsul Urs Brönnimann halten Reden, loben die Innovationskraft des Unternehmens.

Kunden, Geschäftspartner und Medienvertreter bestaunen auf der Besichtigung der Fabrik die Maschinen. Die Prozesse sind hoch automatisiert. Spritzgussmaschinen schmelzen Kunststoffgranulat und formen daraus die Bestandteile der Autoinjektoren. Roboterfinger greifen nach den Komponenten und legen sie auf Förderbänder. An der Decke der Fabrikhalle befindet sich ein Logistiksystem, das die Bestandteile der Autoinjektoren in Behältern auf Schienen ins Lager bringt und anschliessend zur Montage. 220 Millionen Dollar hat der Bau der Fabrik gekostet, und 300 Mitarbeiter arbeiten hier.

Bei aller Euphorie um die Abnehmspritzen ist es Ulrich Fässler ein Anliegen, dass Medikamente wie Wegovy als Prävention gegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen betrachtet werden. «Das sind keine Lifestyle-Medikamente, um einfach schnell abzunehmen», sagt er. Nur so könnten Krankenversicherungen davon überzeugt werden, für die Medikamente zu bezahlen.

Mit dieser Aussage spricht Fässler ein Thema an, über das in der amerikanischen Gesellschaft derzeit heftig debattiert wird. Denn anders als in der

Schweiz übernehmen in den USA viele Krankenversicherungen die Kosten für solche Medikamente selbst bei schwerem Übergewicht nicht.

Nachahmerprodukte verboten

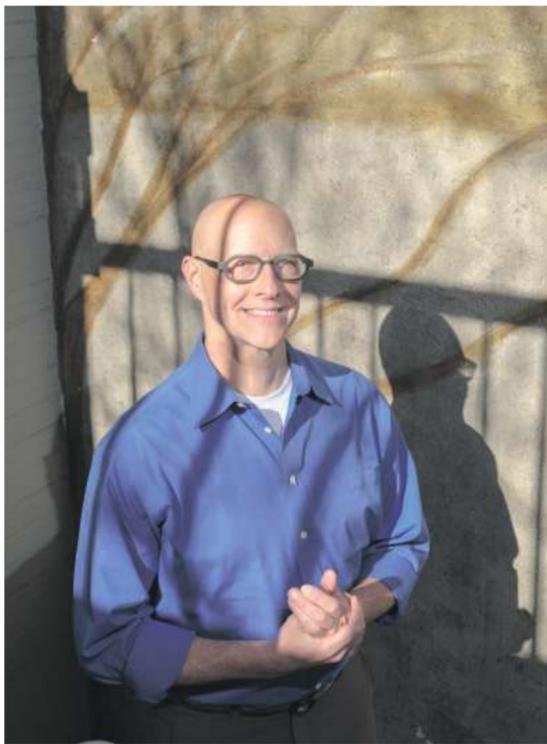
Beteiligt sich eine Versicherung an den Kosten, gibt es erhebliche Unterschiede, wie viel der Patient selbst noch aus dem eigenen Portemonnaie bezahlen muss. Ashley gehört zu den Glücklichen, die über den Arbeitgeber ihres Mannes von einer hervorragenden Versicherungsdeckung profitieren. Sie bezahlt monatlich 149 Dollar für die Mitgliedschaft bei der Telemedizin-Plattform, bei der sie die Medikamente selbst bezahlt sie nur 24.99 Dollar aus dem eigenen Sack. Ohne Versicherungsdeckung kostet Zepbound bis zu 1000 Dollar pro Monat, Wegovy sogar bis zu 1350 Dollar. Zum Vergleich: In der Schweiz bezahlen Patienten für Wegovy zirka 190 Franken pro Monat.

«Die meisten meiner Freundinnen besorgen sich in den Apotheken Nachahmerprodukte, weil sie sich die Originalpräparate nicht leisten können», sagt Ashley. Kleine Pharmahersteller oder speziell dafür lizenzierte Apotheken stellen solche Produkte her und verkaufen diese für 300 bis 500 Dollar. Das ist auch teuer, aber für den Mittelstand erschwinglich.

Die Regierung in Washington hat die Produktion von solchen Produkten im Jahr 2022 erlaubt, weil damals die Nachfrage das Angebot bei weitem überstieg. Mittlerweile haben die Pharmafirmen ihre Produktion hochgefahren und er-



Der CEO von SHL Medical, Ulrich Fässler (rechts), führt eine Gruppe von Gästen durch das neue Werk in Charleston.



Neil McDevitt sieht Abnehmspritzen als Chance im Kampf gegen Übergewicht. Eine Ernährungsumstellung brauche es aber auch.



folgreich gegen die Nachahmerprodukte lobbyiert. Kopien von Zepbound sind seit März 2025 verboten, ab April dürfen auch keine Ersatzpräparate für Wegovy mehr hergestellt werden. Die amerikanische Zulassungsbehörde für Medikamente begründet die Gesetzesänderung mit Sicherheitsbedenken. «Meine Freundinnen stocken derzeit gerade ihre Vorräte auf», sagt Ashley.

Sorgt die Regierung in Washington dafür, dass das Verbot von Nachahmerprodukten durchgesetzt wird, werden in den nächsten Monaten viele Patienten die Medikamente absetzen müssen, weil sie sich diese nicht mehr leisten können. Dann kommt es zum ultimativen Stresstest: Werden sie ihr Gewicht halten?

Verführungen lauern überall

Neil McDevitt ist Chirurg beim Novant Health Hospital und auf Magenbypass- und Magenverkleinerungsoperationen spezialisiert und betreut auch Patienten, denen Abnehmspritzen verschrieben wurden. Nach einem strengen Vormittag im OP betritt er ein Café im Stadtzentrum von Charleston, das sich zwischen opulenten Gebäuden aus der viktorianischen Ära befindet. Er sagt: «Das Gewicht zu halten, ist die grösste Herausforderung beim Abnehmen.»

Viele Menschen mit starkem Übergewicht hätten längst das Gespür verloren, zwischen wirklichem Hunger und blossen Gelüsten zu unterscheiden. Für Patienten, die Abnehmmittel einnehmen, sei es entscheidend, diese Fähigkeit wieder zu erlernen. Andernfalls drohe eine erneute

Gewichtszunahme, sobald sie die Medikamente absetzen.

Das ist gar nicht so einfach. Kulinarische Verführungen lauern überall – besonders in den Südstaaten der USA. Essen ist hier ein Kulturgut. «Charleston ist das beste Beispiel dafür», sagt McDevitt, «mit seinen unzähligen Restaurants, Cafés und Bars gilt es als Food-Mekka von South Carolina.» Die Küche ist gut, aber oft ungesund. An den Nachbartschichten im Café schlürfen junge Frauen Eistee aus Plastikbechern. In den Südstaaten geniesst man ihn gerne mit viel Zucker. Dazu gibt es Pekannuss-Kuchen. «Viele Menschen sind hier noch sehr traditionell eingestellt. Das gesellige Beisammensein mit der Familie und Freunden ist wichtig, und ein üppiges Barbecue gehört da einfach dazu», sagt McDevitt.

Doch nicht überall in South Carolina sind Lebensmittel so zahlreich vorhanden wie in der Innenstadt von Charleston. Wie in allen Südstaaten gibt es auch in South Carolina viele ländliche Gegenden, die als sogenannte Lebensmittellüsten gelten. In diesen Regionen ist die Zugänglichkeit zu frischen Lebensmitteln deutlich eingeschränkt, weil der nächste Laden mindestens 16 Kilometer entfernt liegt. Die Fahrt zur nächstgelegenen Tankstelle ist meistens kürzer. Allerdings verkauft diese vor allem Junk-Food wie Chips oder sonstige verarbeitete Lebensmittel.

«Viele Menschen haben Mühe, diese Hürden zu überwinden, die den USA eigen sind», sagt McDevitt. Manchen fehlt schlicht das Geld, um aus einer Lebensmittellüste wegzuziehen. Und trotzdem: «Ohne ausgewogene Ernährung mit Pro-

tein, Fett, Kohlenhydraten und ausreichend Bewegung wird es schwierig, nachhaltig abzunehmen – Medikamente hin oder her», sagt McDevitt.

Das Hungergefühl ist zurück

Alle seine Patienten, die Abnehmmittel nehmen, müssen regelmässig in die Sprechstunde kommen und sich von einem Ernährungsberater begleiten lassen. McDevitt empfiehlt zudem, einen Fitnesstrainer und einen Psychotherapeuten beizuziehen. Anders als in der Schweiz ist der Beizug eines Ernährungsberaters in den USA allerdings nicht vorgeschrieben. Daher befürchtet McDevitt, dass es zu Missbrauch kommen könnte. «Unseriöse Ärzte oder Gewichtsreduktionszentren könnten die Medikamente ohne Begleitmassnahmen verschreiben. Einige sind nur daran interessiert, möglichst viel und lange Geld damit zu verdienen», sagt er. Allgemein ist der Gesundheitsmarkt in den USA viel weniger stark reguliert als in der Schweiz. Pharmafirmen dürfen zum Beispiel im TV und auf Streamingplattformen für verschreibungspflichtige Medikamente werben. Das weckt bei den Menschen Begehrlichkeiten.

Aber auch Ashley ist sich bewusst, dass es keine Lösung ist, das Medikament ein Leben lang einzunehmen. Deshalb hat sie damit begonnen, die Dosis zu reduzieren. Tatsächlich hat sich ihr Hungergefühl seither wieder verstärkt. «Jetzt muss ich mich noch stärker disziplinieren.» Denn ganz am Ziel ist sie noch nicht. Gerne würde sie noch weitere zehn Kilogramm abnehmen.

Der Handelskrieg ist nicht allein schuld

Die UBS-Aktie hat bei der Börsenkorrektur besonders gelitten – die Kapitalfrage belastet die Grossbank

EFLAMM MORDRELLE

Wenn es an den Börsen bebt, leidet eine Aktie besonders: jene der UBS – der einzig verbliebenen Schweizer Grossbank. Allein in der Woche der Ankündigung der Trump-Zölle verloren die Titel mehr als 17 Prozent. Europäische Bankaktien wurden bei der Börsenkorrektur ebenfalls schwer getroffen, doch der Branchenindex Stoxx Europe 600 Banks steht im Gegensatz zur UBS seit Anfang Jahr noch im Plus.

Die UBS-Aktien hielten schon vor dem Trump-Crash nicht mit der Konkurrenz mit. Europäische Finanzaktien wie BNP Paribas, Deutsche Bank oder Santander notieren auch nach dem Börsensturz fürs Jahr noch positiv. Nicht die UBS, die Aktie hat fast ein Fünftel an Wert verloren. Sie notiert zwar noch über dem Niveau bei der CS-Rettung, doch die kräftigsten Kursavancen gehen auf die Monate nach der Übernahme im März 2023 zurück. Seit vergangenem Jahr geht es seitwärts.

Wealth Management läuft gut

Dabei ist die Bank auf eine starke Aktie angewiesen. Denn ihre Chefs sprechen gerne vom UBS-Aktienkapital als erster «Verteidigungslinie»: Sollte die Bank in Probleme geraten, sollen zuerst die Aktionäre zur Kasse gebeten werden. Doch die UBS-Aktie steht auf schwachem Fundament. Das hat nichts mit der operativen Leistung zu tun: Bei der Integration der CS macht die Bank bis jetzt keine sichtbaren Fehler, auch das Wealth Management läuft gut.

Doch die politische Diskussion überschattet die Erfolge. Die regulatorische Debatte über künftige Kapitalanforderungen und das Gezanke der UBS mit den Bundesbehörden sind allgegenwärtig und belasten die Aussichten – zumal Bankaktien als zyklische Werte schon stark von der Konjunktur abhängen und deshalb besonders schwankungsanfällig sind.

Die Zeit der Ungewissheit wird sich für die UBS nicht nur wegen Trumps chaotischer Handelspolitik dahinziehen. Eine Entscheidung über die Kapitalvorgaben ist nicht vor Ende 2027 zu erwarten, mit der Inkraftsetzung ist frühestens ab dem darauffolgenden Jahr zu rechnen. Denn die Finanzministerin Karin Keller-Sutter hat auf den Verordnungsweg verzichtet und den Gang zum Parlament gewählt: Im Mai 2025 dürfte der Bundesrat einen Gesetzesvorschlag zur Vernehmlassung vorlegen.

Das verändert die Perspektiven für Investoren. Die bisher hauptsächlich in der Schweiz geführte Debatte über die Kapitalisierung der UBS ist seit der Publikation der Jahreszahlen der Bank im Februar auch im Ausland ein Thema, und das belastet den «Investment-Case»: «Kollegen in London waren sich nicht bewusst, wie emotional die Diskussion in der Schweiz geführt wird und dass die Kapitalfrage noch gar nicht gelöst ist», sagt Michael Klien, Bankanalyst bei der ZKB.

Klien geht schon länger von der Schweizer Realität aus: Er erwartet, dass die Bundesbehörden ihre Maximalforderungen durchsetzen werden und die UBS einen zusätzlichen Kapitalbedarf von rund 20 Milliarden Franken haben wird. In diesem Szenario müssten die ausländischen Tochtergesellschaften im Stammhaus vollständig mit Kapital unterlegt werden. Die Kernkapitalquote würde von derzeit 14,3 Prozent auf über 18 Prozent klettern – die UBS wäre die mit Abstand am besten kapitalisierte internationale Grossbank.

Aktionäre bei Laune halten

Doch was Bern gefällt, ist für internationale Investoren ein Nachteil. Das wurde nach der letzten Zahlenpräsentation klar: Die Aktien gaben damals um fast 7 Prozent nach, und Analysten nahmen ihre Erwartungen betreffend Aktienrückkäufe deutlich zurück. Investoren

lieben Aktienrückkäufe und Dividenden, weil so Kapital an sie zurückfliesst.

Die UBS will dieses Jahr für 3 Milliarden Franken eigene Aktien zurückkaufen, 2 Milliarden davon macht sie aber von den Kapitalregeln abhängig, die auf sie zukommen. Eigentlich will die UBS bei den Aktienrückkäufen das Niveau von 2022 erreichen – damals kaufte sie für 5,6 Milliarden Dollar Titel zurück. Angesichts der politischen Diskussion glaubt man bei der ZKB nicht, dass das möglich sein wird.

Die Eckwerte der neuen Kapitalregeln sollten im Mai mit dem Beginn der Vernehmlassung bekannt sein. Die UBS macht derweil operativ einfach weiter, auch wenn die Kapitalfrage nicht abschliessend beantwortet ist. Sie versucht die Aktionäre, so gut es geht, bei Laune zu halten. Dabei reizt die UBS die Kapitalrückführungen nicht aus: «Sie könnte mehr ausschütten», sagt Klien.

Trotz teuren Integrationsarbeiten baut die Bank weiterhin Kapital auf und verkürzt ihre Bilanz. Aktienrückkäufe müssen laut Investoren nicht bedeuten, dass Substanz ausgehöhlt wird, sondern können auch darauf hinweisen, dass Kapital effizient eingesetzt wird. In Bern dürfte eine «effiziente Kapitalallokation» als Argument für eine tiefere Eigenkapitalquote allerdings nicht gelten.

Genügen 18 Prozent Kapital?

Doch was bedeutet eine Kapitalquote von 18 Prozent für die Aktie? Würden sich die Aktionäre abwenden und die Papiere verkaufen? Gemäss Klien könnte die UBS auch mit einer höheren Kapitalisierung in bestehender Struktur weitermachen, das würde sie jedoch im Wettbewerb benachteiligen.

Die Bank könnte dem aber mit strukturellen Massnahmen begegnen. So könnte die Veränderung der Gruppenstruktur die Situation entschärfen. Das sei aber eine komplexe Sache, sagt Klien. Konkret könnte die UBS versuchen, die Kapitalisierung der Rechtsinheiten und deren Kapitalunterlegung auf Stufe Holding zu vereinfachen, um so den Konsolidierungseffekt zu mindern. Dies könnte etwa bei einem Sitz in den USA mit einer amerikanischen Zwischenholding von Vorteil sein, schreibt der Bankexperte in einer Studie. Möglicherweise könnte ein Sitz in den USA angesichts der handelspolitischen Entwicklung unter der Regierung Trump auch weitere Vorteile bieten.

Eine strengere Regulierung in der Schweiz wäre für die UBS ein Wettbewerbsnachteil, vor allem hinsichtlich der amerikanischen Banken. Und diese könnte sich in einer geringeren Bewertung der UBS-Aktien, also auch in einem tieferen Aktienkurs spiegeln. Der gegenwärtige Börsenwert der UBS von rund 80 Milliarden Franken könnte weiter zurückgehen, was die Bank als Übernahmekandidatin potenziell attraktiv macht.

Günstigere Bewertung

Nach den jüngsten Kursverlusten ist die UBS-Aktie nur noch mit einem Kursbuchwert-Verhältnis von 1 bewertet – das macht sie 30 Prozent günstiger als vergleichbare Konkurrenten. Dabei müsse man die UBS gemäss Klien nicht nur mit Universalbanken vergleichen, sondern insbesondere mit globalen Wealth-Managern wie Julius Bär oder Morgan Stanley. Diese sind derzeit um 50 beziehungsweise 70 Prozent höher bewertet.

Um wieder zur Konkurrenz aufzuschliessen, ist es für die UBS also ein weiter Weg. Dass es möglicherweise erst Ende 2027 Klarheit über die Kapitalfrage geben wird, ist einerseits negativ: «Investoren mögen keine Unsicherheit», sagt Klien. Andererseits könne eine längere Aushandlungsfrist auch ein Vorteil sein, da sie zu mehr Verständnis für die Position der Bank führen könnte. Die Lobbying-Bemühungen der UBS dürften also noch lange nicht am Ende sein.

ANALYSE DES SWISS-PERFORMANCE-INDEXES (SPI)

SPI: -9.06% zum 28.03.

Main table containing performance data for various Swiss companies, including columns for 52 weeks, Schluss, %, and KGV. The table is split into two columns for readability.

NICHTKOTIERTE AKTIEN

Table listing non-listed companies with columns for Geld, Brief, and company names like Acrevis, Alpha Rheintal Bank, etc.

IMMOBILIEN-ANLAGEFONDS

Table listing real estate investment funds with columns for 52 Wochen, Vol. in Stück, Schluss, and %.

OTC-X INDIZES

Table listing OTC-X indices with columns for 52 Wochen, Schluss, and %.

Trump legt sich mit Temu an

Der US-Präsident schliesst ein Schlupfloch, von dem Händler aus China profitieren – und stellt damit deren Geschäftsmodell infrage

JANIQUE WEDER

Wer sich bei Temu schon einmal durch das Angebot geklickt hat, weiss: Es ist lächerlich billig. Zudem liefern die Chinesen die Bestellung direkt und zügig an die eigene Haustüre. So geht «made in China» heute. Damit ist es nun vorbei, zumindest für die amerikanischen Kundinnen und Kunden. Und der Spielverderber heisst einmal mehr Donald Trump.

Die Meldung ging in seiner Zolltirade beinahe unter. Doch ganz nebenbei hat Präsident Trump am Mittwoch eine Verordnung unterschrieben, die eine jahrzehntealte Regelung aufhebt: die sogenannte De-minimis-Klausel. Sie diente den chinesischen Billigshops bisher als Schlupfloch, weil sie ihnen erlaubte, Waren bis zu einem Wert von 800 Dollar zollfrei in die USA zu schicken. Ab dem 2. Mai ist damit Schluss.

Künftig fallen auf sämtliche Lieferungen aus China und Hongkong mindestens 30 Prozent Zoll oder pauschal 25 Dollar pro Artikel an. Per Juni soll der Pauschalsatz auf 50 Dollar pro Artikel steigen. Wann der Zoll den Prozentsatz und wann er einen Fixbetrag verrechnen wird, bleibt offen. Das Weisse Haus schreibt dazu in seiner Mitteilung nichts.

Was klingt wie ein bürokratisches Detail, ist in Wirklichkeit ein Angriff auf das Geschäftsmodell von Plattformen wie Temu oder dem Billigmode-Hersteller Shein. Sie leben davon, ihre Produkte

in Unmengen von Einzelsendungen in die Welt zu schicken. Ökologisch ist das ein Irrsinn, preispolitisch ziemlich clever. Nirgends ist Einkaufen derzeit günstiger als in den chinesischen Onlineshops.

Die Konsumenten haben das natürlich längst kapiert, allen voran die Amerikaner. Im Jahr 2024 wurden 1,4 Milliarden Pakete in die USA geschickt, die unter die 800-Dollar-Grenze fielen. 60 Prozent davon stammten aus China. Nach Trumps Erlass dürfte sich dieses Verhältnis verändern. Was Temu und Shein davon halten, war nicht zu erfahren. Bei ihren Pressestellen hiess es einzig: kein Kommentar.

Plattformen passen Strategie an

Der niederländische China-Experte Ed Sander. Er sagt: «Wir sind in eine neue Ära eingetreten, in der China nicht mehr von den alten Gesetzen profitiert.» Sander, der als Analyst für das Medienunternehmen Tech Buzz China arbeitet, begleitet Temu seit dessen Start im Jahr 2022. Seither habe sich gezeigt, dass das Unternehmen «unglaublich wandlungsfähig» sei, sagt Sander. Trotzdem sei klar: «Die Preise für die Konsumenten werden steigen.»

Wie sich das auf die Nachfrage auswirkt, ist unklar. Temu hat aber bereits seine Umsatzprognose für 2025 von 100 auf 80 Milliarden Dollar gesenkt. Auch der Zeitpunkt, ab dem Temu in Nordamerika keine Verluste mehr schreibt, verschiebt sich laut Sander von 2025 auf 2026.

Doch das Unternehmen ist daran, seine Strategie anzupassen. Derzeit baut es seine Logistik um: Statt jedes Paket einzeln zu verschicken, setzt Temu vermehrt auf Lagerhäuser in den jeweiligen Ländern. Dafür werden die Waren gebündelt aus China importiert und erst am definitiven Standort auf einzelne Pakete verteilt. Zwar fallen auch nach diesem Prinzip beim Import der Waren Zölle an. Für Sander spielt das aber eine untergeordnete Rolle. Denn die Amerikaner kaufen bei Temu im Schnitt für 43 Dollar, bei Shein für 80 Dollar ein. «Temu bleibt günstiger als viele andere Anbieter.»

Entscheidender sei, dass die zusätzliche Zeit, die der Zoll für die Abfertigung der Waren brauche, durch kürzere Distanzen am Ende der Lieferkette kompensiert werde. Laut dem Weissen Haus winkt der amerikanische Zoll täglich mehr als 4 Millionen De-minimis-Sendungen durch. Unter der neuen Regelung müssten diese theoretisch alle kontrolliert werden.

Einen anderen Weg geht Shein: Der Hersteller von Ultra-Fast Fashion verlagert derzeit Teile seiner Produktion nach Vietnam, Brasilien und in die Türkei. Auch das ist ein Weg, um unabhängig vom chinesischen Versand zu werden.

Ed Sander glaubt, dass Temu und Shein trotz den neuen Zöllen wettbewerbsfähig bleiben werden. Schliesslich wird die De-minimis-Regelung für sämtliche Einfuhren aus China abgeschafft. Betroffen sind auch amerikanische

Händler wie Etsy, Ebay und Amazon, das als Antwort auf Temu erst gerade eine Abteilung für günstige, in China hergestellte Produkte gegründet hat.

Offizieller Grund: Opioidkrise

Schon im Februar hatte Donald Trump versucht, die De-minimis-Regelung auf dem Verordnungsweg zu kippen. Er nahm die Massnahme aber rasch wieder zurück, nachdem klageworden war, dass die Zollbehörden gar nicht über die nötigen Ressourcen verfügten, um die vielen zusätzlichen Pakete zu kontrollieren. Beim zweiten Mal will er ihnen für die Vorbereitung mehr Zeit einräumen.

Glaubt man Trump, geht es ihm sowieso um eine andere Sache. Offiziell will er mit der Verordnung nämlich die Opioidkrise in den USA bekämpfen. Angeblich nutzen Kriminelle aus China und anderen Ländern die Regelung zum zollfreien Versand dafür, um Rohstoffe zur Drogenherstellung in die USA zu schmuggeln. Die Belege dafür bleiben vage, Peking weist die Vorwürfe zurück.

Eingeführt wurde die De-minimis-Regelung vor fast hundert Jahren, um den Zoll zu entlasten. Waren mit einem tiefen Wert sollten zollfrei eingeführt werden können, so die Idee. Sie überzeugte auch dann noch, als der internationale Postversand aufkam. Der Freibetrag lag lange bei 200 Dollar, 2016 hob ihn der damalige Präsident Barack Obama auf 800 Dollar an.

Für Plattformen wie Alibaba oder Wish und später Temu oder Shein war das ein Geschenk. Laut einem Bericht des Congressional Research Service exportierte China im Jahr 2018 unter der De-minimis-Regelung Pakete im Wert von 5,3 Milliarden Dollar in die USA. Fünf Jahre später waren es schon 66 Milliarden.

Für den China-Experten Ed Sander stellt sich nun die Frage, ob andere Länder den USA folgen und ihre Schlupflöcher abschaffen werden. In der Schweiz liegt die Freigrenze bei Importen per Postversand bei 62 Franken. Billigere Waren sind zoll- und abgabenfrei. In Europa liegt die Grenze vielerorts bei 150 Euro. Bereits laufen Diskussionen, die Beträge herabzusetzen oder abzuschaffen. In Deutschland kommen laut Schätzungen jeden Tag 400 000 Sendungen aus China über die Grenze. Angesichts der Masse von Paketen ist ein Umdenken eine Frage der Zeit.

Die amerikanische Regierung feiert indes die Abschaffung der De-minimis-Regelung. Donald Trump sprach von einem Sieg für die «amerikanischen Arbeiter» und einem Schlag gegen «unfaire Handelspraktiken». Tatsächlich bringt seine Verordnung dem Staat neue Einnahmen. Und eine genauere Statistik: Was früher unter der 800-Dollar-Grenze durchrutschte, wird künftig offiziell erfasst. Die Ironie der Geschichte: Damit wird das Handelsbilanzdefizit mit China zunehmen. Genau das, was Trump in erster Linie bekämpfen wollte.

Aebi Schmidt hält nach Fusion am Namen fest

Barend Fruithof bleibt Konzernchef

df. · Der Hersteller von Spezialfahrzeugen Aebi Schmidt verzichtet nach dem geplanten Zusammenschluss mit dem amerikanischen Konkurrenten The Shyft Group auf einen Namenwechsel. Die fusionierte Firma soll weiterhin Aebi Schmidt heissen. An der Technologiebörse Nasdaq, an der zurzeit nur die Aktien von Shyft gehandelt werden, soll sie das Kürzel AEBI erhalten. Wie Aebi Schmidt am Freitag weiter bekanntgab, erwirtschafteten die beiden Unternehmen 2024 zusammen pro forma einen Umsatz von 1,9 Milliarden Dollar. Der um Sonderposten bereinigte Betriebs-Cashflow (Ebitda) erreichte 148 Millionen Dollar.

Finanzchef bekannt

In der Geschäftsleitung der fusionierten Gruppe soll neu Marco Portmann als Finanzchef Einsitz nehmen. Portmann schied im vergangenen Juni aus der Konzernführung des Stahlherstellers Swiss Steel aus, nachdem er diesen Posten erst seit April 2022 bekleidet hatte. Ebenfalls im vergangenen Jahr demissionierte bei Swiss Steel Barend Fruithof als Verwaltungsratsmit-

glied. Fruithof ist Konzernchef von Aebi Schmidt und wird diese Funktion auch nach dem Zusammengehen mit Shyft wahrnehmen. Bei Swiss Steel war es zum Streit gekommen, nachdem sich der Mehrheitsaktionär des Stahlherstellers, Martin Haefner, gegen die Einsetzung Fruithofs als Verwaltungsratspräsident ausgesprochen hatte.

Spuhler gibt Präsidium ab

Dies war wiederum vom Unternehmer Peter Spuhler gefordert worden, der sich mit seinem Ansinnen aber nicht durchsetzen konnte und deshalb ankündigte, seine Beteiligung an Swiss Steel zu verkaufen. Bei Aebi Schmidt präsidiert Spuhler den Verwaltungsrat seit Jahren selbst. Er ist auch der grösste Aktionär des operativ von Zürich aus geführten Herstellers von Kehrmaschinen, Schneeräumgeräten und Landmaschinen. Nach der Fusion mit Shyft soll Spuhler nur noch als einfaches Mitglied dem Aufsichtsgremium angehören. Als Präsident ist der Amerikaner James Sharman vorgesehen, Fruithof soll zugleich als stellvertretender Präsident fungieren.

IN KÜRZE

Bundeskartellamt genehmigt Panzerprojekt

(dpa) · Dem deutsch-französischen Kampfpfanzprojekt MGCS steht nach Ansicht des deutschen Bundeskartellamts nichts im Weg. Die Entwicklung des hochmodernen Landkampfsystems durch die Firmen KNDS Deutschland, KNDS France, Rheinmetall Landsysteme und Thales SIX sei freigegeben, teilte die Behörde mit. Gegen das Vorhaben gebe es keine wettbewerblichen Bedenken. Die beteiligten Unternehmen ergänzten sich und ständen bei der Entwicklung gepanzerter Militärfahrzeuge im starken Wettbewerb mit anderen Herstellern.

Deutsche Industrie meldet stagnierende Aufträge

(dpa) · Die deutsche Industrie geht mit einem unverändert schwachen Auftragsbestand in den möglichen Zollkonflikt mit den USA. Im Februar stagnierten die Bestellungen im Vergleich zum Vormonat, wie das Statistische Bundesamt berichtet. Der von Analysten erwartete Anstieg um 3,4 Prozent ist damit ausgeblieben. Die Geschäfte verliefen aber in den einzelnen Sparten unterschiedlich. Weniger Aufträge kamen für Metallerzeugnisse, elektrische Ausrüstungen und Pharma herein. Über Auftragszuwächse konnten sich der Maschinenbau, der sonstige Fahrzeugbau (Flugzeuge, Schiffe, Züge, Militärfahrzeuge) und die Automobilindustrie freuen.

ANZEIGE



BIG BANG 20TH ANNIVERSARY
TITANIUM CERAMIC
THEY'LL
NEVER NEVER
SEE IT
COMING

H
U
B
L
O
T

NZZ

Reisen

Oman – zwischen Wüste, Oasen und Traumstränden

Buchung und Information:

+41 61 308 33 05

cotravel@cotravel.ch, reisen.nzz.ch



Reisepartner:

cotravel

Datum:

2. bis 14. November 2025

Teilnehmer/innen:

mind. 15, max. 25 Personen

Preis: Fr. 9950.– (EZ-Zuschlag Fr. 2100.–)

Ihre Begleitung:

Helene Aecherli



Die Journalistin, Wissenschaftskommunikatorin und Moderatorin berichtet seit Jahren über gesellschaftspolitische Entwicklungen im Nahen Osten, unter anderem auch für die NZZ. 2019 wählte sie das Branchenmagazin «Schweizer Journalist» zur Reporterin des Jahres.

Der märchenhafte Golfstaat besticht mit seiner ruhmvollen Vergangenheit. NZZ-Korrespondentin Helene Aecherli's Kontakte zeichnen für Sie derweil ein frisches Bild des Fortschritts. Omans Facetten spiegeln sich in den vielfältigen Begegnungen und Gesprächen während Ihrer Reise. Auf einer Route, die von modernen Wüstenstädten über abgelegene Oasendörfer, schroffe Gebirgszüge, abendliche Dünenlandschaften bis hin zu Traumstränden reicht.

Omanis erzählen

Nichts lässt ein besseres Gespür entstehen für die Realitäten eines Landes als der Austausch mit Leuten. Am Mittagstisch einer Familie in Maskat, auf einer abgegangenen Farm im Hajar-Gebirge, in der Werft, wo in mühsamer Handarbeit die letzten hölzernen Dhaus hergestellt werden, oder in der Kargheit der Wüste – dank Helene Aecherli lernen Sie ganz unterschiedliche Menschen kennen, die von ihrem Leben und ihren Hoffnungen berichten.

Landschaftliches Potpourri

Auf dem östlichen Zipfel der Arabischen Halbinsel warten orientalische Szenerien, die wie aus Märchen-erzählungen anmuten. Spektakuläre Strassenzüge führen in eine monumentale Bergwelt, deren Trockenheit gespickt ist mit üppig grünen Oasen. Süsswasserbecken verleihen den urchigen Wadi-Felsformationen strahlende Farbtupfer, Dünen leuchten intensiv im Abendrot, und die Sandstrände des Südens sind ein weisser Traum.

Glorreiche Historie

Das Sultanat blickt auf Epochen des Ruhmes zurück, beschert durch den Handel mit luftgetrocknetem Gummiharz der Boswellia-Bäume. Während antike Hochkulturen und das christliche Abendland nach Weihrauch verlangten, wuchs die Bedeutung Omans als Startpunkt der Weihrauchstrasse. In der Dhofar-Region entdecken Sie Spuren der einstigen Wirtschaftsmacht an archäologischen Stätten des Unesco-Weltkulturerbes.



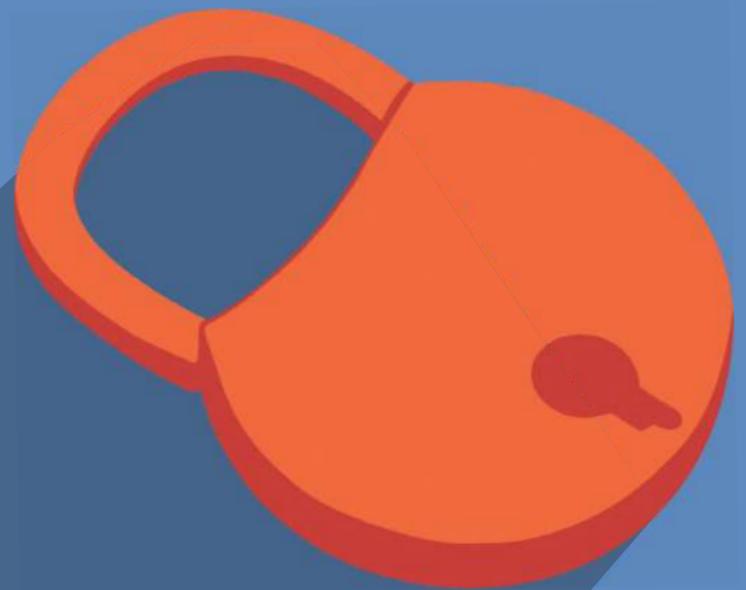
Vertrauen ist gut. Moneyhouse ist besser.

Daten zu über 730 000 Schweizer Firmen:
mit Ihrer Premium-Mitgliedschaft.

Jetzt ab 79 CHF

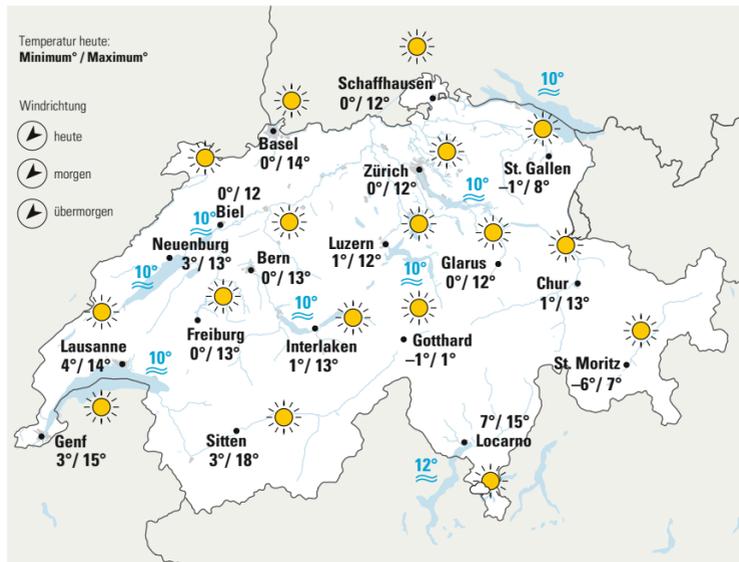


moneyhouse.ch

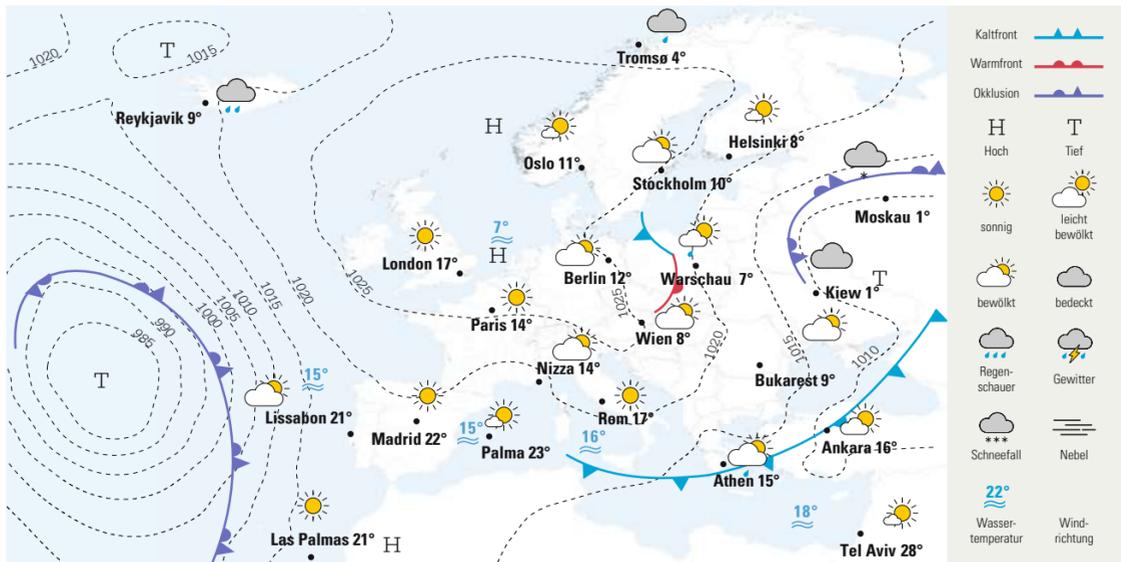


 moneyhouse

SCHWEIZ



EUROPA



DIE NÄCHSTEN VIER TAGE

Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Ostschweiz ☀️ 0° / 14°	☀️ 1° / 15°	☀️ 1° / 17°	☀️ 2° / 19°
Westschweiz ☀️ 3° / 16°	☀️ 4° / 17°	☀️ 5° / 17°	☀️ 6° / 19°
Südschweiz ☀️ 4° / 15°	☀️ 3° / 17°	☀️ 4° / 20°	☀️ 5° / 22°

Allgemeine Lage: Wie bereits in den vergangenen Tagen bleibt auch in der neuen Woche Hoch «Olivia» mit Zentrum über dem Nordmeer wetterbestimmend. An dessen Südeite schwächt sich die Bisenströmung verglichen mit gestern aber wieder ab. In den kommenden Tagen steigen die Temperaturen langsam wieder an.

Heute: Auch zum Start in die neue Woche scheint die Sonne vom Morgen bis zum Abend vielerorts von einem wolkenlosen Himmel. Nach einer klaren Nacht liegen die Temperaturen am Morgen um den Gefrierpunkt, tagsüber wer-

den Höchstwerte von 12 bis 14 Grad gemessen. Die Bise weht nur noch mässig.

Aussichten: T-Shirt und Sonnenbrille gehören auch in den kommenden Tagen dazu. Nebst viel Sonnenschein gibt es nur ein paar Schleier- oder Quellwolken. Die Temperaturen steigen Tag für Tag an, die Nächte bleiben aber noch recht kalt. Die Nullgradgrenze liegt Ende Woche auf gut 3000 Metern.

WINDRICHTUNGEN/-STÄRKEN

heute	morgen	heute	morgen	
Zürichsee	NO 2-4	NO 2-5	Umersee	N 2-5
Obersee	NO 2-4	NO 1-4	Thunersee	NW 1-4
Greifensee	NO 2-4	NO 1-4	Bielsee	NW 1-4
Walensee	var 2-4	var 2-4	Neuenb.see	NO 2-5
Bodensee	NO 2-5	NO 2-4	Genfersee	NO 2-5
Untersee	NO 2-5	NO 2-4	Langensee	S 1-4
Zugersee	NO 2-4	N 1-4	Luganersee	SW 1-4
Vierw.see	NO 2-4	N 1-4	Silvapl.see	NW 3-5

MeteoNews AG
Leutschenbachstrasse 95, 8050 Zürich
Das Schweizer Wetterportal: meteonews.ch
Persönliche Wetterberatung: 0900 575 775
(CHF 3.20/Min. vom Schweizer Festnetz)

MORGEN INTERNATIONAL

Europa	Istanbul
Amsterdam	14 s
Athen	15 f
Barcelona	19 f
Berlin	13 f
Brüssel	16 s
Budapest	12 fR
Dublin	14 f
Frankf./M.	16 f
Hamburg	13 w
Helsinki	7 f
Kopenhagen	10 w
Las Palmas	22 s
Lissabon	25 f
London	17 s
Madrid	23 s
Moskau	1 s
München	11 f
Oslo	15 s
Paris	17 s
Prag	9 w

Afrika	Nordamerika	Naher Osten	Asien
Dakar	29 s	Dubai	31 s
Johannesb.	23 f	Teheran	28 s
Kairo	38 f	Tel Aviv	35 w
Kapstadt	23 w		
Lagos	32 f		
Marrakesch	37 f		
Nairobi	26 f		
Tunis	18 f		
Bangkok	33 f		
Delhi	41 s		
Hongkong	27 f		
Manila	34 f		
Peking	21 w		
Seoul	19 s		
Singapore	26 s		
Singapur	28 G		
Tokio	20 s		

BERGWETTER

Wind	km/h	°C
4000 m	N	20-50
3000 m	N	15-40
2000 m	NO	10-25
1000 m	NO	10-35

SCHADSTOFFE

in µg/m³	Zürich	Bern	Lausanne	Tänikon	Basel	Lugano
Feinstaub (PM10)	14	19	13	9	12	13
Stickstoffdioxid	13	22	11	5	8	12
Ozon	85	79	77	86	85	106

SONNE UND MOND

	Aufgang heute	Untergang heute
Sonne	06:52 06:50	20:04 20:05
Mond	zunehmend 14:15 15:28	05:02 05:23



SRF 1

11.25 Das Leben eines Murreltiers – Familiengründung in den Alpen. (W). **12.20** Mini Chuchi, dini Chuchi. (W). **12.45** Tagesschau. **13.10** G&G Weekend. (W). **13.45** In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte. Arzt-Serie. Traumpaar. **14.45** Wunderland. **15.40** G&G Flash. **15.50** Frühling. Schritt ins Licht. Melodram (D 2015). **17.25** Guetnachtsschicht. **17.40** Telesguard. **18.00** Tagesschau. **18.10** Meteo. **18.15** Mini Chuchi, dini Chuchi. **18.35** G&G. **19.00** Schweiz aktuell. **19.25** Börse. Magazin. **19.30** Tagesschau. **19.55** Meteo.

20.10 1 gegen 100. Show. Mias aus Bern. Mit Angélique Beldner. **21.10** Puls. Magazin. Süßes Gift – Wege aus der Zuckersucht Tama James-Vakessan. **21.50** 10vor10. Infomagazin. **22.15** Meteo. **22.25** ECO Talk. Gespräch. Mehr Sicherheit und Verteidigung – Ein neuer Rüstungswettlauf? **23.05** Die Wächter des Great Barrier Reef. Dokumentation. Die Korallen. (W). **23.55** Newsflash. **00.05** Ein Schweizer namens Nötzli. Komödie (CH/D 1988). (W). **01.40** 1 gegen 100. Show. (W).

SRF zwei

5.15 Drei auf zwei. Show. **8.25** Wochenrückblick Mini Chuchi, dini Chuchi. **8.30** Tagesschau vor 20 Jahren. **9.00** Wunderland. Dokumentationsreihe. (W). **9.45** Kulturzeit. (W). **10.25** Vincent Munier, ewig erstaunt. Dokumentation. (W). **11.20** Kids@SRF. Magazin. (W). **12.00** Drei auf zwei. Show. Radio SRF 3. **15.55** Wege zum Glück. **16.45** Chicago Fire. Drama-Serie. Du wirst ihn verletzen. Mit Jesse Spencer. **17.35** G&G Flash. Magazin. **17.45** Im Kopf... Dokumentationsreihe. eines Geizhalses. **18.50** Life@SRF. Magazin. **19.30** Tagesschau. Hauptausgabe.

20.00 sportflash. **20.10** The Capture. (1/6). Krimi-Serie. Unsichtbare Männer. Mit Holliday Grainger. **21.15** The Capture. Krimi-Serie. Made in China. **22.25** The Capture. Krimi-Serie. Charlie Foxtrott. **23.25** sportflash. **23.30** Newsflash. **23.45** Chronische Krankheit Lipödem – Schmerzen, Bodyshaming und Unverständnis. Reportage. **00.15** Tagesschau vor 20 Jahren. (W). **00.40** Life@SRF. Magazin. (W). **01.10** The Capture. (1/6). (W).

ARD

5.30 Live: ARD-Morgenmagazin. Magazin. **9.00** Tagesschau. **9.05** Hubert und Staller. Krimi-Serie. **9.50** Morden im Norden. **10.40** Tagesschau. **10.45** Meister des Alltags. **11.15** Wer weiss denn sowas?. (W). **12.00** Tagesschau. **12.10** Mittagsmagazin. **14.00** (W). **12.00** Drei auf zwei. Show. Radio SRF 3. **15.55** Wege zum Glück. **16.45** Chicago Fire. Drama-Serie. Du wirst ihn verletzen. Mit Jesse Spencer. **17.35** G&G Flash. Magazin. **17.45** Im Kopf... Dokumentationsreihe. eines Geizhalses. **18.50** Life@SRF. Magazin. **19.30** Tagesschau. Hauptausgabe.

20.00 Tagesschau. **20.15** Angst vor Krieg – Die Deutschen in der Zeitenwende. Dokumentation. **21.00** Wilde Trauminsel. Dokumentation. Die Seychellen. **21.45** Tagesthemen. Mit Wetter. Mit Ingo Zamperoni. **22.20** 4 Tage in Boliviens Mega-Knast. Dokumentation. **23.05** Zug ins Leben – Die Befreiung der SS-Geiseln. Dokumentation. **23.50** Tagesschau. **00.00** Tatort. Fiderallala. Krimireihe (D 2025). Mit Axel Prahl. Regie: Isabel Prahl. (W). **00.25** heute journal update.

ZDF

5.00 Jung und kriminell – Wenn Kinder Täter werden. (W). **5.30** ARD-Morgenmagazin. **9.00** heute Xpress. **9.05** Volle Kanne. **10.30** Notruf Hafenkante. **11.15** SOKO Wismar. Krimi-Serie. **12.00** heute. **12.10** ZDF-Mittagsmagazin. **14.00** heute – in Deutschland. **14.15** Die Küchenschlacht. **15.00** heute Tagesschau. **15.10** Sturm der Liebe. **16.00** Tagesschau. **16.10** Familie Dr. Kleist. **17.00** Tagess. **17.15** Brisant. **18.00** Wer weiss denn sowas?. **18.50** Morden im Norden. Krimi-Serie. **19.45** Wissen vor acht – Zukunft. Mit Anja Pahl. **19.55** Wirtschaft vor acht. Magazin. **20.15** Rosenthal. Biografie (D 2025). Mit Florian Lukas, Claude Heinrich, Silke Bodenbender. Regie: Oliver Haffner. Hans Rosenthal ist jüdischer Holocaust-Überlebender und Showmaster. Seine Geschichte hat er nie thematisiert. Das ändert sich 1978. **21.45** Hans Rosenthal – zwei Leben in Deutschland. **22.15** heute journal. **22.45** Memory – Sein letzter Auftrag. Thriller (USA 2022). Mit Liam Neeson, Guy Pearce, Monica Bellucci. Regie: Martin Campbell. **00.25** heute journal update.

3 sat

5.05 Morgenprogramm. **9.05** Kulturzeit. (W). **9.45** nano. (W). **10.15** Honig – Süsse Leidenschaft. (W). **11.00** Schönbrunner Tiergeschichten – Leben im Zoo. (W). **11.50** Achtung Betrug! Miese Tricks an Tür und Telefon. **12.20** Servicezeit. **12.50** Wienerwald, da will ich hin! **13.20** Kielings wilde Welt. Dokumentationsreihe. **14.05** Kielings wilde Welt. **14.50** Kielings wilde Welt. **15.30** Kielings wilde Welt. **16.15** Kielings wilde Welt. **17.00** Kielings wilde Welt. **17.45** Kielings wilde Welt. **18.30** nano. **19.00** heute. **19.20** Kulturzeit. Magazin. **20.00** Tagesschau. Die Nachrichten. **20.15** Kolumbien. (1/2). Zwischen Amazonas und Orinoco. Der Orinoco fließt durch Grasland mit Seen und Auwäldern: Die Llanos. Am Amazonas breitet sich der Várzea-Auwald aus. **21.00** Kolumbien. (2/2). **21.40** Faszination Fluss – Der Tagliamento. **22.00** ZIB 2. **22.25** Queer gewinnt – Eine Sport-Utopie. Dokumentarfilm (D 2023). **23.45** 37°: Vergiftete Kindheit: Wenn Alkohol Familien belastet. **00.10** 10vor10.

arte

8.05 Stadt Land Kunst. (W). **8.55** Die Ära Erdogan. (1/2). **9.45** Die Ära Erdogan. (2/2). **10.35** Türkei: Frauen kämpfen um die Macht. Reportage. (W). **11.10** Im Bauch von ... **11.55** Küchen der Welt. **12.25** Stadt Land Kunst. **13.10** Stadt Land Kunst. **14.00** Alice oder Die Bescheidenheit. Komödie (F 2019). **15.10** Naturwunder Gemüsegarten: Die grosse Welt der kleinen Tiere. (W). **16.55** Apfelwiesen und Wildnis – Das Alte Land an der Elbe. **17.50** Unsere Ozeane. (1/5). **18.35** Unsere Ozeane. **19.20** Arte Journal. **19.40** Junge Exilrussen rocken Belgrad. (1/4). **20.15** Die Mörder sind unter uns. (1). Drama (D 1946). Mit Hildegard Knef, Wilhelm Borchert, Ema Sellmer. Regie: Wolfgang Staudte. 1945: Im zerbombten Berlin trifft der Chirurg Hans Mertens zufällig den Kriegsverbrecher Brückner wieder. **21.35** Der Maulwurf. Agentenfilm (F/CH 1982). Mit Lino Ventura, Michel Piccoli, Bruno Cremer. Regie: Yves Boisset. **23.15** Apolonia, Apolonia. Dokumentarfilm (DK/PL/F 2022). Mit Apolonia Sokol. **01.10** Herbert Blomstedt dirigiert die Wiener Philharmoniker. Konzert.

RTL

5.15 CSI: Den Tätern auf der Spur. Krimi-Serie. **6.00** Live: Punkt 6. **7.00** Live: Punkt 7. **8.00** Live: Punkt 8. **9.00** GZSZ. (W). **9.30** Unter uns. (W). **10.00** Ulrich Wetzell – Das Strafgericht. **11.55** Küchen der Welt. **12.25** Stadt Land Kunst. **13.10** Stadt Land Kunst. **14.00** Alice oder Die Bescheidenheit. Komödie (F 2019). **15.10** Barbara Saleesch – Das Strafgericht. (1). **16.00** Ulrich Wetzell – Das Strafgericht. **17.00** Der Blaublich Report – Die neuen Einsätze. **17.30** Unter uns. **18.00** Live: Explosiv – Das Magazin. **18.30** Live: Exklusiv – Das Star-Magazin. **18.45** Live: RTL Aktuell. **19.05** Alles was zählt. **19.40** Gute Zeiten, schlechte Zeiten. **20.15** Wer wird Millionär? Show. Mit Günther Jauch. **22.15** Live: RTL Direkt. **23.25** Wer wird Millionär? Show. **23.25** Spiegel TV. Magazin. Brutal – Bandenkrieg im Landle / Vollbremsung – Musk stürzt Tesla in der Krise. **00.00** Live: RTL Nachtjournal. **00.35** Justice – Die Justizreportage. Reportagereihe. Undercover – Unterwegs mit einem Detektiv. **01.15** Seitenwechsel – Die Welt mit anderen Augen sehen. **02.10** CSI: Miami. Krimi-Serie. Der Tod lädt ein zum Rosenkrieg. **02.55** CSI: Miami. Krimi-Serie.

SAT 1

11.00 Klinik am Südring. Doku-Soap. **12.00** Klinik am Südring. Doku-Soap. **13.00** Auf Streife – Die Spezialisten. **14.00** Auf Streife – Die Spezialisten. **15.00** Auf Streife. **16.00** Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt. **17.00** Notruf. Reportage-reihe. **17.30** Notruf. **18.00** Lenssen übernimmt. **18.30** Lenssen übernimmt. **19.00** Die Landarztpraxis. **19.45** Live: SAT.1 newstime. **20.15** Promis unter Palmen – Für Geld mache ich alles. Show. **22.50** Live: Promis unter Palmen – Die Late Night Show. **23.50** Promis unter Palmen – Für Geld mache ich alles. (W).

Pro Sieben

8.25 Die Simpsons. (W). **8.55** How I Met Your Mother. (W). **9.20** The Middle. (W). **9.50** Two and a Half Men. (W). **11.15** Young Sheldon. (W). **11.40** The Big Bang Theory. (W). **12.55** How I Met Your Mother. **13.20** The Middle. **13.50** Two and a Half Men. **15.10** Young Sheldon. **15.40** The Big Bang Theory. **17.00** Live: taff. **18.00** Live: ProSieben newstime. **18.10** Die Simpsons. **19.05** Live: Galileo. **20.15** Geostorm. Katastrophenfilm (USA/HK/J/SAR 2017). Mit Gerard Butler. **22.30** Gesetz der Rache. Thriller (USA 2009). **04.45** Geostorm. Katastrophenfilm (USA/HK/J/SAR 2017). (W).

ORF 1

10.45 Q1 Ein Hinweis ist falsch. (W). **11.25** Was gibt es Neues?. **12.10** Skurrile Kost: Kulinarische Reisen. **12.30** SOKO Donau. **13.55** Morden im Norden. **14.45** Gejagt – Gejagt. **15.35** How I Met Your Mother. **16.10** Live: ZIB Flash. **16.15** SOKO Kitzbühel. Krimi-Serie. **17.45** Live: ZIB Flash. **17.55** Smart10. **18.45** Q1. **19.30** Live: Zeit im Bild. **19.51** Wetter. **19.56** Live: Sport aktuell. **20.02** ZIB Magazin. **20.15** Biester. Drama-Serie. Mit Anja Pichler. **21.55** Live: ZIB Flash. **22.05** CopStories. **22.55** 9-1-1 Notruf L.A. **23.40** The Good Doctor. **1.05** All American. **1.45** S.W.A.T. (1).

ORF 2

12.55 Live: Wetterschau. **13.00** Live: ZIB. **13.20** Live: Aktuell nach eins. **14.00** Silvia kocht. **14.25** Sturm der Liebe. **15.15** Die Rosenheim-Cops. **16.00** Barbara Karlich – Talk um 4. **17.00** Live: ZIB. **17.05** Live: Aktuell nach fünf. **17.30** Live: Studio 2. **18.30** konkret. **18.51** infos & tips. **19.00** Live: Bundesland heute. **19.23** Wetter. **19.30** Live: Zeit im Bild. **19.51** Wetter. **19.56** Live: Sport aktuell. **20.05** Seitenblicke. **20.15** Rosenthal. Biografie (D 2025). **22.00** Live: ZIB 2. **22.30** Die zwei Leben des Hans Rosenthal. **23.00** kulturMontag. **23.55** Tatort. Fiderallala. Krimireihe (D 2025). (W). **1.25**

SRF info

18.25 Meteo. (W). **18.35** G&G. **19.00** Schweiz aktuell in Gebärdensprache. **19.25** Börse in Gebärdensprache. **19.30** Tagesschau. **19.55** Meteo. **20.05** Das Leben eines Murreltiers – Familiengründung in den Alpen. (W). **21.00** Mona mittendrin. Dokumentationsreihe. Im Kloster. (W). **21.40** Meteo: Bundesland heute. (W). **21.55** Börse. (W). **22.00** sportflash. (W). **22.05** G&G. (W). **22.25** Meteo. (W). **22.30** Börse. (W). **22.35** sportflash. (W). **22.40** 10vor10. (W). **23.05** Meteo. (W). **23.10** Telesguard. (W). **23.20** Schweiz aktuell. (W). **23.40** sportflash. (W). **23.45** G&G. (W). **0.05** Börse. (W).

Radio SRF 1

7.17 Morgengast. **7.31** Regionaljournal. **7.40** Morgenstund hat Gold im Mund. **8.00** HeuteMorgen. **8.10** Espresso. **8.31** Regionaljournal. **9.00** HeuteMorgen. **9.40** Mundartbrüchli. Familiennamen: Ferrari, Schmid und Kovac – alles dasselbe. **10.03** Treffpunkt. **11.08** Ratgeber. **12.03** Regionaljournal. **12.30** Rendez-vous. **13.00** Tagesschau. **13.40** 3 vo 5. **14.03** «Mord in Venedig». Hörspiel nach Val Gielgud. **16.30** Regional Diagonal. **17.12** Sport. **17.30** Regionaljournal. **18.00** Echo der Zeit. **18.45** Sport. **20.03** Wunschkonzert. **22.06** Sport. **23.04** «Dein Wunsch ist mir Befehl».

Radio SRF 2

8.30 HeuteMorgen. **10.00** 100 Sekunden Wissen. **11.20** Veranstaltungstipp. **11.40** Tageschronik. Heute vor 77 Jahren: Weltgesundheitsorganisation gegründet. **12.04** Kultur kompakt. **12.30** Rendez-vous. **13.00** Klassiktelefon. **13.45** Concerto. Gewinner des Prix Thierry Scherz. Arthur Hinnerwinkler mit Schumann. **16.30** Kultur-Nachrichten. **17.08** Kultur-Aktualität. **17.16** Kultur-Aktualität. **17.30** Kultur-Nachrichten. **18.30** Literaturclub: Zwei mit Buch. **19.00** Echo der Zeit. **20.00** Diskothek. Ruth Crawford Seeger: Streichquartett. **22.05** Notturmo. **0.06** Notturmo.

TV-TIPPS

SRF 1, 22.25
ECO Talk
Hundert Milliarden Euro zusätzlich wollen die EU-Staaten in ihre Verteidigung investieren. Die seit Ende des Zweiten Weltkriegs bestehende Friedensdividende der Amerikaner scheint mit der Trump-Regierung aufgebraucht. Wirtschaftlich dürften nicht zuletzt die internationalen Rüstungskonzerne davon profitieren. Mittendrin steht die Schweiz. Was die veränderte Sicherheitslage für den Kleinstaat bedeutet, darüber diskutieren Experten.

Arte, 23.15
Apolonia, Apolonia
Geboren wurde Apolonia Sokol in einem Pariser Underground-Theater und wuchs in einer Künstlerkommune auf. Sie studierte an der Beaux-Arts de Paris, einer der renommiertesten Kunstakademien Europas. Im Laufe der Jahre begleitete Lea Glob, eine dänische Filmemacherin, Apolonia immer wieder mit der Kamera. Das Ergebnis ist eine Schilderung des schwierigen Fortkommens einer jungen Frau in der Welt der Kunst.

SF ZWEI,

NZZ

Wissen, das verbindet.

Teilen Sie mit den NZZ-Generationenabos
Ihre Vorliebe für Qualitätsjournalismus
mit Ihren Kindern, Enkeln und Urenkeln.

Jetzt
-30% sichern und
weeterschenken

Bestellen Sie unter:
go.nzz.ch/generationenabo



Jury fördert russische Propaganda

Darf man ukrainische Kinder und russische Soldaten auf eine Stufe stellen? Entscheide bei den World Press Photo Awards sorgen für Empörung

ULRICH M. SCHMID

Die Jury der World Press Photo Awards vergibt einen der wichtigsten Preise im Fotojournalismus. Viele prämierte Sujets sind bis heute weltbekannt: Salvador Allende, der den Präsidentenpalast verlässt, kurz bevor er erschossen wird; der bis heute unbekannte Mann, der sich 1989 vor dem Tiananmen-Massaker den Panzern entgegenstellt.

Bei ihrer jüngsten Preisvergabe ist die Jury gleich in zwei Fällen getappt: in die erste blindlings, in die zweite sehenden Auges. In der Kategorie «Stories» wurde ein Foto der Strassenproteste in Georgien ausgezeichnet: Ein Demonstrant mit aufgesetzter Gasmaske schwenkt die georgische Nationalflagge vor einer Front von Polizisten. Der prämierte Fotograf Michail Tereschtschenko arbeitet für die staatliche russische Nachrichtenagentur Tass.

«Befreiung» Mariupols

Umgehend protestierten georgische Fotojournalisten in einem offenen Brief: «Die Auszeichnung eines prussischen Fotografen für die Dokumentation antirussischer Proteste ist nicht nur tief widersprüchlich, sondern bedeutet auch eine direkte Beleidigung aller, die ihr Leben riskieren, um gegen die russische Einmischung in die Souveränität und Zukunft Georgiens auf die Strasse zu gehen.»

In seiner Antwort unterstrich World Press Photo, die Materialien seien den Juroren ohne Nennung von Name und Herkunft des Autors unterbreitet worden. Man müsse gerade auch Journalisten in «Ländern mit eingeschränkter Pressefreiheit» unterstützen. Allerdings kann man sich in diesem Fall nicht mit solchen Phrasen herausreden. In einem Tass-Interview hatte Tereschtschenko kürzlich von seiner Arbeit als eingebetteter Fotograf bei der «Befreiung» Mariupols gesprochen und damit den russischen Urbizid in der Ukraine geleugnet. World Press Photo will zwar an der Auszeichnung Tereschtschenkos festhalten, hat aber in Aussicht gestellt, die Teilnahmebedingungen am Wettbewerb zu überarbeiten.

Der zweite Fall ist anders gelagert. Im Bereich «Europa» wurden zwei prämierte Fotos aus dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine als «Tandem» vorgestellt. Florian Bachmeier porträtierte ein traumatisiertes ukrainisches Mädchen, das mit offenen Augen reglos auf einem Bett liegt. Nanna Heitmann fotografierte in einem russischen Feldlazarett einen Soldaten der Donezker Volksrepublik kurz vor der Amputation eines Arms und eines Beines. Beide Bilder – so die Jury – veranschaulichten



Anhelina, ein traumatisiertes ukrainisches Mädchen, fotografiert von Florian Bachmeier in Borschiwka.

FLORIAN BACHMEIER



«Tiefere und nuanciertere Sicht»: Nanna Heitmanns Bild eines verletzten Soldaten im Donbass.

NANNA HEITMANN / MAGNUM

«die physischen und psychologischen Beschädigungen» durch diesen Krieg. Die Paarung ermögliche eine «tiefere und nuanciertere Sicht» auf die Folgen der Kampfhandlungen. Empört wandten sich die Vereinigung der ukrainischen Pressefotografen und das ukrainische Aussenministerium gegen die moralische Gleichsetzung des Aggressors mit dem Opfer der Aggression.

Angesichts der Proteste ist World Press Photo zurückgerudert und hat die Kombination der beiden Bilder als «Fehler» bezeichnet. Das Diptychon habe eine «zu stark vereinfachte und falsche Äquivalenz» geschaffen.

Wie «Der tote Christus im Grabe»

Was ist die grössere Bedeutung dieser beiden Fälle? Die prämierten Fotos sind zweifellos vollwertige Kunstwerke. Die Debatte um die politische Dimension dieser Auszeichnungen hat genau mit dem ästhetischen Status der Bilder zu tun. Pressefotos werden mit dem Anspruch veröffentlicht, ein gültiges Abbild der Wirklichkeit zu geben. Allerdings können Bilder durch die Auswahl des Bildausschnitts, die Komposition und die Farbgebung mit hohen emotionalen Energien aufgeladen werden. Dies zeigt sich besonders deutlich in Nanna Heitmanns Bild des verletzten Soldaten. Die Komposition des Bildes spielt auf zwei Vorbilder aus der Kunstgeschichte an: Hans Holbeins Gemälde «Der tote Christus im Grabe» und Leonardo da Vincis «Abendmahl».

Durch dieses doppelte Zitat wird die Figur des Soldaten metaphysisch überhöht: Er erscheint als ein neuer Messias, der für ein höheres Ideal leidet. Damit stützt das Foto letztlich ein Propagandanarrativ des Kremls, das seine Soldaten als Erlöser feiert und ihnen einen genau definierten Platz in der nationalen Heilsgeschichte zuweist.

Die ästhetische Faktur des Pressefotos tritt in diesem Fall in einen scharfen Gegensatz zur moralischen Beurteilung des dargestellten Themas. Die Jury raunte etwas vom «komplexen symbolischen Gewicht» des Fotos, das zum «Denken anregt». Solche rhetorischen Nebelkerzen verdecken die Verantwortung der Jury aber nur notdürftig. Die Wahrheit des Bildes ist ebenso einfach wie bitter: Der Soldat ist verletzt worden, weil er in einem brutalen Angriffskrieg kämpft. Dieser Krieg ist im fernen Moskau angezettelt worden.

Bestenfalls ist das Leiden des Soldaten eine sinnlose Folge von Putins skrupelloser Kriegsentscheidung. Schlimmstenfalls ist er mit verantwortlich für die Traumatisierung des Mädchens, dessen Kindheit gerade zerbombt wird.

Das Ende einer Symbiose

Journalisten, die gleichzeitig Politiker sind, werden rar – das war nicht immer so

ROGER BLUM

In der Frühlingssession wurde Ueli Schmezer als neuer SP-Nationalrat vereidigt. Der frühere Moderator des «Kassensturzes» von SRF hatte seinen Journalistenberuf vor den Wahlen von 2023 aufgegeben, um in die Politik wechseln zu können.

Ähnlich sind auch andere vorgegangen, etwa Matthias Aebischer, der 2011 das Schweizer Fernsehen verliess, für die SP in den Nationalrat einzog und jetzt in der Stadtregierung von Bern sitzt. Oder Maximilian Reimann, der das Fernsehen 1987 verliess, um für die SVP Nationalrat und Ständerat im Aargau zu werden. Oder der heutige Thurgauer Ständerat Jakob Stark, der seine journalistische Karriere abbrach, um für die SVP in die Politik einzusteigen. Sie alle konnten erst politische Ämter übernehmen, als sie nicht mehr Journalisten waren.

Sind also aktiver Journalismus und aktive Politik unvereinbar? Nicht zwingend. Aber in der Schweiz wurde das

Jahr 1993 zum Wendejahr. Vorher hatten Medienleute problemlos den Parlamenten der Städte, Kantone und des Bundes angehört, denn die Zeitungen waren lange mit den politischen Parteien verbandelt.

Neutrale Information gefragt

1993 aber waren auch im Kanton Jura die Parteibindungen der Presse gefallen, und im Jahr zuvor hatte sich die Tessiner Presse weitgehend von den Parteien entkoppelt. 1991 war Kurt Müller aus dem Nationalrat ausgeschieden. Er war von 1967 bis 1990 Inlandchef der «Neuen Zürcher Zeitung» gewesen und hatte dem nationalen Parlament ab 1984 angehört. Nun sortierten sich die Medien neu und setzten auf Unabhängigkeit und kritische Distanz gegenüber der Politik.

Warum kam es zu diesem Paradigmenwechsel? Der Grund lag in ökonomischen Zwängen. Die Medienproduktion war anspruchsvoller und teurer geworden. Die Märkte reichten nicht mehr aus, um mehrere Zeitungen in der glei-

chen Stadt oder Region zu finanzieren. Ausserdem verlangte das Publikum nach neutraler, überparteilicher Information, es war des dauernden ideologischen Kampfes überdrüssig.

So gab es in der Schweiz ab 1968 eine ganze Reihe von Pressefusionen – im Wallis, in Graubünden, in Bern, in Basel, in der Zentralschweiz, im Aargau und im Tessin. In vielen Regionen erschien nun nur noch eine Tageszeitung, die sich zwar zu einer eher linksliberalen oder rechtsliberalen Blattlinie bekannte, aber unparteilich über alle politischen Lager informierte. Das Radio und Fernsehen der SRG hatte schon länger ausgeschlossen, dass Journalistinnen und Journalisten für Sendungen verantwortlich sind und politische Mandate ausüben.

Vorher waren Politik und Presse eng verzahnt. Es galt als logisch, wenn Menschen, die sich von Berufs wegen mit den Problemen der Res publica auseinandersetzen, sich auch (partei)politisch engagierten und in Parlamente einzogen. Vor allem die Periode zwischen

dem Ersten Weltkrieg und dem Mauerfall von 1989 war die grosse Zeit der journalistisch-politischen Symbiose.

Chefredaktoren im Nationalrat

Zur Zeit des Zweiten Weltkriegs und danach sass eine Reihe wichtiger Chefredaktoren im Nationalrat, unter ihnen Willy Bretscher von der NZZ. Später war Helmut Hubacher ein Jahrzehnt lang gleichzeitig Chefredaktor der «AZ-Arbeiterzeitung» und Nationalrat der SP. So war es logisch, dass Journalisten immer wieder auch in den Bundesrat aufstiegen, immerhin vierzehn Mal war das der Fall.

Nach 1993 stellte sich jedoch zunehmend die Frage, ob Medienleute, die in einem Parlament sitzen, beide Aufgaben vollständig und glaubwürdig wahrnehmen können: Parlamentsmitglieder müssen vertrauliche Informationen für sich behalten können. Journalisten wollen alles, was sie für relevant und interessant halten, veröffentlichen. Und Journa-

listen müssen auch das Parlament kritisieren können, in dem sie sitzen. Da sind misstrauisches Argwöhnen des parlamentarischen und redaktionellen Umfelds und Zerreihsproben nicht zu vermeiden.

Heute gehören noch zwei Medienleute dem Nationalrat an, die für parteinahe Blätter zuständig sind: Min Li Marti betreut das sozialdemokratische Wochenblatt «P.S.», Lorenzo Quadri ist Direktor der Sonntagszeitung «Il Mattino della Domenica», die der Lega dei Ticinesi nahesteht. 1968 sassen noch sechzehn Journalisten im Nationalrat und drei im Ständerat, was einem Anteil von 6,8 Prozent entsprach. Dass diese Werte wieder erreicht werden, ist kaum zu erwarten – auch wenn sich in der Medienwelt ein Trend zur Repolitisierung zeigt.

Roger Blum ist emeritierter Professor für Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Bern. Er war von 1971 bis 1978 FDP-Abgeordneter im Kantonsparlament von Baselland, danach hauptberuflich Journalist und nicht mehr Mitglied einer Partei.

Vom grönländischen Eis kehrte er nicht zurück

Ein Film erinnert an den verschollenen Glaziologen Konrad Steffen. In der Arktis hat der «Eismann» seine Bestimmung gefunden



Konrad Steffen als junger Wilder in der Arktis – Aktivitäten wie Eisbergklettern nicht abgeneigt. Szenenbild aus «Der Eismann».

FRENETIC FILMS

CHRISTOPH EGGER

Ein Film über Grönland – das scheint gerade richtig zu kommen zu einer Zeit, da Kauf- und Annexionsgelüste der Trump-Administration die nördliche Hemisphäre beunruhigen. Doch Corina Gammass «Der Eismann» hat nicht die arktische Rieseninsel zum Thema, sondern Konrad Steffen: den Zürcher Glaziologen, den seine jahrzehntelangen Studien zum weltweit gehörten und gefragten Klimatologen haben werden lassen.

Sein «Swiss Camp» auf dem grönländischen Eisschild war über die Jahre hinweg auch zum Ort geworden, an dem sich führende Politiker aus erster Hand über Erscheinungsbilder und Wirkungen des Klimawandels informieren lies-

sen. Gross war die Bestürzung im August 2020, als «Koni» von einem kurzen Kontrollgang zu einer Messstation nicht mehr zurückkehrte. Er muss unauffindbar in eine Gletscherspalte gestürzt sein und ruht seither im Eis, das zu seiner Bestimmung geworden ist.

Ein Herz für den Gletscher

Im Prolog spricht Konrad Steffen davon, was ihn auf dem Inlandeis so beeindruckt: «Es ist sehr still. Man sieht nichts als Weiss. Aber noch viel beeindruckender ist die Weite des Horizonts. Sie gibt dir das Gefühl, ein Niemand zu sein auf einem riesigen Stück Land.» Später wird er sagen, dass ihn, in der Stadt aufgewachsen, «offene Landschaften» fasziniert hätten, nicht Schnee und Eis.

Hätte er nicht den namhaften Glaziologen Fritz Müller, Professor an der ETH, getroffen, sondern jemanden, der «mit der Sahara» (wohin ihn seine Hochzeitsreise führen sollte) zu tun gehabt hätte, wäre er vielleicht ein Wüstenspezialist geworden. So aber lernte er den Rhonegletscher kennen, der ihm immer besonders am Herzen gelegen habe.

«Bei einem Whiteout besteht die Gefahr, auf dem Rückweg zum Camp in einer Gletscherspalte zu landen statt im Küchenzelt», sagt Konrad Steffen bei sich zu Hause in Egg und blickt nachdenklich in die Kamera. Wenn ihm dann auf dem Rückweg zum Küchenzelt eine Gletscherspalte zum Verhängnis wurde, so brauchte es kein Whiteout, bei dem die Auflösung sämtlicher Konturen einer Landschaft zu völliger Orientie-

nungslosigkeit führt, sondern wohl nur einen Moment der Unaufmerksamkeit in scheinbar vertrautem Gelände.

Waren es noch in den neunziger Jahren ums Lager herum bloss kleine, sogenannte «thermische Risse» gewesen, die keine Bedrohung darstellten, so hatte sich die Situation ab den zehner Jahren grundlegend geändert. Wie ein Ingenieur von der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, deren Direktor Steffen nach seiner Rückkehr aus Boulder, Colorado, in die Schweiz geworden war, im Film sagt, seien sie im Lager zuletzt immer angeeilt gewesen. Die National Science Foundation der USA, der Steffen das Camp «für einen Dollar» verkauft hatte, nachdem die ETH sich Anfang der neunziger Jahre zurückgezogen hatte, verfügte

die sofortige Schliessung, weil das Gelände zu gefährlich geworden war. Mit diesen Abbrucharbeiten war das Team beschäftigt, als Steffen verunglückte.

Wenn Gabriela Schaepman-Strub, die Nachfolgerin von Steffen als Wissenschaftsdirektorin des Swiss Polar Institute, erwähnt, wie er der wachsenden Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit Rechnung getragen habe, betont sie zugleich, dass er sich «nicht am Klimawandelhype beteiligte», vielmehr «immer sehr dateninformiert» gewesen sei. Und, wie sie auf ihre erfrischende Art anmerkt, «immer tipptopp angezogen, nicht so schlampig» wie andere.

Zu Beginn schon sagt die (ältere) Schwester, Koni sei immer «sehr, sehr modebewusst» gewesen. Atsumu Ohmura, sein Doktorvater an der ETH, erinnert sich an einen hochaufgeschossenen Späthippie mit wildem Bart, der ausserordentlich schnell und präzise arbeitete.

«Geschaffen für diesen Ort»

Witzig das Foto, auf dem er mit leicht unsicherem Blick unter dem Hut hervorlugt, auf dem eine Falkenraubmöwe thront. Etwas wehmütig sitzt er schliesslich in den Resten des von den Elementen zerfleischten Küchenzelts, wo einst Fondue und Sushi zubereitet und intensiv diskutiert wurde und wo wir ihn beim Abwasch gesehen haben.

Der amerikanische Schriftsteller Craig Childs, Autor von «desert studies», der verschiedentlich zu Wort kommt, sagt über ihn: «Er schien geschaffen für diesen Ort. Oder dieser Ort hatte ihn geschaffen.» 2021 bekam er einen Gletscher im hohen Nordwesten Grönlands nach ihm benannt: den Sermeq Konrad Steffen.

Ganz am Schluss des Films, die Filmemacherin befindet sich mit Simon Steffen, dem Sohn, an einer Küste, an der sich Schlittenhunde im Sommerlager langweilen und vor der Eisberge im Wasser dümpeln, kommt sie auf Konis Liebe zu den Eisbergen zu sprechen. Das erinnert mich an eine Unterhaltung 2017 mit Konrad Steffen, bei der es eben auch um Eisberge ging.

Ich hatte ihm erzählt, dass ich bei meinen Reisen in die Arktis leider nie gesehen hätte, wie ein Eisberg kippe, und dass das wohl eine spektakuläre Sache sein müsse. Und weil dieser Kippunkt nie voraussagbar ist, ist der Aufenthalt in ihrer Nähe ja so riskant. Zu schweigen, sagte ich, von den irrwitzigen Typen, die da Eisbergklettern betreiben. Das habe er früher doch auch immer gern gemacht, sagte Koni mit vergnügtem Grinsen.

Nichts mit Ruhestand

Elton John hat zusammen mit der Country-Sängerin Brandi Carlile ein Album aufgenommen. Die beiden zeigen sich von ihrer besten Seite

HANSPETER KÜNZLER

Elton John ist nicht mehr gut zu Fuss. Da helfen auch die beiden Knieprothesen wenig. Dazu kommt eine nicht ganz ausgeheilte Augenentzündung, die ihn im vergangenen Sommer beinahe erblinden liess. Deshalb bewegt sich der 77-jährige Hitparadenstürmer mit kleinen und unsicheren Schrittchen über die Bühne hin zum Konzertflügel. Dann aber, als er sich das Mikrophon zurechtgeschoben und zum ersten Mal kräftig in die Tasten gehauen hat, ist er mit einem Schlag wieder der Alte: ein witziger Showman mit stupender Klaviertechnik und einer Stimme, mit der er im tiefsten Nebel von Land aus Schiffe in den Hafen lotsen könnte.

Vor zwei Jahren beendete der britische Pop-Star den Auftritt am Glastonbury Festival mit einer Rücktrittserklärung: Er wollte künftig auf stressige Tourneen verzichten, um mehr Zeit mit dem Ehemann und den zwei Söhnen zu verbringen und um auch wieder einmal ein Heimspiel des heissgeliebten FC Watford zu besuchen. Offensichtlich aber ist ihm die Lust am Songwriting noch nicht ver-

gangen. Mit einem gemeinsamen Auftritt Ende März im intimen Londoner Palladium Theatre feierten er und die amerikanische Singer-Songwriterin Brandi Carlile die Taufe ihres Duett-Albums «Who Believes in Angels?».

Keine Zufallsbekanntschaft

Der fürs Fernsehen gefilmte Auftritt geriet zum Triumph. Es begann mit dem neuen Titelstück, einer Ballade im klassischen Elton-John-Stil, danach rockte das Duo mit den euphorischen Stücken «Swing for the Fences» und «Little Richard's Bible» los. «Der Song handelt von Little Richard, der schwul war, und der sich schlecht fühlte, weil er schwul war», erklärte Elton zur Einführung. Nach einigen Evergreens aus dem Repertoire von beiden Stimmen endete das Konzert vor einem mit Stars gespickten Publikum mit einem fulminanten «I'm Still Standing» und minutenlangen stehenden Ovationen.

Die Verbindung von Elton John mit der in den letzten Jahren vor allem in den USA höchst erfolgreichen, tief in

der Country-Geschichte verwurzelten Singer-Songwriterin ist keine kommerziell motivierte Zufallsbekanntschaft. Carlile erklärte schon vor Jahren in einem Interview, sie habe dank Elton John überhaupt erst die Musik für sich entdeckt. Als 12-jähriges Mädchen sei sie in ihrer Heimatstadt Seattle die Einzige gewesen, die mit einem Elton-John-Shirt ein Nirvana-T-Shirt herumging. Nur seinetwegen habe sie dann auch ihren ersten Song geschrieben.

Als sich ihre Teenagerzeit dem Ende zuneigte, entdeckte sie allerdings die Country- und Western-Klassiker, die zur täglichen Kost ihrer Eltern gehörten. Und während sich die Peers in den neunziger Jahren für Grunge begeisterten, tauchte sie tief in die Country-Tradition ein. Auch dabei begegnete sie wieder Elton John. Zutiefst beeindruckt von Künstlern wie Hank Williams und Jim Reeves, aber auch vom wegweisenden Album «Music from Big Pink» von The Band, hatte dieser mit «Tumbleweed Connection» schon 1970 ein Konzeptalbum mit amerikanischen Country- und Western-Themen veröffentlicht.

Endlich griff Carlile zum Telefon, um den bewunderten Superstar um einen Gastauftritt auf ihrem nächsten Album zu bitten. Dieser nahm die Einladung an, das Resultat ist das Stück «Caroline» auf dem Album «Give Up the Ghost» (2009). Schon damals zeigte sich, dass die beiden Stimmen wunderbar zusammenspielten. Auch hätten sie sich sofort blendend verstanden, zumal sie sich beide intensiv für die Belange der LGBTQ+-Gemeinde einsetzten. Sie sollen dann sogar regelmässig zusammen in die Ferien gefahren sein.

Ein Altraum für den Musiker

Ganz einfach war die gemeinsame Produktion nun aber nicht. Das zeigt ein zeitgleich mit dem Album veröffentlichter Film, der die Entstehung des Albums dokumentiert. Der 78-jährige Elton John spricht freimütig über die Zweifel, die ihn plötzlich überkamen: «Mir ging es gesundheitlich sehr schlecht, und ich wollte nur noch weg. Es war alles ein schrecklicher Altraum.» Der Produzent Andrew Watt musste den aufge-

brachten Musiker beruhigen: «Du bist so ungeduldig!»

Brandi Carlile, in deren Haus in Los Angeles Elton John während den Aufnahmen wohnte, fragte sich ihrerseits, ob dieser überhaupt mit ihr arbeiten wolle. «Der Austausch war äusserst schwierig.» Erst als der Brite realisiert habe, dass sich nicht alles um ihn drehe, dass auch andere Leute mit Herzblut an diesem Projekt beteiligt seien – auch Elton Johns langjähriger Texter Bernie Taupin ist mit von der Partie –, habe er sich beruhigt.

Der Knopf löste sich nach fünf Tagen mit dem Song «The Rose of Laura Nyro», gewidmet der verkannten bisexuellen New Yorker Sängerin. Irgendwie habe alles plötzlich wunderbar Sinn ergeben. Die restliche Arbeit war innert vierzehn Tagen erledigt. «Who Believes in Angels?» ist ein starkes Album geworden, auf dem sich Brandi Carlile und Elton John von ihrer besten und spontansten Seite zeigen.

Elton John und Brandi Carlile: Who Believes in Angels? (Universal).

Es sind immer nur die anderen

Manchmal diene die Kritik an Antisemiten dazu, vom eigenen Antisemitismus abzulenken, sagt die Psychoanalytikerin Ilka Quindeau

STEFAN MÜLLER-DOOHM

Judenfeindliche Gewalttaten nehmen weltweit zu, die Frage nach den Wurzeln des Antisemitismus drängt sich auf. Ilka Quindeau nähert sich ihr aus der interdisziplinären Perspektive, die sie als Soziologin und Psychoanalytikerin mitbringt. Ihr Buch «Psychoanalyse und Antisemitismus» geht auf die Frankfurter Adorno-Vorlesungen von 2003 zurück. Das erklärt das zugrunde liegende Erkenntnisinteresse. Es geht der Autorin um eine Rekonstruktion und Aktualisierung der Antisemitismusforschung, die im erweiterten Umfeld einer an Sigmund Freud orientierten kritischen Theorie entstanden ist.

Zunächst setzt sich Quindeau mit der bis heute einflussreichen Studie zum autoritären Charakter auseinander, die Theodor W. Adorno im amerikanischen Exil ausgearbeitet hat. Diese sei, so Quindeau, vor nunmehr achtzig Jahren wegweisend gewesen, sei aber heute von nur begrenztem Erklärungsgehalt. Der Grund dafür liege darin, dass das faschistische Potenzial ausschliesslich auf Charakter- beziehungsweise Persönlichkeitsstrukturen zurückgeführt werde.

Kein Schuldbewusstsein

Aufgrund der Fokussierung auf pathologische Reaktionsmuster laufe diese Erklärung darauf hinaus, dass der Antisemitismus vereinfacht werde und Antisemiten letztlich gewissermassen entlastet würden, so Quindeau. Im Gegensatz zu diesem Erklärungsversuch legt sie, gut soziologisch, den Akzent auf gesellschaftliche Bedeutungsmuster, die eine abwertende Konstruktion des «Juden» enthalten und als Weltanschauung übernommen werden.

Mit Verweis auf ihre eigenen klinischen Erfahrungen zeigt Quindeau, dass Stereotype wie «das Jüdische als antagonistisch Anderes» eine innerlich stabilisierende Funktion haben können: «Das Subjekt entlastet sich vom Verpönten und Unerträglichen, indem es dies auf «Juden» projiziert», resümiert sie. Ausgehend von dieser Grundthese widmet sich Quindeau einer empirischen Studie, die das Frankfurter Institut für Sozialforschung zu Beginn der fünfziger Jahre unter der Leitung von Adorno durchgeführt hat. Damals wurden Gruppendiskussionen aufgezeichnet, bei denen die Einstellung der Deutschen zu ihrer



Die Erinnerung an den Holocaust aufrechtzuerhalten, schützt nicht unbedingt vor Antisemitismus. Stolperstein auf einer Strasse in Berlin.

CLEMENS BILAN / EPA

Schuld thematisiert wurde. Sie unterzieht Quindeau einer Neulektüre.

Dass es bei den Nachkriegsdeutschen so gut wie kein Schuldbewusstsein gab, führt sie nicht wie Adorno auf die gesellschaftlich bedingte Ich-Schwäche des Subjekts zurück. Vielmehr sieht sie in der Verleugnung von Schuld ein eklatantes moralisches Versagen. Der Gewissenlosigkeit entspreche eine be-

wusste strategische Abwehr von Schuld in Form von Bagatellisieren, Aufrechnen, Verleugnen und Täter-Opfer-Umkehr.

Der unterschwellige Antisemitismus kommt nicht mehr in der Verdrängung der tiefsitzenden Gefühlsbindung an den Nationalsozialismus zum Ausdruck. Aber Quindeau zeigt, dass unbewusste Schuldgefühle über Generationen weitergegeben werden können. Das

mit moralischem Impetus geforderte Gebot, die Erinnerung an den Holocaust wachzuhalten, hält sie allerdings für eine Selbsttäuschung der Kinder der Tätergeneration. Das Schuldgefühl der Kinder dient Quindeaus Ansicht nach vor allem der eigenen narzisstischen Stabilisierung und der Abgrenzung von den Eltern.

Ein wichtiger Punkt ist für Quindeau die Fähigkeit, Widersprüche in emotio-

nal, kognitiver und moralischer Form zuzulassen. In diesem Zusammenhang geht sie einer provokativen These nach: dass im Vorwurf des postkolonial motivierten Antisemitismus, wie er etwa in der Kritik an dem mit antisemitischen Stereotypen gespickten Kunstwerk der Künstlergruppe Ruangrupa auf der Documenta fünfzehn erhoben wurde, selbst latente antisemitische Stereotype verborgen seien.

Vorurteile hinterfragen

Indem der Postkolonialismus für Manifestationen des Antisemitismus verantwortlich gemacht werde, lenke man nach dem Sündenbock-Prinzip von der eigenen antisemitischen Befangenheit ab, so die These. Quindeau zieht daraus den Schluss, die psychische Disposition zum Antisemitismus sei ein universales Phänomen. Und zudem ein vages, flüchtiges, das unversehens ins Bewusstsein dränge und sich in immer wieder neuer Form zeige.

Ilka Quindeaus Buch bietet eine umfassende, gut begründete Kritik am alltäglichen Antisemitismus und an der Resistenz antisemitischer Vorurteile, die seit dem Anschlag der Hamas vom 7. Oktober 2023 neu befeuert wurden. Und hegt dabei die Hoffnung, dies könnte dazu beitragen, sich selbstreflexiv eigener Vorurteile innenzuwenden, bis hin zu rassistischen Feindbildern.

Quindeau resümiert: Antisemitisch sind nicht nur die anderen. Aus der politisch umstrittenen Kontroverse, ob der rechte oder der linke, der islamistische oder der Israel-bezogene Antisemitismus als radikaler und gefährlicher gelten muss, hält sich Ilka Quindeau heraus. Ebenso ergreift sie nicht Partei bezüglich der Frage, welchen Thesen der vielstimmigen Antisemitismusforschung Deutungshoheit zukommen soll.

Von Adorno stammt der Satz, an der Psychoanalyse sei nichts wahr als ihre Übertreibungen. Die Autorin stellt unter Beweis, dass die Psychoanalyse gerade durch die Differenzierung zwischen diffamierenden Vorwürfen und diffizilen Kritikversuchen zu überzeugen vermag – also gerade durch den Verzicht auf Übertreibung.

Ilka Quindeau: Psychoanalyse und Antisemitismus. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2023. Suhrkamp-Verlag, Berlin 2025. 284 S., Fr. 46.90.

Gequälte Kreaturen

Urszula Honek beeindruckt in ihrem Roman «Die weissen Nächte» mit düsteren Bildern aus dem ländlichen Polen

FRANZ HAAS

Als die polnische Dichterin Urszula Honek von der Lyrik zur Prosa wechselte, wurde sie bald ins Englische übersetzt und 2024 auf Anhieb für den International Booker Prize nominiert (gewonnen hat ihn dann Jenny Erpenbeck). Dieses beeindruckend düster-dichte Erzähldebüt «Die weissen Nächte. Ein Roman in 13 Geschichten» gibt es nun auch in der wendigen deutschen Übersetzung von Renate Schmidgall. Es erinnert an die Traumgespinste von Bruno Schulz, und die Autorin tritt mutig bewusst auch in die grossen Fussstapfen von Andrzej Stasiuk und dessen «Galizischen Geschichten».

Urszula Honek, geboren 1987 im Südosten von Polen, verwebt in diesem Band dreizehn einzelne Erzählungen aus ihrer ländlichen Heimat, von denen jede auch für sich bestehen kann, deren Hauptfiguren aber alle im Unglücksreigen der Dorfgemeinschaft zusammenhängen. So entsteht ein Kaleidoskop der menschlichen Schicksale, von durch Arbeit geschundenen Frauen, von einsam ver-

schreckten Kindern, von dumpf in der «Bar Finesse» trinkenden Männern (und immer wieder laufen Hunde durchs Bild, auch sie haben Namen und Schmerzen), gequälte Kreaturen allesamt, die kaum eine Stimme haben, denen die Autorin zumindest so ein wenig Gehör verschafft.

Einsame und Abgehängte

Es ist ein Chor der Einsamen und Abgehängten, die oft Rettung im Suizid suchen. Gestorben wird im Feuer und im Wasser, den immer wiederkehrenden Hauptelementen dieser karg lyrischen Prosa; «selten wählt jemand den Balken und den Strick». Die einzelnen Episoden des Romans sind kunstvolle Miniaturen, in denen die Dorfbewohner in ihren Kämpfen, Hoffnungen und Ängsten porträtiert werden. So auch die junge Hanna, die mit Steinen in den Taschen ins Wasser geht. Aber letztlich bleibt ihr nichts als «der Groll gegen den Mann, der mich herausgezogen hat».

Einer dieser Unglücksraben, der in mehreren Geschichten vorkommt, heisst Mariusz, aber alle nennen ihn höhnisch

«Pilot», wegen seines dümmlich schielenden Blicks zum Himmel. In mühsamer Arbeit legt er einen Fischteich an, trägt eimerweise Karpfen dorthin, doch als er erfährt, dass seine Angebetete einen anderen heiratet, geht seine ganze Welt baden, und «zwei Wochen später fischten sie ihn aus dem Teich. (...) – vielleicht wollte er nicht mehr Pilot sein, sondern Taucher?»

Diese zynisch-schnoddrige Frage stellt sein Freund Piotrek, der Schlachter, der ebenfalls in mehreren Erzählungen auftaucht, für den das Innere der geschlachteten Tiere von wohligerer Wärme ist als das der Frauen. Bevor er für immer nach Deutschland verschwindet, bietet dieser Rüpel seine Verlobte einem anderen Kompagnon an: «Du kannst sie mal ficken, bei dir ist das was anderes, wir sind zusammen aufgewachsen, du bist fast wie ein Bruder.» Dieser Dritte im Freundesbund heisst Andrzej, er schlägt sich als Holzfäller durch und lebt in einer Hütte mit einem Rudel anderer Männer. Für seine Schwester Henia ist dort kein Platz, auch wenn sie noch so darum bettelt.

Auch diese melancholische Henia grübelt in mehreren Geschichten viel über die Möglichkeiten des Sterbens, über eine verflozene Liebschaft; und ihr Töchterchen wächst derweil bei der Grossmutter auf. Gerade diese kleine Dorotka geistert durch manche der Romanerzählungen, in einer davon ist sie die Protagonistin neben ihrer Oma, die vor dem Fernseher dahindämmert und stirbt. Die Kleine will das nicht wahrhaben und versucht, die Alte zu füttern mit «Wurst vom Schweinchen und Käse von der Kuh. (...) Oma schläft noch. Komm, ich gebe dir Wurst, sagt sie zu dem Hund.»

Die Welt hinter den Wäldern

Kinder und Hunde haben eine Sonderstellung in diesem poetischen Wimmelbild des seelischen Elends, so auch in der Erzählung «Anielka», in der ein kleines Mädchen die antisemitischen Reden ihrer Verwandten aufschnappt, aber davon wohl kaum etwas versteht, in einer Gegend, wo die Deutschen «bekanntlich Lampenschirme aus Menschenhaut

gemacht haben», wie es in einer anderen Geschichte heisst. So blitzt in dieser Welt hinter den Wäldern zudem die böse Vergangenheit auf, in einer Sprache von sparsamer und leiser Intensität.

Urszula Honek vermeidet jedes romantisierte Idyll des Landlebens und der Landschaft der Beskiden, mit der Menschen wie Tiere verwurzelt sind, aber diese Wurzeln sind in dem Erzählzyklus von «Die weissen Nächte» eher erstickende Schlingen. Besonders die Frauen fühlen sich erdrosselt in dieser Welt der Konventionen, so auch die 34-jährige Malgorzata, die als Verkäuferin in einer Bäckerei arbeitet und hartnäckig einen unattraktiven 50-jährigen Bewerber abwimmelt. «Das wirst du noch bereuen», sagt eine Kollegin, «man muss nehmen, was kommt.» – Nein, das muss man nicht, scheint die Autorin zu sagen, ohne jedoch einen belehrend feministischen Ton anzuschlagen.

Urszula Honek: Die weissen Nächte. Roman in 13 Geschichten. Aus dem Polnischen von Renate Schmidgall. Suhrkamp-Verlag, Berlin 2025. 160 S., Fr. 34.90.

Friede à la Putin wäre ein fataler Sieg des Bösen

Die russische Armee erweist sich als unfähig, in der Ukraine zu gewinnen – der Machthaber im Kreml kann gut damit leben

SERGEI LEBEDEV

Als Wladimir Putin in den letzten Minuten des Jahres 1999 zum amtierenden Präsidenten Russlands ernannt wurde, brachte er einen Trinkspruch zum Jahreswechsel aus: «Friede jeder russischen Familie!» Putins Ansprache richtete sich an die Bürger eines Landes im Krieg: Im August 1999 hatte der Zweite Tschetschenienkrieg begonnen, und die Worte des Präsidenten konnten als direktes Versprechen verstanden werden.

Doch der Krieg gegen Tschetschenien, der im Verborgenen geführt wurde und sich in einen Anti-Guerilla-Feldzug, in eine Operation zur Unterdrückung der Bevölkerung verwandelt hatte, entlud sich in Terroranschlägen und Überfällen und endete de iure erst im Frühjahr 2009 mit der Aufhebung des «Anti-Terror-Regimes», ging aber de facto weiter.

So befand sich Russland während der ersten beiden Amtszeiten Putins ununterbrochen im Krieg. In regelmäßigen Abständen erfolgten offizielle Erklärungen, dass man die endgültige Kontrolle über das tschetschenische Territorium erlangt und die tschetschenischen Verbände endgültig zerschlagen habe, und dieser Schwebezustand, die Ungewissheit über das Ende des Krieges wurde zu zynischer Routine.

Die russländischen Bürger, die Putin ein Mandat für eine möglichst rasche militärische Lösung der tschetschenischen Unabhängigkeitsfrage erteilt hatten, gewöhnten sich daran, in diesem Zustand des Nichtfriedens zu leben, im opaken Zeitrahmen eines Krieges, dessen Ende in immer weitere Ferne rückte. Sie gewöhnten sich daran, dass die Gegengewalt in Form von Terroranschlägen bis tief in das russische Kernland schwappte; sie lernten, sich moralisch taub zu stellen, die Kriegsverbrechen und das Verbrecherische dieses Krieges per se zu ignorieren.

Resistent gegen Erfolglosigkeit

2008 griff Russland Georgien an. 2014 annektierte es mit militärischen Mitteln die Krim und drang in die Ostukraine ein, wobei es leugnete, selber wirklich beteiligt zu sein. 2015 folgte die Operation in Syrien zur Unterstützung des Regimes von Bashar al-Asad, 2022 die umfassende Invasion in der Ukraine. Die 25 Jahre von Putins Herrschaft haben alles andere als den versprochenen Frieden gebracht.

Russland hat sich in einen Aggressor verwandelt, der das Völkerrecht missachtet. Es hat eine Kriegswirtschaft und eine autoritäre Gesellschaft etabliert, die von militaristischer Rhetorik und revanchistischem Ressentiment durchdrungen ist. Wirklich unzweifelhafte, symbolisch bedeutsame Erfolge hat seine Aggression dabei nicht zu verzeichnen. Als Erfolg konnte lediglich die rasche Annexion der Krim verbucht werden, welche Putins Rating auf einen Spitzenwert ansteigen liess.

Man könnte sagen, das russische politische Modell ist gegen diese Erfolglosigkeit militärischer Unternehmungen resistent, weil es eine umfassende emotionale Mobilisierung der Bevölkerung gar nicht ernsthaft voraussetzt. Es fehlt der reale Zusammenhang zwischen Krieg und persönlichem Schicksal, massenhafte Opferbereitschaft ist gar nicht nötig. Wichtiger sind rhetorische Einbindung, Loyalität, Mitwirkung über die Medien, Anpassungsbereitschaft, die Akzeptanz der Kriegssituation als alternativlos («wir waren gezwungen»). Deshalb lösen der Sturz des Asad-Regimes und der Abzug der russischen Truppen aus Syrien nach neun Jahren Krieg kein tieferes Gefühl einer Niederlage aus (derweil es de facto eine solche ist): Im Paradigma des Opportunismus existieren keine Niederlagen, nur sich verändernde Umstände.



Russische Kriegszerstörungen in Pokrowsk in der ukrainischen Oblast Donezk, März 2025.

IRYNA RYBAKOVA / AP

Tatsächlich unternimmt Putin viel, um eine wirkliche Masseneinberufung, die direkte Rekrutierung breiter Bevölkerungsschichten für den Krieg zu vermeiden. Im Rahmen der «Putinomics», wie man das nach dem Februar 2022 entstandene militarisierte Wirtschaftsmodell nennen könnte, sind es die Leben von vielfach marginalisierten Bevölkerungsgruppen, mit denen der Krieg bezahlt wird.

In Putins überzentralisiertem Staat sind die peripheren Regionen, deren Ressourcen vom Zentrum ausgebeutet werden, zur Armut verdammt. Und die dort lebenden Menschen werden ebenfalls zu einer Ressource, zu Kanonenfutter bei einem akzeptablen Preis, weil das der einzige Weg zum Wohlstand ist, den die Putinomics ihnen offerieren. Diese Menschen könnten theoretisch protestieren, aber in der Praxis wählen sie die materiell begünstigte Anpassung und ziehen für Geld in den Krieg.

Daneben holt sich Putins Staat die Ressourcen für den Krieg aus den Gefängnissen. Den Strafgefangenen wird versprochen, sie könnten ihre «Schuld sühnen», ihnen werde vergeben und sie könnten die Freiheit erlangen. Verbrecher, echte und vorgebliche, stehen ein für jene, die Putin aus den Reihen der freien Bürger rekrutieren müsste.

Und schliesslich gibt es die Mobilisierten, die unbefristet zu dienen haben, bis Putin eine Rotation oder das Ende des Krieges verkündet. Sie sind eine Art Sondersteuer, eine Naturalsteuer für den Kriegsbedarf, die Putin der russischen Gesellschaft einmalig auferlegt hat, keine Anleihe, sondern eine echte Steuer, denn diese Menschen wird Putin möglicherweise nicht zurückerstatten.

Der Aggressor als Opfer

Aus diesen drei Quellen schöpfend, führt Putin einen Angriffskrieg, der allerdings keine absolut definierten und erklärten Ziele hat (es sei denn, man betrachtet die Propaganda über die «Entnazifizierung» der Ukraine als solche). Einen Krieg, in dem sich der Aggressor rhetorisch zum Opfer erklärt, das sich verteidigt. Eben diese Position des sich Verteidigenden – die Nato hat uns bedroht, wir waren gezwungen, wir kämpfen gegen ganz Europa – lässt viel mehr Spielraum für das, was Putin der Öffentlichkeit letztlich als positives Ergebnis präsentieren kann.

Der Sieg sieht für den Aggressor (der Fremdes erobert) und für den Verteidiger (der Eigenes verteidigt) diametral unterschiedlich aus. Putin, der die Ukraine und den Westen zu den Verursachern des Krieges erklärt, bedient sich keiner offen expansionistischen Rhetorik (Eroberung von Lebensraum oder Weltrevolution), sondern eher einer Rhetorik, die den Schutz der Souveränität behauptet. Das erlaubt ihm für den Fall, dass er seine Eroberungsziele nicht oder nur teilweise erreicht, das als «Sieg der Verteidigung» auszugeben, als Gewinn von Sicherheitsgarantien. So wie es die UdSSR nach dem Winterkrieg von 1939/1940 gegen Finnland machte, als Finnland zwar Gebiete einbüsste, aber als Staat überlebte und die in Moskau gebildete und von Otto Kuusinen angeführte rote Marionettenregierung am Ende nicht gebraucht wurde.

Überdies hat die russische Aggression einen Nebeneffekt: Die russischen Gefallenen an der Front verschaffen Putin unerwartete und indirekte politische Vorteile. Um Clausewitz zu paraphrasieren, erweist sich die Politik hier als Fortsetzung des Krieges.

Die russische Aggression gegen die Ukraine hat in Europa und der Welt einen politischen Wandel ausgelöst, sie hat die politische Landschaft radikalisiert und nach rechts verschoben. Wladimir Putin dürfte kaum mit einem solchen Effekt gerechnet haben, als er den Angriff befahl. Sein Krieg des Jahres 2022 sollte ein kurzer Krieg werden, kein Krieg, sondern eine Art Spaziergang, an dessen Ende die Kapitulationserklärung der Ukraine stehen sollte. So kurz, dass der Westen keine Gelegenheit zu einer koordinierten Reaktion haben würde und mit der Tatsache einer neuen Realität, neuer Grenzen konfrontiert wäre.

Doch die Ukraine leistete tapferen Widerstand, und die «militärische Spezialoperation» wuchs sich zu einem Krieg aus, grösstenteils einem Stellungskrieg. Der russländische Angreifer kann sich auf der Karte des Kriegsschauplatzes keiner grossartigen Erfolge rühmen. Die Verluste an Truppe und Gerät sind hoch, für die Einnahme von Ortschaften wie Bachmut opfert die Militärführung Tausende von Menschenleben. Dafür hat sich der Begriff «Fleischsturm» eingebürgert.

Doch diese Art, Krieg zu führen, die anschaulich demonstriert, zu welchen

Opfern Putin bereit ist, die auf Einschüchterung beruht und den Einsatz permanent steigert, hat auch noch andere Dividenden erbracht, die sich am besten durch die Erfolge der AfD und der Linken bei der deutschen Bundestagswahl illustrieren lassen. Beide Parteien sprechen sich gegen eine Verstärkung der Waffenlieferungen an die Ukraine und für Frieden um den Preis der Gerechtigkeit aus.

Beide vertreten innenpolitisch in vielen Punkten gegensätzliche Standpunkte, aber gleichzeitig sind beide Nutzniesser der russischen Aggression, sie kritisieren die Nato, der sie einen wesentlichen Teil der Verantwortung für den russischen Angriff zuschieben, und propagieren so die konzeptionelle Logik Moskaus.

So erweist sich Russlands Krieg, indem er ökonomische Probleme verursacht, die Gesellschaft polarisiert, Ängste aus der Zeit des Kalten Krieges wiedererweckt, politische Turbulenzen schürt und die Einheit der EU untergräbt, als eine Art seismische Waffe, so wie sie in Fantasy-Romanen beschrieben wird. Für diesen Krieg sind dem Kreml nicht die Siege an der Front wichtig, sondern das demonstrative, ständige Schüren der kriegerischen Auseinandersetzungen, die ständigen Nachrichten über all die kleinen russischen Geländegewinne, über die Erfolge der massiven russischen Raketen- und Drohnenangriffe, darüber, dass die Ukraine immer mehr westliche Hilfe benötigt. Auf diese Weise wird der Mythos von der militärischen Unnachgiebigkeit und dem stählernen Kampfwillen der Russen reaktiviert, mit denen man sich besser arrangieren sollte, als es zu einem direkten Konflikt kommen zu lassen.

Verrat an der Ukraine

Es ist noch nicht absehbar, wohin die Diplomatie Donald Trumps genau führen wird. Aber schon jetzt ist ihre Wirkung die einer nuklearen Explosion der Unmoral. Der Versuch, die klare Unterscheidung von Täter und Opfer verschwimmen zu lassen, einen Teil der Schuld auf die Ukraine abzuwälzen, auf die Methode der Erpressung zu setzen und Russland rasch wieder den Status eines vertragsfähigen Partners zu gewähren – all das ist bereits ein grosser Sieg für Putin, sowohl symbolisch als auch praktisch. Leider wird dies in Russland wenn nicht die direkte Unterstützung für den Krieg verstärken, so doch die Überzeugung, recht zu haben – auch in der Vorstellung, dass in der Welt das Gewaltrecht des Stärkeren herrsche.

Der Krieg mag eingefroren werden können, aber er wird nachwirken, seine zerstörerische Resonanz wird anhalten und die politische Architektur Europas und der Welt unterminieren. Vermutlich lässt sich nicht einmal vorhersagen, wie weit dieser Prozess gehen wird. Denn es gibt vorerst keine überzeugende, wirksame Antwort auf die Frage, was man mit einem atomar bewaffneten Diktator machen soll.

Und wenn die Ukraine nach all den Versprechungen der letzten Jahre, nach dem Budapester Memorandum, das sich als nutzlos erwiesen hat, gezwungen werden sollte, gegen ihre eigenen Interessen Frieden zu schliessen, wird dies unweigerlich ein Sieg des Bösen sein, der kommende Generationen demoralisieren und die Positionen zynischer Machtpolitiker stärken und das Putin-Regime zu weiteren Aggressionen verleiten wird.

Sergei Lebedev, Jahrgang 1981, gehört zu den bedeutenden Stimmen der russischen Gegenwartsliteratur. Er lebt in Deutschland. Soeben hat er bei Rowohlt herausgegeben: «Nein! Stimmen aus Russland gegen den Krieg». – Aus dem Russischen von Andreas Weihe.